

Preussische Allgemeine



Nr. 32 · 11. August 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Neuanfang in schwieriger Zeit

Vor 75 Jahren wurden unter alliierter Besatzungsherrschaft die Grundlagen für die Wiedererlangung deutscher Staatlichkeit gelegt. Erinnerungen an eine Ausnahmesituation Seite 3



Mauerbau Wider das Vergessen des SED-Unrechts Seiten 10-11



Heimat Ein Denkmal für die Gefallenen von 1870/71 in Braunsberg Seite 23

FOTO: SZ PHOTO; ULLSTEIN; SAMMLUNG MÜLLER

AUFGEFALLEN

Der heißeste Sommer seit 120.000 Jahren?

Während sich die Menschen in Europa und Nordamerika über einen kalten und verregneten Sommer ärgern, vermelden deutsche Medien einen „Hitzerekord für die Geschichtsbücher“ (so etwa „Der Tagesspiegel“). Der Juli 2023, so die Phalanx der Kommentare, werde der wärmste Juli-Monat seit wahrscheinlich 120.000 Jahren sein.

Grundlage für diese spektakuläre Meldung sind Berechnungen des Klimaforschers Karsten Haustein von der Universität Leipzig. Dieser habe für seine Analyse „Daten von Wettervorhersagemodellen, Wetterstationen, Radiosonden, Satelliten und natürlichen Klimaarchiven wie Baumringen oder Bohrkernen aus dem Eis und Sedimentgesteinen ausgewertet“.

Unklar ist jedoch, wie man mit Daten, die bis auf die Eisbohrkerne und die Baumringe nur eine Rückschau von wenigen Jahrzehnten gestatten, auf 120.000 Jahre zurückblicken will. Und so wird Haustein nach dem reißerischen Auftakt denn auch damit zitiert, dass „die Temperaturdaten, die bis zu diesem Zeitpunkt zurückreichen, keine ausreichend hohe zeitliche Auflösung für eine sichere Aussage dazu liefern“ würden. Ob dieser Widerspruch irgendjemandem der die Nachricht Verbreitenden auffällt?

In jedem Fall sei den Klimaforschern, die seit Jahren immer neue Hitzerekorde vermelden, geraten, ab zu aus dem Fenster ihrer Lehrstuben zu schauen und sich zu fragen, ob sich ihre berechneten Erkenntnisse mit dem realen Leben decken. *neh*

POLITIK

Warum Deutschland mehr Bismarck wagen sollte

Das Debakel von Niger offenbart den vollständigen Verlust an außenpolitischer Urteilskraft in Berlin. Da könnten die Lehren des Reichsgründers hilfreich sein

VON MARKUS C. KERBER

Noch vor wenigen Wochen hörten wir aus dem Munde des Bundeskanzlers und seines Verteidigungsministers, zu welchen großen Hoffnungen die Entwicklung des zentralafrikanischen Staates Niger berechtige. Hier sei mit dem Präsidenten Bazoum erstmals ein Staatssoberhaupt in einem einwandfreien demokratischen Verfahren an die Macht gekommen. Außerdem sei Niger ein unverzichtbarer Stützpunkt für die Versorgung der in Mali verbliebenen deutschen Soldaten.

Am 26. Juli 2023 sah dann alles auf einmal ganz anders aus. Eine Junta von Heeresgenerälen hatte dem demokratisch gewählten Präsidenten Hausarrest erteilt und die Armee auf ihre Seite gebracht. Derweil verspricht der russische Präsident Gratis-Getreidelieferungen für Afrika. Und die Konrad-Adenauer-Stiftung ließ durch ihren Repräsentanten in der Region Zweifel daran bekunden, ob es so einfach sein würde, in Afrika Rechtsstaat und Demokratie aufzubauen.

Die unverzeihlichen Beurteilungsfehler durch das Auswärtige Amt, den Bundeskanzler und den Verteidigungsminister sowie nicht zuletzt der erneute völlige Ausfall des BND bringen die deutschen Soldaten in Afrika in eine prekäre logistische Situation. Wenn Niger ausfallen sollte, dürfte der Rückzug aus Mali per Luft-

transport außergewöhnliche Schwierigkeiten bereiten. Scheinbar ist der Auslandsgeheimdienst BND auch im Falle von Niger nicht über die zu erwartenden Entwicklungen informiert gewesen. In Afrika, also einem wirtschaftlich unterentwickelten Kontinent, der längst nicht über die staatlichen Infrastrukturen verfügt wie die europäischen Staaten, war für den BND der Handstreich der Niger-Generäle allem Anschein nach nicht vorhersehbar.

Was haben deutsche Soldaten überhaupt in Afrika zu suchen?

Gewiss wird die deutsche politische Klasse auch diesen Fall eklatanten und außenpolitischen Versagens mit den Worten begleiten, die den Zwergnase der Außenpolitik, Heiko Maas, berühmt machten, als er 2021 angesichts des Afghanistan-Desasters ausrief: „Wir haben uns alle geirrt!“ Und gespannt darf man darauf sein, wie die öffentlich-rechtlichen Medien in trauter Gemeinsamkeit mit den politischen Parteien diese eklatanten Beurteilungsfehler glattbügeln werden.

Doch die Deutschen haben schon einiges mitgemacht und werden angesichts

ihres Interesses beziehungsweise ihres Desinteresses an Afrika nur kopfschütteln darüber, was deutsche Soldaten in Afrika überhaupt zu suchen haben. Angesichts des 125. Todestages Bismarcks darf man an dessen weise Voraussicht nach der Reichsgründung in Versailles beim Tischgespräch am 9. Februar 1871 erinnern:

„Ich will auch gar keine Kolonien. Die sind bloß zu Versorgungsposten gut. In England sind sie jetzt nichts anderes, in Spanien auch nicht. Und für uns in Deutschland diese Kolonialgeschichte, wäre für uns genauso wie der seidene Zobelpeitz in polnischen Adelsfamilien, die keine Hemden tragen.“

Doch die Bundesheinzelmännchen, sogar die Inhaber von ministeriellen Schlüsselressorts, sind so geschichtsvergessen, dass sie wahrscheinlich über diese weise Voraussicht Bismarcks nicht einmal informiert sind.

Deutschland sollte also mehr Bismarck wagen! Dann stände die Berliner Afrika-Außenpolitik auf solideren Füßen und würde sich nicht länger in militärische Abenteuer einlassen, die ausschließlich der Harmonie mit der Ex-Kolonialmacht Frankreich geschuldet sind.

● Prof. Dr. Markus C. Kerber ist Professor für Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin. 1998 gründete er den interdisziplinären Thinktank Europolis.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Leiden der Freien Demokraten in den Krisentagen der „Ampel“ Seite 4

Kultur

Vor 750 Jahren wurde der Grundstein für den Bau des Kölner Doms gelegt Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Wie Gerdauen langsam aus seinem tiefen Dornröschenschlaf erwacht Seite 13

Lebensstil

Ein ARD-Zweiteiler widmet sich der Aufarbeitung von sexueller Gewalt Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

Putsch im Niger Die Ereignisse in dem Land am Rande der Sahara könnten eine Kaskade von Problemen in Gang setzen, von denen auch Europa – und nicht zuletzt Deutschland – erheblich betroffen wäre

Die Gewichte verschieben sich

Der Umsturz von Niamey unterminiert die gesamte Sicherheitsarchitektur des Westens in der Region

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 26. Juli stürzten Angehörige der Streitkräfte des westafrikanischen Binnenstaates Niger den demokratisch gewählten Staatspräsidenten Mohamed Bazoum und inhaftierten 180 Mitglieder der regierenden Nigrischen Partei für Demokratie und Sozialismus (PNDS), darunter auch vier Minister. Anschließend etablierten die Putschisten einen Nationalen Rat für den Schutz des Vaterlandes. Zwei Tage später erklärte sich der Kommandeur der Präsidentengarde, Brigadegeneral Abdourahamane „Omar“ Tchiani, zum Vorsitzenden dieser Junta und damit zum neuen Machthaber des Landes. Dabei sagte er, der Umsturz sei notwendig gewesen, um den „allmählichen und unvermeidlichen Untergang“ des Landes zu verhindern und der „kontinuierlichen Verschlechterung der Sicherheitslage“ entgegenzuwirken – derzeit könne man den Niger nämlich nur als „einen Haufen von Toten, Vertriebenen, Demütigung und Frustration“ bezeichnen.

Die wahren Motive der Putschisten dürften allerdings andere gewesen sein. Die ehemalige französische Kolonie am Südrand der Sahara war in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Partner des Westens geworden, wenn es darum ging, den islamischen Terrorismus in der Sahel-Zone zu bekämpfen und den Strom von Asylsuchern nach Norden in Richtung Libyen und Algerien zu drosseln.

Russland und China dringen vor

Deswegen hatten die Europäische Union und die USA erhebliche Summen an die Regierung in der Hauptstadt Niamey überwiesen: Aus Washington flossen seit 2013 mehr als 500 Millionen US-Dollar, und Brüssel stellte allein für den Zeitraum von 2021 bis 2024 503 Millionen Euro zur Verfügung. Dazu kamen bislang noch 100 Millionen Euro jährliche Entwicklungshilfe aus Frankreich. Das weckte offenbar Begehrlichkeiten unter all jenen, die hiervon nicht im erhofften Maße profitieren konnten.

Eine wichtige Rolle spielte des Weiteren die Wühlarbeit Chinas und Russlands. Beide Länder verfolgen wirtschaftliche und geopolitische Interessen in der Region. Peking schielt dabei vor allem auf die

Bodenschätze des Niger (siehe rechts). Dahingegen sieht der Kreml in der Destabilisierung der Sahel-Zone eine gute Möglichkeit, den Westen zu schwächen und im Gegenzug seinen eigenen Einfluss in West- und Zentralafrika auszubauen. Dieser Prozess ist nach den vorhergehenden Umstürzen durch russlandfreundliche Militärs in den Nachbarländern Mali und Burkina Faso schon recht weit fortgeschritten. Insofern dürfte es kaum ein Zufall sein, dass die Junta um Tchiani gute Beziehungen zu den anderen Putschisten jenseits der Grenzen des Niger pflegt und der Schlag gegen Bazoum nur wenige Tage nach dessen Weigerung erfolgte, zum Russland-Afrika-Gipfel in Sankt Petersburg zu reisen.

Für die EU droht der Wechsel in Niamey hingegen fatale Wirkung zu entfalten: Zu dem bereits eingetretenen Verlust des letzten demokratischen Partners in einer der sensibelsten Regionen Afrikas könnte sehr bald der Einsatz der Migrationswaffe durch das neue Regime im Niger

kommen. Denkbar wäre hier beispielsweise die Aufhebung der Kontrollen an den Grenzen zu Libyen und Algerien beziehungsweise der Gesetze über den Menschenmuggel als Reaktion auf das erfolgte Einfrieren von Unterstützungszahlungen oder im Gegenzug für russische Waffenlieferungen an die bislang noch sehr kärglich ausgerüstete nigrische Armee (siehe unten). Dann wird die europäische Strategie der Eindämmung der Immigration aus Schwarzafrika über den Maghreb und das Mittelmeer zusammenbrechen, wie der Regionalbüroleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Sahelzone, Ulf Laessing, im Interview mit der Deutschen Presse-Agentur warnte.

Wagner statt westlicher Truppen?

Ebenso besteht die akute Gefahr, dass der Niger nicht mehr länger als Drehkreuz oder Basis für die Bekämpfung islamischer Terrorgruppen wie der al-Kaida des Islamischen Maghreb und der Boko Haram taugt. Momentan sind in dem nun-

mehrigen Krisenland unter anderem noch die Vorhut der im Aufbau befindlichen EU Military Partnership Mission in Niger (EUMPM Niger), 1100 US-amerikanische und 1500 französische Soldaten oder Geheimdienstler sowie um die 100 Bundeswehrangehörige stationiert. Aber das kann sich ebenso schnell ändern wie in Mali. Dort forderte die Junta kürzlich den Abzug aller 12.000 Friedenssoldaten der United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali (MINUSMA), deren Stationierung nun tatsächlich im Dezember endet.

In das im Niger möglicherweise entstehende Vakuum im Hinblick auf eine ausländische Truppenpräsenz würden dann wahrscheinlich private russische Militärfirmen wie Sewa, Moran und die Gruppe Wagner stoßen, welche nach Angaben des „Center for Strategic and International Studies“ in Washington inzwischen schon 19 Einsatzabkommen mit afrikanischen Regierungen geschlossen haben.



Bei ihnen hatte die Wühlarbeit der russischen Außenpolitik Erfolg: Bei einer Kundgebung in der Hauptstadt Niamey zeigen Anhänger der Putschisten neben der nigrischen auch die russische Flagge

Foto: pa

URAN

Das Rennen um den begehrten Rohstoff läuft

Der Niger zählt zu den allerärmsten Ländern der Welt. Im Index der menschlichen Entwicklung der Vereinten Nationen steht das Land an drittlebter Stelle. Das Durchschnittseinkommen liegt bei umgerechnet etwa 580 Euro – pro Jahr. Dabei besitzt die westafrikanische Republik eine ganze Reihe begehrter Bodenschätze wie Gold, Erdöl, Eisen, Kohle, Phosphat und Uran. In keinem anderen afrikanischen Staat wird mehr Uranerz gefördert als im Niger. Im weltweiten Vergleich stand dieser 2022 nach Kasachstan, Kanada, Namibia, Australien, Usbekistan und Russland an siebter Stelle.

72 Prozent der Exporterlöse des Landes stammen inzwischen aus dem Verkauf von Uran. Als Abnehmer treten vor allem Frankreich und China auf. Die beiden Länder sind auch maßgeblich an der Förderung des Rohstoffs über oder unter Tage beteiligt. Im Falle Frankreichs kooperiert der staatliche Industriekonzern Orano mit dem nationalen Bergbauunternehmen Société du Patrimoine des Mines du Niger (SOPAMIN), im Falle Chinas die China Nuclear International Uranium Corporation (Sino-U).

Dabei liefern sich Peking und Paris offenbar einen verbissenen Wettlauf um den besten Zugang zum Uran des Niger, dessen Ausgang vor allem für die französische Atomindustrie von essentieller Bedeutung ist: Der Uranbedarf der Kernkraftwerke in der Grande Nation wurde bislang in manchen Jahren bis zu einem Drittel durch Importe aus dem Niger gedeckt. Jetzt kommt noch hinzu, dass Orano die Käufe von russischem Uran reduzieren will. Insofern ist Frankreich ganz besonders an stabilen Verhältnissen im Niger interessiert.

Andererseits könnte Paris auch mit der neuen Junta paktieren, um seinen privilegierten Zugang zu den Uranvorkommen in der ehemaligen kolonialen Föderation Französisch-Westafrika zu behalten – sofern Russland den Niger nun nicht schnell in seinen Bannkreis zieht und Peking als lachender Dritter mit davon profitiert. W.K.

ZEITGESCHICHTE

Das Militär hat schon etliche Male geputscht

Obwohl Nigers Armee recht bescheiden dimensioniert ist, spielen Militärs seit jeher eine wichtige Rolle im Machtgefüge des Landes

Die mit der Erlangung der Unabhängigkeit 1960 gegründeten Streitkräfte Nigers (FAN), für welche das afrikanische Land 1,8 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes beziehungsweise um die 230 Millionen US-Dollar pro Jahr aufwendet, sind keine beeindruckende Militärmacht. So gehören zum Heer nur reichlich 11.000 Soldaten, und die Personalstärke der Luftwaffe beträgt sogar bloß 500 Mann.

Ebenso dürftig ist die Ausrüstung. Sie besteht aus 125 alten radgetriebenen französischen Spähpanzern Panhard AML und 20 etwas moderneren Panzerfahrzeugen der Typen Bastion Patsas und Véhicule Blindé Léger, 114 gepanzerten Mannschaftstransportern französischer, chine-

sischer, deutscher und südafrikanischer Herkunft, 14 rückstoßfreien Geschützen M20 und M40 aus den USA, 23 Brandt-Mörsern aus Frankreich, 29 Flugabwehrkanonen unbekannter Bauart, zwei Suchoi-Su-25-Erdkampfflugzeugen sowjetischer Produktion, zwei Cessna-208-Aufklärungsmaschinen, fünf Transportflugzeugen der deutschen oder amerikanischen Hersteller Cessna, Lockheed, Dornier und Beechcraft, einem ehemals sowjetischen Kampfhubschrauber Mil Mi-24, sechs Mehrzweckhubschraubern Mil Mi-8 und Aérospatiale SA 341 ebenfalls sowjetischer beziehungsweise französischer Bauart sowie sechs türkischen Drohnen der Marke Bayraktar TB2.

Ungeachtet der relativ geringen militärischen Schlagkraft der Armee des Niger, der dreieinhalbmal so groß ist wie die Bundesrepublik, zählt das Offizierskorps zur Elite des Landes und griff in der Vergangenheit immer wieder mittels Militärputschen in die Politik ein: Im April 1974 stürzte Oberstleutnant Seyni Kountché den ersten frei gewählten Präsidenten der Republik, Hamani Diori, nachdem dieser sich auch zum Außen- und Verteidigungsminister ernannt und extreme Vetternwirtschaft betrieben hatte.

Im Januar 1996 putschte der FAN-Stabschef Oberst Ibrahim Baré Maïnassara gegen den vierten nigrischen Präsidenten Mahamane Ousmane. Maïnassara

Die Ausrüstung der nigrischen Streitkräfte besteht aus einem Sammelsurium alter und etwas neuerer Waffen aus aller Herren Länder

wurde seinerseits im April 1999 bei einem weiteren Umsturz erschossen, an dessen Spitze diesmal Major Daouda Malam Wanké stand.

Wanké übergab die Macht im Dezember 1999 an den neu gewählten Präsidenten Mamadou Tandja. Dieser Zivilist amtierte bis zum 18. Februar 2010. Dann inszenierte der Oberste Rat zur Wiederherstellung der Demokratie unter der Führung von Generalleutnant Salou Djibo wegen einer Verfassungskrise den vierten und vorletzten Putsch in der Geschichte des Niger. Anschließend regierten in Niamey vom April 2011 bis Juli 2023 mit Mahamadou Issoufou und Mohamed Bazoum erneut Nichtmilitärs. W.K.

„Eine Staatsgründung war unumgänglich“

Über die mühsamen Anfänge deutscher Staatlichkeit vor 75 Jahren, die Interessen von Alliierten und Deutschen sowie die Rolle jenes Politikers, der schon bald zur prägenden Figur der jungen Bundesrepublik wurde – Teil 5 der PAZ-Sommerinterviews

IM GESPRÄCH MIT
MICHAEL F. FELDKAMP

Vor 75 Jahren ereigneten sich grundlegende Weichenstellungen für die deutsche Geschichte. Am 10. August 1948 begann auf Herrenchiemsee ein Konvent, der im Auftrag der Ministerpräsidenten einen Verfassungsentwurf für den kurz darauf seine Arbeit aufnehmenden Parlamentarischen Rat in Bonn erarbeiten sollte. Ziel war gemäß den „Londoner Empfehlungen“ der alliierten Besatzungsmächte die Gründung eines westdeutschen Teilstaats. Fragen an einen Historiker, der sich in seinem jüngsten Buch sowohl diesen schicksalhaften Tagen als auch einem ihrer zentralen Akteure widmet.

Herr Feldkamp, wie kam es zur Einsetzung des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee und des Parlamentarischen Rats in Bonn, und welchen konkreten Auftrag hatten die beiden Gremien?

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Siegermächte im Alliierten Kontrollrat die Zukunft Deutschlands bestimmt. Doch der letzte gemeinsame Beschluss war die Zerschlagung Preußens im Februar 1947. Gemeinsame Pläne für ein freies demokratisches Deutschland gab es nicht. Schon 1946 hatte die Sowjetunion in ihrer Besatzungszone mit der Gleichschaltung des öffentlichen Lebens begonnen. Als Reaktion darauf beschlossen die westlichen Siegermächte sowie die Benelux-Staaten 1948 auf ihrer Außenministerkonferenz in London eine Währungsreform und die Gründung eines westdeutschen Teilstaates auch ohne Friedensvertrag mit Deutschland. Die Weichenstellung in Westdeutschland diente dessen wirtschaftlicher und politischer Konsolidierung sowie der Sicherung eines westalliierten, insbesondere US-amerikanischen Einflusses in Mitteleuropa.

Mit den „Londoner Empfehlungen“ wurden die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder am 1. Juli 1948 beauftragt, eine Verfassungsgebung für einen westdeutschen Staat einzuleiten. Der aus Verfassungsexperten bestehende Verfassungskonvent von Herrenchiemsee sollte für den Parlamentarischen Rat einen Entwurf liefern. Im Parlamentarischen Rat sollten dann die politischen Entscheidungen getroffen werden.

Der Sozialdemokrat Carlo Schmid nannte das Vorgehen der Alliierten „Fremdherrschaft“. Wie groß waren die Spielräume der deutschen Akteure, beziehungsweise: Wie souverän war die deutsche Politik in jenen Tagen? Immerhin gaben die alliierten Militärgouverneure auch später noch ihre „Empfehlungen“ ab.

Die Verfassungsschöpfung 1948/49 erfolgte unter Besatzungsherrschaft! Ich will damit sagen: Es liegt in der Natur der Sache, dass die Besatzungsmächte ein lebhaftes Interesse an der Entstehung einer westdeutschen Demokratie hatten. Frankreich hatte als unmittelbarer Nachbar zusätzlich eigene Sicherheitsbedürfnisse geltend gemacht – schließlich hatten 1914 und 1940 deutsche Soldaten Frankreich angegriffen. Ungeachtet der alliierten Einflussnahme auf die Entstehung eines demokratischen Staates steht das Grundgesetz in der deutschen Verfassungstradition von 1848. Und die großen Konflikte sind nicht mit den Alliierten, sondern zwischen der CDU/CSU und der SPD ausgetragen worden.

Welche wesentlichen Elemente der Verfassung gehen auf die Alliierten zurück und welche auf die Mitglieder des Verfassungskonvents und des Parlamentarischen Rats? Eine interessante Frage, die man einfach beantworten kann: Es gab keine Interessen der Alliierten, die nicht auch von deutschen poli-



Erste Schritte auf dem Weg zur Wiedererlangung eines deutschen Staates: Die konstituierende Sitzung des Verfassungskonvents am Herrenchiemsee am 10. August 1948

Foto: SZ photo

tischen Parteien vertreten wurden. Die von den Alliierten geforderte föderalistische Struktur der Bundesrepublik entsprach der deutschen Verfassungstradition. Dafür machten sich die CDU und insbesondere die bayerische CSU stark, während die SPD eher einen unitaristischen Nationalstaat wünschte.

Zum Mann der Stunde auf deutscher Seite wurde schon bald der Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag des jungen Landes Nordrhein-Westfalen, Konrad Adenauer. Worin lag dessen Rolle und wie kam er überhaupt zu ihr?

Adenauer war 72 Jahre, als die Alliierten die westdeutsche Staatsgründung ermöglichten. Geschick hatte er sich zum führenden CDU-Mann entwickelt. Zunächst abwartend, wie sich die CDU als eine sehr disparate überkonfessionelle Sammlungsbewegung entwickeln würde, hatte er sich zum Sprecher der CDU-Landesvorsitzenden wählen lassen und innerparteilich die Partei auf Grundlinien verpflichten wollen. Das gelang ihm, weil die CDU-Ministerpräsidenten nicht automatisch auch Parteivorsitzende waren.

Bemerkenswerterweise glaubten alle, Präsident des Parlamentarischen Rates zu sein, sei ein Ehrenamt. Aber Adenauer zog auch die Verhandlungen mit den Alliierten über die Zukunft Deutschlands an sich und entwickelte staatsmännische Qualitäten. Auf internationalen Tagungen vertrat er ohne ein ausdrückliches Mandat plötzlich deutsche Interessen.

Adenauer wurde oft der Vorwurf gemacht, mit der Forcierung einer Staatsgründung im Westen zwar dort schnell die Grundlagen für einen ökonomischen Aufschwung gelegt, zugleich jedoch die Spaltung der Nation in Kauf genommen zu haben. Was trieb ihn Ihrer Meinung nach an?

Das ist eine Anschauung, die zeitgenössisch von den Kommunisten – die auch im Westen saßen – sowie auch von Teilen der SPD geschürt wurde. Mit diesen Behauptungen werden zentrale Narrative der 1949 gegründeten DDR bedient. Deswegen ist der Hinweis wichtig, dass insbesondere SPD-Politiker in

Berlin, darunter Ernst Reuter, entschieden die Anbindung an Westdeutschland wünschten. Ihnen konnte eine westdeutsche Staatsgründung nicht schnell genug gehen.

Nach dem Tode Adenauers waren westdeutsche Historiker schließlich Dokumenten aufgesessen, die die Staatssicherheit der DDR gefälscht hatte, und die beweisen sollten, das Adenauer schon nach dem Ersten Weltkrieg Separatist gewesen sei und das Rheinland von Deutschland trennen wollte.

Wie wichtig war es den deutschen Akteuren generell, den Anspruch auf die Einheit und Souveränität der Nation aufrechtzuerhalten?

Der von ihnen bereits erwähnte Carlo Schmid hatte im Sommer 1948 behauptet, die Alliierten hätten die westdeutsche Staatsgründung nur gewollt, um die Verantwortung für die Spaltung Deutschlands den Deutschen in die Schuhe zu schieben. Das war selbstverständlich Polemik. Die Ministerpräsidenten aller Parteien in der Nachkriegszeit waren an einem deutschen Gesamtstaat, einschließlich der von Polen annektierten Ostgebiete, interessiert. Solange Deutschland aber keinen Friedensvertrag hatte, war eine „provisorische“ Staatsgründung für eine wirtschaftliche Konsolidierung Deutschlands unumgänglich. Die Geschichte hat den Akteuren recht gegeben.

Wie sehr Adenauer an Verhandlungen mit den Alliierten „auf Augenhöhe“ lag, wird mustergültig in der sogenannten Teppichrede auf dem Petersberg im September 1949 deutlich, die ich in meinem Buch in ein gänzlich neues Licht gerückt habe.

Ein Grund mehr, Ihr Buch zu lesen. Ein gravierender Kritikpunkt ist, dass die Mitglieder des Parlamentarischen Rates nicht vom Volk gewählt wurden und am Ende auch das Grundgesetz nicht durch die Bürger bestätigt, sondern durch die Landtage der westdeutschen Länder ratifiziert wurde. Wer entschied sich warum für dieses Vorgehen? Immerhin setzen Kritiker bis heute hier an, um der Bundesrepublik und

ihrer Verfassung die demokratische Legitimität abzusprechen.

An dieser Stelle eine grundsätzliche Bemerkung: Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ist es immer und nur die jeweils wechselnde Opposition gewesen, die nach Volksabstimmungen und Plebisziten, also Formen der direkten Demokratie, verlangt hat. Das grundsätzliche Problem ist, dass Volksabstimmungen die parlamentarische Demokratie gefährden. Und je nachdem wie etwa eine Forderung formuliert wird und welche Interessen geweckt und bedient werden, sind Volksabstimmungen leider nicht gefeit vor Populismus und Propaganda. Das war 1949 nicht anders, als man die Obstruktionskraft der sowjetischen Propaganda fürchtete, die die Arbeit des Parlamentarischen Rates hätte konterkarieren können.

Als Tag der Gründung der Bundesrepublik gilt heute gemeinhin der 23. Mai 1949, der Tag der Verabschiedung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat. Sie hingegen setzen den 7. September 1949. Was geschah an jenem Tag?

Der 7. September 1949 ist der Tag der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Punkt. Abseits einer solch apodiktischen Antwort berührt dies eher eine Frage der deutschen Erinnerungskultur. Lange Zeit haben wir mit dem Grundgesetz gehadert wegen seines Entstehungszusammenhangs in der Besatzungszeit und weil es nur als Provisorium gedacht war. Deswegen kam in der Endphase der „alten Bundesrepublik“, also vor der Wiedervereinigung, die Diskussion nach einem „Verfassungspatriotismus“ auf. Das führte wiederum dazu, dass mit dem Grundgesetz vom 23. Mai 1949 die Geburtsstunde der Bundesrepublik gefeiert wurde.

Ich konnte jedoch nachweisen, dass die Alliierten alle von ihnen eingerichteten Besatzungsbehörden bis Ende August 1949 aufgelöst hatten, die in Konkurrenz mit einer späteren bundesrepublikanischen Gesetzgebung und Exekutive hätten stehen können. Deswegen setze ich die Gründung der Bundesrepublik mit der Konstituierung von Bundestag und Bundesrat am 7. September 1949 an. Zeitgenössisch ist das von den Alliierten und auch von Bundespolitikern, schaut man sich deren Reden an, genauso empfunden worden; die ersten Verfassungsrechtler und Verfassungshistoriker haben sich inzwischen meiner Auffassung angeschlossen.

Der erste Bundespräsident Theodor Heuss stellte im Jahre 1959 rückblickend fest, dass von Adenauer „kein Komma“ im Grundgesetz stamme. Worin bestand dann die Rolle des ersten Bundeskanzlers?

Die Aussage von Theodor Heuss ist uneingeschränkt richtig! Es ist aber nie die Aufgabe eines Parlamentspräsidenten gewesen, sich an der Gesetzgebung mit eigenen Vorschlägen zu beteiligen. Als Parlamentspräsident hat Adenauer indes jene Atmosphäre geschaffen, in der das Grundgesetz entstehen konnte. Er hat den Kompromiss zwischen CDU/CSU und SPD im Fünferausschuss herbeigeführt und faktisch die Interessen der CDU/CSU vertreten, als der Fraktionsvorsitzende Anton Pfeiffer, der selbst zur CSU gehörte, sich an einem Kompromiss zwischen den Parteien nicht mehr beteiligen wollte, nachdem sich die CSU offenbar darauf verständigt hatte, den Grundgesetzentwurf abzulehnen. Auch das sind Erkenntnisse, die ich in meinem Buch erstmals dargelegt habe.

Das Interview führte René Nehring.

„Ungeachtet der alliierten Einflussnahme steht das Grundgesetz in der deutschen Verfassungstradition von 1848“

Zeitgeschichte



Michael F. Feldkamp
Adenauer, die Alliierten und das Grundgesetz
Langen Müller 2023,
gebunden, 160 Seiten
ISBN: 978-3-7844-3654-8
22 Euro

● **Dr. Michael F. Feldkamp** arbeitet seit 1993 mit Unterbrechungen in der Bundestagsverwaltung als Historiker sowie als Ghostwriter und Redenschreiber für die Bundestagspräsidenten. Er ist Verfasser zahlreicher Arbeiten zur deutschen Parlamentsgeschichte.

● MELDUNGEN

Weniger Geld für linke NGO

Berlin – Die Haushaltskürzungen der Bundesregierung treffen nun auch zwei dezidiert linke Nichtregierungsorganisationen (NGO): Das Bundesjustizministerium wird künftig keine Mittel mehr für die Beratungsstelle HateAid sowie das Projekt Firewall der Amadeu Antonio Stiftung bereitstellen. HateAid erhielt bislang 600.000 Euro pro Jahr, um linke Aktivistinnen und Politiker bei ihrem juristischen Vorgehen gegen „Hass“ und „Hetze“ auf digitalen Plattformen zu unterstützen. Firewall wurde seit 2021 mit 744.000 Euro aus Steuermitteln bezuschusst, damit es ein „Trainer-Netzwerk zur Auseinandersetzung mit Hass im Netz“ unterhalten kann. In beiden Fällen beliefen sich die jährlichen Kosten für die angeblich speziell geschulten beziehungsweise „hoch qualifizierten“ hauptamtlichen Berater auf 50.000 Euro pro Person. Allerdings erbrachte jeder der zwölf Mitarbeiter von HateAid im Durchschnitt der letzten fünf Jahre nur um die vier- bis fünf Beratungen pro Monat. W.K.

Linke fordert Konsequenzen

Dresden – Der Chef der Fraktion der Linkspartei im sächsischen Landtag, Rico Gebhardt, hat scharfe Kritik am Umgang der Regierung und der Behörden des Freistaates mit dem spektakulären Einbruch im Historischen Grünen Gewölbe des Dresdner Residenzschlosses geübt. Es genüge nicht, Schadensersatzklage gegen das Dresdner Wach- und Sicherungsinstitut (DWSI) zu stellen, weil dessen Personal versagt habe. Vielmehr müsse auch gegen jene vorgegangen werden, welche die politische oder organisatorische Verantwortung für die Sicherheitslücken und somit letztlich den Diebstahlschaden in Höhe von 15 Millionen Euro zu tragen hätten. Aber diesbezüglich sei noch gar nichts passiert, weil das Innen-, das Kultus- und das Finanzministerium sowie die sächsische Baubehörde und die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden sich ständig gegenseitig „den Schwarzen Peter zuschieben“, um davon abzulenken, dass ihnen die Mängel „jahrrelang bekannt waren“. W.K.

Millionen für Wölfe

Berlin – Laut Angaben der Bundesregierung haben sich in den letzten zehn Jahren die Kosten im Umgang mit dem Wolf verzehnfacht. Gab die Regierung 2013 Bundesmittel in Höhe von 29.500 Euro für Wolf-Maßnahmen aus, waren es im Jahr 2019 schon 929.500 Euro. Unter die Kosten fällt auch der Betrieb der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf (DBBW). Besonders hoch fielen die Ausgleichszahlungen für die von Wölfen verursachten Schäden sowie die Kosten für Herdenschutz zu Buche. Letztere seien mit rund 18,4 Millionen Euro fast 30-mal so hoch gewesen wie die Ausgaben für Ausgleichszahlungen, welche die DBBW mit 616.400 Euro bezifferte. Die meisten Zuschüsse für Herdenschutzmaßnahmen erhielten Bayern, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Brandenburg. MRK



Noch mal gutgegangen für die FDP: Christian Lindner (l.) und Wolfgang Kubicki nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2022

FDP

Die Leiden der Liberalen

Zwischen Stimmenverlusten und Konkurrenz von AfD und Freien Wählern

VON PETER ENTINGER

Christian Lindner war schon am Wahlabend des 26. September 2021 klar, dass sich seine Partei nicht noch einmal verweigern darf. Vier Jahre zuvor war den Liberalen ein glanzvolles Comeback gelungen und vor allem die eigenen Anhänger verziehen dem Chef, dass er das Motto ausgab: „Lieber gar nicht regieren, als schlecht regieren.“ Damals ließ der Vorsitzende der Liberalen die eigentlich schon ausgemachte Jamaika-Koalition platzen. Vier Jahre später konnte er sich der Beteiligung an einer Ampel aber nicht entziehen.

Knapp zwei Jahre sind seitdem gegangen, in der Koalition und vor allem der Partei wird eine Halbzeitbilanz gezogen. Und die fällt desaströs aus. Keine Partei in dem Dreier-Bündnis fremdelt so sehr mit der Koalition wie die Liberalen. Die eigenen Anhänger sind sauer, weil der Eindruck entstanden ist, die FDP könne sich

gegenüber SPD und Grünen kaum behaupten.

Desaströse Zwischenbilanz

Unentschlossene Wähler sehen die Liberalen als Querulanten, als Bremsklotz der Regierung. Die Folge: In nahezu allen Abstimmungen seit der Bundestagswahl 2021 hat die FDP verloren. In ihren Stammländern NRW und Schleswig-Holstein schaffte sie gerade noch den Wiedereinzug ins Parlament, in Niedersachsen reichte es selbst dafür nicht mehr. Da wurden selbst die 5,1 Prozent, mit denen die Liberalen kürzlich mit Ach und Krach den Wiedereinzug in die Bremische Bürgerschaft schafften, als Erfolg verbucht. Und die Aussichten für die anstehenden Wahlgänge sind nicht gerade rosig.

In Bayern, ohnehin ein schwieriges Pflaster für die Liberalen, droht die FDP zwischen AfD und Freien Wählern zerrieben zu werden. Etwas besser sieht es in Hessen aus. Dort könnte die Partei als Mehrheitsbeschaffer gebraucht werden.

Eine Rolle, die ihr in den vergangenen Jahren mehr und mehr abhandengekommen ist.

Mit den sinkenden Zustimmungswerten steigt die Nervosität. Die Partei sucht

„Wenn Schwachsinn beschlossen wird, sagen wir Nein“

Bijan Djir-Sarai
FDP-Generalsekretär

händeringend nach Aufmerksamkeit. FDP-Vize Wolfgang Kubicki, neben Lindner einer der wenigen Liberalen, die einem großen Bevölkerungsteil bekannt sind, forderte kürzlich eine deutlich schärfere Migrationspolitik. „Eine Flüchtlingspolitik der ausgebreiteten Arme, wie

sie vor allem Grünen mit Multi-Kulti-Idealismus vorschwebt, wird unser Land überfordern und zum Schlechteren verändern“, schrieb der Bundestagsvizepräsident in einem Beitrag für die „F.A.Z.“

Das sind neue Töne für die Liberalen und das Kalkül wird deutlich. Angesichts des Umfragen-Höhenflugs der AfD und der Tatsache, dass viele Bürger in Umfragen die Einwanderung als drängendes Problem benennen, sendet die FDP mehr oder weniger unverhohlene Signale nach rechts aus. „Die Menschen in unserem Land wollen wissen, wer zu uns kommt“, sagte Generalsekretär Bijan Djir-Sarai und forderte eine Ausweitung der sicheren Drittstaaten. Plötzlich sind auch Forderungen nach Sach- statt Geldleistungen für Asylsucher aus FDP-Reihen zu hören.

Als „Dagegenpartei“ empfunden

In weiten Teilen der Bevölkerung kommt die FDP als „Dagegenpartei“ an. „Wenn Schwachsinn beschlossen wird, sagen wir Nein“, kontert der Generalsekretär. Doch so ganz stimmt das nicht. In Berlin winkte man das Aus für den Verbrennermotor durch, um darauf zu setzen, dass Brüssel einen Strich durch die Rechnung macht..

In der Bundesrepublik verfestigt sich der Eindruck, dass die Liberalen der schieren Macht wegen alle Wahlversprechen über Bord werfen. Erinnerungen werden an die Wahl 2009 wach, als die damalige Westerwelle-Partei mit 14,6 Prozent ein Rekordergebnis einfuhr, um nach einer Legislaturperiode voller Pleiten, Pech und Pannen erstmals aus dem Parlament zu fliegen.

Schon damals zeigte sich: Je nervöser die Partei, desto undisziplinierter wird sie. In Baden-Württemberg ließ Landeschef Hans-Ulrich Rülke kürzlich verlauten, seine Partei werde Cem Özdemir als möglichen Nachfolger des grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann nicht unterstützen. Peinlich, da der grüne Realo als Landwirtschaftsminister mit am Berliner Koalitionstisch sitzt.

Und in Thüringen, dem Sorgenkind der Partei, ließ Landesfürst Thomas Kemmerich aufforchen, als er die AfD-Stimmen als Protest abtat. Der Kurzzeit-Ministerpräsident träumt von einer Deutschland-Koalition mit CDU und SPD. Dumm nur, dass gut ein Jahr vor der Wahl die drei Parteien gerade einmal ein Drittel der Wähler hinter sich versammeln würden. Ein FDP-Einzug in den Erfurter Landtag gilt als unwahrscheinlich, dennoch träumt Kemmerich groß. Sollte eine Minderheitsregierung entstehen, schloss er nicht aus, dass die AfD Entscheidungen einer solchen Koalition mittragen könnte. Deutlicher kann man die eigene Nervosität nicht nach außen tragen.

IMMIGRATION

Kubaner drängen nach Deutschland

Aus guten Gründen ist für viele Auswanderungswillige die EU die attraktivere Alternative zu den USA

Im Juni hat der kubanische Präsident Diaz Canel Serbien besucht und das Land als „Hafen der Freundschaft“ mit Kuba bezeichnet. Denn Serbien ist das einzige Land Europas, das kubanische Staatsangehörige ohne Visum einreisen lässt. Daran ändert auch der Druck der EU auf das Beitrittsland Serbien nichts, selbiges zu unterlassen. Da die Flugzeuge aus Havanna bei ihrem Flug nach Belgrad meistens im gastfreundlichen Deutschland zwischenlanden, weil das Kerosin nicht ausreicht, können in Frankfurt am Main die meisten Gäste aussteigen, obwohl sie ein Ticket nach Belgrad haben. In der Mainmetropole gibt es bereits im Flughafen eine Asyl-antragsstelle. Die Zahl der Asylgesuche von kubanischen Staatsangehörigen ist in diesem Jahr mit Stand vom 2. Juli im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 73 auf 607 gestiegen. Das ist mehr als eine Ver-

achtfachung. Die absoluten Zahlen sind zwar im Vergleich zu den Antragstellerzahlen aus dem Nahen und Mittleren Osten noch gering, aber wenn die Zahlen weiter so rasant wachsen, werden die Kubaner bald einen beträchtlichen Teil der Asylsucher in Deutschland stellen.

Die alarmierende Entwicklung ist eine Folge der US-amerikanischen Einwanderungspolitik. Das US-amerikanische Festland ist Kuba nicht fern und ein Teil der Insel, Guantánamo, ist sogar exterritoriales Gebiet der USA, wenn auch mit hohen Zäunen vor Einwanderungswilligen abgesichert. Im Juni haben die die USA wegen der hohen Zahl an Asylsuchern aus Kuba ihr Asylsystem radikal verschärft. Nur noch Online-Anträge aus den Heimatländern werden angenommen. An den Grenzen können anders als bei der EU keine Asylanträge mehr gestellt werden. Auch

gibt es mittlerweile ein Rücknahmeabkommen zwischen den USA und Kuba, das es den USA erleichtert, abgelehnte Kubaner in ihre Heimat abzuschieben.

Ein vergleichbares Abkommen gibt es zwischen der EU und Kuba nicht. Auch das macht für auswanderungswillige Kubaner einen Flug nach Serbien zu einer attraktiven Option. Auch wer nicht beim Zwischenstopp in Frankfurt aussteigt, kann sich letztlich in der Europäischen Union wiederfinden. In Serbien gibt es inzwischen sogar staatliche Beratungsstellen, die besonders Notleidenden, wie chronisch Kranken oder Behinderten kostenlose Beratung anbieten, wie sie via Asyl am bequemsten die europäische Komplettversorgung in Anspruch nehmen. Auch finden sich in Serbien kriminelle Netzwerke zur irregulären Einreise nach Nordmazedonien und Griechenland auf dem Landweg.

Nach ihrer Ankunft im EU-Mitgliedsstaat Griechenland beantragen die Migranten entweder dort vor Ort Asyl oder sie nutzen von Kriminellen organisierte Weitertransporte in andere EU-Länder, etwa Flüge nach Spanien, das wegen der identischen Landessprache und der einfachen Möglichkeit, die Staatsangehörigkeit zu erwerben, für Kubaner sehr attraktiv ist.

Für Reisen innerhalb der EU versorgen kriminelle Netzwerke Migranten mit gefälschten Dokumenten. Oft wird dabei mit der sogenannten Look-alike-Methode gearbeitet. Gestohlene oder gekaufte spanische Reisedokumente werden an einen kubanischen Migranten verkauft, der dem rechtmäßigen Passinhaber sehr ähnlich sieht. Für solche Dienste müssen Kubaner dann allerdings schon größere Summen bezahlen. Bodo Bost

DROGEN UND GEWALT

Diskussion um Scheinlösungen

Die Debatte um den Görlitzer Park drückt sich vor der Frage nach der Abschiebung afrikanischer Dealer

VON HERMANN MÜLLER

Erst mit wochenlanger Verspätung ist in Berlin eine Gruppenvergewaltigung bekannt geworden, die sich bereits im Juni im Görlitzer Park ereignet haben soll. Laut einem Bericht der „Welt“ sollen eine 27-jährige Frau und ihr Freund zunächst von mehreren Männern ausgeraubt worden sein. Vor den Augen ihres verletzten und zu Boden gebrachten Begleiters haben den Angaben zufolge dann mehrere Täter die Frau vergewaltigt.

Wie Polizei und Staatsanwaltschaft mitteilten, sitzen inzwischen drei Tatverdächtige in Untersuchungshaft. Alle drei Männer gelten laut Medienberichten als Drogenhändler. Nach Informationen des „Tagesspiegel“ stammt einer der festgenommenen Tatverdächtigen aus Guinea.

Der Görlitzer Park und der angrenzende Wrangelkiez sind schon seit vielen Jahren ein Kriminalitätsschwerpunkt in der Hauptstadt. Sexualdelikte sind laut Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik aber „vor Ort eher die Ausnahme“. „Wir haben es im Görlitzer Park primär und massiv mit Betäubungsmittelkriminalität und deren Begleitstraftaten wie Diebstählen, Bedrohungen, Körperverletzungen und Betrugstaten zu tun.“

Mit großem personellen Aufwand, aber ohne durchschlagenden Erfolg, hat Berlins Polizei in den vergangenen Jahren immer wieder versucht, gegen die zu meist aus Afrika stammenden Drogenhändler vorzugehen. Dabei mussten die Beamten regelmäßig die Erfahrung machen, dass festgenommene Dealer schnell wieder auf freiem Fuß waren und umgehend den illegalen Handel im Park wieder aufnahmen.

Sogar Kinder sexuell bedrängt

Das grün geführte Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg setzte auf „Parkläufer“: Deren Auftrag war es gar nicht, den Drogenhandel zu unterbinden, sondern durch ihre schiere Anwesenheit für eine „niedrigschwellige Sozialkontrolle“ zu sorgen. Wie Kriminalitätszahlen belegen, blieb den Parkläufern ebenso der Erfolg versagt wie den Polizeihundert-schaften: Wie eine Anfrage des „Tagesspiegel“ ergeben hat, registrierte die Polizei seit Anfang 2021 im Bereich des



Schnell wieder auf freiem Fuß: Razzia gegen Drogendealer im Görlitzer Park

Foto: imago/Christian Mang

Görlitzer Parks mehr Straftaten als in allen anderen Berliner Parks zusammen. Allein im Jahr 2022 entfielen auf den Görlitzer Park 1567 Straftaten.

Durch eine Antwort des Senats auf eine Anfrage der Linksfraktion wurde zudem bekannt, dass im Bereich Görlitzer Park/Wrangelkiez von Januar bis Ende Juni dieses Jahres acht Taten in der Kategorie Vergewaltigung/sexuelle Nötigung/sexueller Übergriff registriert wurden. Dabei sollen in zwei Fällen sogar Kinder die Opfer gewesen sein.

Die Ermittlungen der Polizei wegen der Gruppenvergewaltigung, zu der es am 21. Juni gekommen sein soll, hat nun erneut eine Diskussion in Gang gesetzt, wie der Park sicherer werden kann. Dabei geht es aber nicht um Strafverfolgung oder um Abschiebung der zumeist afrikanischen Drogendealer. Die Diskussion dreht sich stattdessen um Parkbeleuchtung, Sozialarbeit und Umschulungsangebote für die Drogenhändler. Die Grünen-

Fraktionschefin Bettina Jarasch forderte etwa, der Senat solle „jetzt Geld in die Hand nehmen, zehn Millionen Euro“. Nach den Vorstellungen der Grünen soll das Geld für eine „städtebauliche Lösung“ verwendet werden: „Man muss den Park und teilweise auch die Umgebung umbauen“, so Jarasch.

Sozialarbeit und Bodenschwellen

Die Grünen machte auch deutlich, wie das konkret aussehen könnte: Neben einer besseren Beleuchtung der Parkeingänge sind laut Jarasch „auch Bodenschwellen in den Straßen der Umgebung“ wichtig, „damit die Polizei dort Verkehrskontrollen machen kann, um die Kunden abzuschrecken, die mit dem Auto kommen“. Obendrein schlug sie eine Ausweitung von Sozialarbeit und Aussteigerprogramme für Drogendealer vor.

Polizeipräsidentin Slowik mahnte wiederum Konzepte für Beleuchtung, Müllentsorgung, Toiletten und Spielplät-

ze an. Zudem schlug sie vor, das Parkgelände einzuzäunen und den Zugang zeitlich zu beschränken. Ein Zaun um den vierzehn Hektar großen Park samt nächtlichem Zusperrern scheint tatsächlich die Lösung zu sein, die der schwarz-rote Senat für den europaweit bekannten Drogenumschlagplatz ins Auge fasst.

Auch die politische Debatte um die zu meist immigrantisch geprägte Gewalt in den Berliner Freibädern ist von Kommentatoren und Politikern um bemerkenswerte Vorschläge bereichert worden. Die Palette reicht von der Einführung eines „Frauentags in den Bädern“ bis hin zur Forderung, mehr Freibäder für die Stadtteile Neukölln und Kreuzberg zu schaffen. Zumindest aus Sicht der Polizei hat sich die Lage in den Berliner Freibädern durch Ausweiskontrollen und mobile Polizeiwachen wieder entspannt. Allerdings hat auch das regnerische Wetter dazu beigetragen, dass die Besucherzahlen in den Freibädern zuletzt gesunken sind.

FINANZEN

Schwarz-Rot trickst mit „Sondervermögen“

Berlins CDU-geführter Senat macht genau das, wofür die Bundes-CDU die Ampel verklagt

Zehn Milliarden Euro zusätzliche Schulden wird der Berliner Senat aufnehmen, die als „Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation“ deklariert werden. Das Land hat bereits jetzt knapp 70 Milliarden Euro Schulden. Das „Sondervermögen“ ist eine Kreditermächtigung für den Senat, die nicht im regulären Haushalt auftaucht. Damit unterliegt sie nicht der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse.

Ausnahmen sind eigentlich nur im Falle von „Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen“ zulässig. Für die Aufnahme eines sogenannten Sondervermögens ist diese Notsituation zu benennen. Der Senat führt den voranschreitenden Klimawandel und den Energiepreisschock infolge des Krieges in der Ukraine an. Ab 2024 will Schwarz-Rot

den „klimaneutralen“ Umbau der Wirtschaft unterstützen und Gebäudesanierung, Energieerzeugung, Mobilität und die Transformation fördern. Konkret werden allerdings keine Projekte benannt.

Finanzsenator Stefan Evers (CDU) erklärt das so: „Die Investitionsbedürfnisse, um die Klimaziele zu erreichen, sind nicht im Haushalt darstellbar.“ Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD) ergänzt, das Vorhaben sei „ein Beschleunigungsgesetz für zusätzliche und dringende notwendige Milliardeninvestitionen auf dem Weg Berlins zu einer klimaneutralen Metropole“. Die oppositionellen Grünen begrüßen das Sondervermögen: „Wie bitter notwendig es ist, in Klimaschutz zu investieren, zeigt dieser erneute Rekord-Hitzesommer auf beängstigende Art und Weise.“

Die AfD hingegen übt Kritik. Fraktionsvorsitzende Kristin Brinker: „Zudem räumt selbst die Umweltsenatorin ein, dass der Senat bisher keinerlei konkrete Vorstellung hat, was sie mit diesem Geld eigentlich anfangen will. Gegebenenfalls werden wir gerichtlich gegen diesen Blankoscheck vorgehen.“ Auch die außerparlamentarische Opposition in Gestalt der FDP ist unzufrieden. FDP-Landesvorsitzender Christoph Meyer findet die Pläne der Regierung vollkommen utopisch. Sogar die Linkspartei bemängelt das Fehlen konkreter Informationen zu den Klimaschutzmaßnahmen, die aus dem Sondervermögen finanziert werden sollen.

Auch der Landesrechnungshof äußert Einwände. Dessen Präsidentin Karin Klüngen sagt, sie habe „erhebliche Zweifel, ob eine solche Notsituation gegeben ist“.

Berlin gehöre „bereits jetzt zu den hoch verschuldeten Bundesländern“. Der Berliner Steuerzahlerbund assistiert: Der Klimawandel sei keine Notlage, er komme weder unerwartet noch sei er außergewöhnlich, so Verbandschef Alexander Kraus. Die Organisation vermutet sogar, künftig könnten aus dem kreditfinanzierten „Sondervermögen“ auch marode Schulden saniert werden, weil das als Gebäudesanierung einen Klimanutzen hat.

Einen ähnlichen Trick wie die Berliner Landesregierung wandte unlängst die Ampel-Koalition der Bundesregierung an. Aus dem Corona-„Sondervermögen“, das nicht ausgegeben wurde, hat sie 60 Milliarden Euro in einen „Klimafonds“ umgeleitet. Dagegen klagt nun die CDU – auf Bundesebene – vor dem Bundesverfassungsgericht. Frank Bücker

KOLUMNE

CDU enttäuscht

VON THEO MAASS

Die Berliner CDU hat einen erheblichen Teil ihrer Wähler enttäuscht. Bei den Wiederholungswahlen zum Abgeordnetenhaus am 12. Februar erhielt sie noch 28,2 Prozent der Stimmen. Laut einer Umfrage des „Instituts Wahlkreisprognose“ wollen jetzt nur noch 24,5 Prozent ihr Kreuz bei der Union machen. Die CDU bliebe indes stärkste Kraft in Berlin, denn ihr Koalitionspartner SPD rutscht von 18,4 auf nur noch 16 Prozent.

Die seit der Februar-Wahl oppositionellen Grünen fallen von (ebenefalls) 18,4 auf nunmehr 16,5 Prozent und würden zweitstärkste Kraft werden. Großer Gewinner wäre die AfD, die sich mit 16 Prozent Stimmenanteil (nach 9,1 Prozent bei der Wahl) mit der SPD den dritten Platz teilen würde. Die FDP profitiert vom Exodus der Union nicht und fiel sogar von ihren mageren 4,6 Prozent auf vier Prozent.

Ist dieses Resultat dem Bundes-trend geschuldet, der die AfD bundesweit bei der jüngsten Umfrage zur 2024 anstehenden EU-Wahl auf bis zu 23 Prozent ansteigen ließ? Könnte es sein, dass am 12. Februar potentielle AfD-Wähler der Union in der Hoffnung auf einen Regierungswechsel die Stimme gaben und nun enttäuscht zurückkehren?

Verkehrspolitisch setzt die von der CDU gestellte Verkehrssenatorin – mit einiger Zeitverzögerung – die Politik ihrer grünen Amtsvorgängerin fort. Auf dem Straßenland werden fast alle von der früheren grünen Verkehrssenatorin Bettina Jarasch geplanten Radwege gebaut und der tägliche Verkehrstau ausgeweitet. Auch ist der von Jarasch kurz vor ihrem Abgang gesperrte Autobahntunnel Schlangerbader Straße immer noch gesperrt. Glaubt die CDU ernsthaft, eine Politik gegen 1,3 Millionen Berliner Autofahrer machen zu können, ohne die Berliner zu enttäuschen? Zu allem Überflus griff der Regierende Bürgermeister Kai Wegner von der CDU unlängst noch seinen Parteivor-sitzenden Friedrich Merz an.

MELDUNG

Junge Leute, die nichts tun

Berlin – Laut dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) gab es in der Bundeshauptstadt Berlin im Jahre 2022 rund 33.000 sogenannte NEETs. Das sind Personen zwischen 15 und 24 Jahren, welche faktisch in den Tag hinein leben. NEET steht für „Not in Education, Employment or Training“. Die Betroffenen besuchen also weder eine Schule oder Universität noch absolvieren sie eine Lehre oder Praktikum – und bezahlte Arbeit ist gleich gar keine Option. Laut Eurostat waren das gut 6000 NEETs mehr als 2019, wobei die Zahlen 2020 und 2021 mit 36.500 und 34.500 sogar noch höher lagen. Angesichts dessen sprach die Vorsitzende des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit, Christina Ramb, von „einer wachsenden Gruppe von Jugendlichen, die mangels Orientierung in kompletter Inaktivität verharrt“. Dabei gab es in Berlin 2022 mehr als 20.000 offene Stellen, von denen um die 4000 auch für Un-gelehrte geeignet waren. W.K.

● MELDUNGEN

Verluste wohl etwas geringer

Zürich – Die „Neue Zürcher Zeitung“ hat gemeinsam mit dem ehemaligen US-amerikanischen Nachrichtendienstanalytisten Henry Schlottman ein Schätzmodell zur Ermittlung der tatsächlichen russischen Kriegsverluste entwickelt. Diesem zufolge wurden im ersten Jahr des Ukrainekrieges 152.000 russische Soldaten verwundet oder getötet. Schlottman bezog in seine Berechnungen vor allem verifizierte Meldungen über zerstörte Fahrzeuge und Waffensysteme auf Plattformen wie Oryx, Todesanzeigen, die von unabhängigen russischen Medienportalen gesammelt werden, und militärhistorische Erkenntnisse über Durchschnittsverluste bei verschiedenen Arten von Kampfhandlungen ein. Gemeinhin liegen die von Experten aus Großbritannien und den Vereinigten Staaten verbreiteten Zahlen um ein Viertel höher, ganz zu schweigen von den stark übertriebenen ukrainischen Angaben, die oft auf irrtümlichen Mehrfachzählungen beruhen. W.K.

Rentner verarmen

Moskau – Die Statistikbehörde Rosstat hat die Lage der Rentner in Russland bewertet. Demnach reicht bei einem Viertel die Rente nur noch für das Essen. Betroffen seien vor allem nicht arbeitende Altersrentner, die eine Durchschnittsrente von umgerechnet rund 200 Euro erhalten. Da die staatliche Rente in Russland schon seit der Sowjetzeit traditionell niedrig ist, sind viele Pensionäre gezwungen, dazuzuverdienen. In den letzten Jahren verloren zahlreiche Rentner aber wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage ihre Jobs. Laut dem Sozialfonds Russlands gab es am 1. April dieses Jahres 41,5 Millionen Rentner, von denen 34 Millionen keiner zusätzlichen Beschäftigung nachgingen. Diese Menschen haben keine Möglichkeit, Rücklagen zu schaffen. Sie müssen äußerst sparsam wirtschaften, um sich neben Lebensmitteln ihre Medikamente und Kleidung leisten zu können. Soziologen zufolge sind neben Rentnern nur kinderreiche Familien in Russland noch stärker von Armut bedroht. MRK

Personalmangel beim Film

Moskau – Der russischen Filmindustrie gehen die Mitarbeiter aus. Die Zahl der freien Stellen ist seit 2021 um 24 Prozent gestiegen. Neben Schauspielern fehlen Spezialisten für die Produktion, Maskenbildner, Beleuchter und Servicemitarbeiter. Als Grund für diese Entwicklung sehen die Produktionsfirmen die Konkurrenz durch Online-Produktionen, die seit Beginn der Corona-Pandemie wie Pilze aus dem Boden geschossen seien. Die Situation hat Auswirkungen auf die Produktionskosten für TV-Serien. Selbst mittelmäßige Schauspieler können pro Serienepisode bis zu umgerechnet 7000 Euro Honorar verlangen, was einer Verdoppelung entspricht. Auch für Techniker haben sich die Kosten mit bis zu 200 Euro pro Serie verdoppelt. Der Privatsender Ren.TV hat deshalb eine Co-Produktion mit Online-Produzenten ins Leben gerufen. MRK

POLEN

Kampfansage an Kaczyński und Tusk

Ein 36-jähriger Achteldeutscher mischt mit seiner „Konfederacja“ das Parteiensystem des Landes auf

VON BODO BOST

Slawomir Mentzen ist seit März Chef der Partei „Konfederacja Wolność i Niepodległość“ (Konföderation der Freiheit und Unabhängigkeit). Er ist das neue unverbrauchte Gesicht der polnischen Parteienlandschaft. Obwohl es schon seine fünfte Parteigruppierung ist, verkörpert der 36-Jährige ein völlig anderes Politikerbild als etwa der Vorsitzende der größten Oppositionspartei, der liberalkonservativen Bürgerplattform (PO) Donald Tusk – 66 Jahre alt – oder der Chef der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) und stellvertretende Ministerpräsident Jarosław Kaczyński – 73 Jahre alt. Die beiden Letztgenannten, die vom Alter her problemlos Mentzens Vater sein könnten, dominieren die polnische Politik seit gut zwanzig Jahren. Mentzen spricht vor allem jüngere Wähler an, die sich von der Jugendlichkeit der Konfederacja angezogen fühlen. Seine Popularität erlangte Mentzen vor allem dank der sozialen Medien, darunter das bei jungen Leuten beliebte Videoportal TikTok. Der Zugang zu den von der PiS kontrollierten öffentlichen Medien, aber auch zu den oppositi-

onsnahen Medien war Mentzen lange verwehrt. Ende Mai startete er eine Tour quer durch Polen unter dem Motto „Ein Bier mit Mentzen“.

Vor den polnischen Parlamentswahlen Mitte Oktober will die am Nikolaustag des Jahres 2018 gegründete Konföderation sich noch einmal neu erfinden: weg vom bisherigen Schmutzimage, hin zu einer Volkspartei in der Mitte der Gesellschaft. Vor der Europawahl 2019 verkündete Mentzen die „Fünf Säulen der Konföderation“, die ihm heute oft vorgeworfen werden: „Wir wollen keine Juden, keine Homosexuellen, keine Abtreibung, keine Steuern und keine Europäische Union.“ Damit geriet der Besitzer mehrerer Steuerbüros und Doktor der Ökonomie, dessen Vater Mieczysław Mentzen Mathematikprofessor an der Thorner Universität ist, in die Schlagzeilen und gewann mit fünf Prozent kein Mandat. Heute ersetzt er Juden durch Ukrainer oder Flüchtlinge.

Neu, jung und unverbraucht

Inzwischen liegt seine Partei in den Umfragen bei 15 Prozent und wäre damit hinter der PiS mit knapp 34 und der PO mit 28 Prozent drittstärkste Kraft bei den Par-

lamentwahlen. Nach derzeitigem Stand könnte die PiS nach der Wahl ihre Regierung nur fortsetzen, wenn sie ein Bündnis mit Mentzen einginge. Zwar lehnt Kaczyński das bislang noch strikt ab, doch schon jetzt stimmen Abgeordnete beider Parteien im Sejm oft gemeinsam ab.

Mentzen ist ein Ultrakatholik, er ist gegen Abtreibung und Ehescheidung und orientiert sich streng an der Soziallehre der Kirche. Als Ultrakonservativer trat er 2018 der Dietrichswaldener Konföderation bei, die auf Initiative seines einstigen Weggefährten Grzegorz Braun gegründet wurde. Dietrichswalde [Gietrzwałd] im Ermland, wo es 1877 zu Marienerscheinungen kam, ist heute nach Tschestochau der zweitgrößte Wallfahrtsort in der Republik Polen. „Wir, die Unterzeichnenden, (...) bringen unseren aufrichtigen Willen zum Ausdruck, unser privates und öffentliches Leben der Herrschaft Christi, des Königs von Polen, und dem Schutz seiner Heiligen Mutter zu unterwerfen“, versprach Mentzen damals. Kaczyński kanzelte den halb so alten Mentzen und die Seinen noch vor Kurzem als „Wirrköpfe und Kinder“ ab. Über Tusk sagt er, dass „dieser wahre Feind Polens“ gefälligst „nach

Deutschland verschwinden“ solle. Damit spielt er auf die kaschubischen Wurzeln von Tusk an. Die Kaschuben sind bis heute mit ihrem deutschen Akzent als deutschfreundlich verschrien.

Deutscher Uropa statt antideutsch

Während Kaczyński noch mit deutschfeindlichen Parolen Wahlkampf und Politik macht, hat Mentzen sich vor Kurzem zu seiner deutschen Abstammung bekannt – wie es sich für ihn gehört, auf Twitter und YouTube. Angesichts seines sehr deutsch klingenden Namens wollte Mentzen den Medien zuvorkommen, die schon hinter dieser Spur her waren. Mentzen ist wie Nikolaus Kopernikus in Thorn [Toruń] geboren. In der Thorner Lokalpolitik hat er auch seine politische Karriere begonnen. Sein Ur Großvater, Josef Mentzen, sei Deutscher gewesen und stamme aus Tuchel in Westpreußen, verriet Slawomir Mentzen. Josef Mentzen und seine polnische Ehefrau wurden vor dem Ersten Weltkrieg Eltern zweier Söhne, Jan und Josef, von denen Letzterer Slawomir Mentzens Großvater war. Nachdem Josef Mentzen senior im Ersten Weltkrieg gefallen war und Tuchel im Frieden von Versailles der Republik Polen zugeschlagen worden war, heiratete seine Ehefrau einen polnischen Mann. Ihre beiden Söhne bekamen einen Stiefvater. Sie lebten, so Slawomir Mentzen, „in postdeutschen Gebieten, in einer binationalen Familie und lebten in einem Gebiet, in dem sowohl Deutsche als auch Polen lebten. Das waren komplizierte und schwierige Zeiten.“

Nach der Besetzung Polens durch die Wehrmacht 1939 trat Josef Mentzen in der Gegend von Lublin der polnischen Heimarmee (AK) bei. Nach dem Einmarsch der Sowjets 1944 wurde er verhaftet und erst 1955 freigelassen. Zwei Jahre später wurde Slawomir Mentzens Vater geboren, sein Großvater starb 1982. Slawomir Mentzens Großonkel Jan entschied sich 1939, Deutscher zu sein. Er diente in der Wehrmacht und kehrte Ende 1945 nach Polen zurück, wo auch er denunziert und angeklagt wurde. Obwohl beide Brüder im Zweiten Weltkrieg auf verschiedenen Seiten gekämpft hatten, landeten beide nach Kriegsende in polnischen Gefängnissen. Jan wurde indes sechs Jahre früher als Josef freigelassen und blieb anschließend nicht in Polen, sondern reiste nach Westdeutschland aus.



Seine Partei liegt bei Meinungsumfragen mit 15 Prozent an dritter Stelle: Slawomir Mentzen am 24. Juni in Warschau

Foto: pa

VEREINIGTE STAATEN

„Wir haben gerade Geschichte geschrieben“

Vier Kongressabgeordnete haben Einsetzung eines speziellen UFO-Untersuchungsausschusses beantragt

Am 26. Juli standen zwei ehemalige „Hornet“-Piloten der US-Marine, Ryan Graves und David Fravor, dem ständigen Ausschuss des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten zur Kontrolle der Regierungsarbeit Rede und Antwort bezüglich ihren vermeintlichen Begegnungen mit Unbekannten Flugobjekten (UFOs). Außerdem wiederholte der frühere hochrangige Geheimdienstmitarbeiter David Grusch seine bisherigen Behauptungen über ein vor der Öffentlichkeit verborgenes staatliches UFO-Programm unter Eid.

Eingangs schilderten Graves und Fravor zwei Begegnungen mit UFOs in den Jahren 2004 und 2014. Im ersten Fall handelte es sich angeblich um „ein kleines weißes Tic-Tac-förmiges Objekt“ ohne Rotoren und Tragflächen. Im zweite-

ren Fall erschien das bis auf 15 Meter herankommende UFO den Piloten als „schwarz-dunkelgrauer Würfel im Innern einer durchsichtigen Kugel“. Dabei sollen beide UFOs Flugmanöver ausgeführt haben, die Menschen nicht überleben könnten. Darüber hinaus, so die Piloten, zeigten sie auch keine für irdische Maschinen typischen Merkmale wie Schweißnähte oder Fenster. Nach Ansicht der Marineoffiziere wären diese Objekte der Militärtechnik der Vereinigten Staaten noch heute überlegen, was sie zu einer potentiellen Bedrohung der nationalen Sicherheit macht.

Grusch wiederum bestätigte seine früheren Äußerungen, denen zufolge Mitarbeiter der US-Regierung Wissen über nicht von Menschen hergestellte

Flugobjekte besäßen, deren Technologie schon seit den 1930er Jahren im Geheimen erforscht werde, ohne dass der Kongress jemals hierüber informiert worden sei. Ebenso sagte Grusch, man habe aus havarierten UFOs „nicht-menschliche Biologen“ geborgen, und berichtete dann über Versuche der Geheimdienste und Militärs, Zeugen oder Whistleblower zum Schweigen zu bringen – angeblich sogar durch Mord.

Als die Ausschussmitglieder hieraufhin konkrete Details wissen wollten, verwies Grusch darauf, dass er aufgrund seiner nach wie vor bestehenden Geheimhaltungsverpflichtungen über viele Dinge nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit Auskunft geben könne. Das gelte im Übrigen auch für die Frage, ob die US-Regie-

rung bereits auf irgendeine Weise im Kontakt mit Außerirdischen stehe.

Trotz der Zurückhaltung von Grusch zeigte sich der republikanische Abgeordnete Tim Burchett am Ende der Befragung hochzufrieden: „Wir haben gerade Geschichte geschrieben.“ Zwei Tage später beantragte er gemeinsam mit den Parlamentariern Matt Gaetz, Anna Paulina Luna und Jared Moskowitz beim Sprecher des Repräsentantenhauses Kevin McCarthy die Einsetzung eines speziellen UFO-Untersuchungsausschusses des Kongresses, weil die Aussagen von Graves, Fravor und Grusch zweifelsfrei auf „besorgniserregende Handlungen der Regierung“ sowie „mangelnde Aufrichtigkeit seitens des Pentagons und der Geheimdienstgemeinschaft hinweisen“. Wolfgang Kaufmann

VON PETER ENTINGER

Die Flaute der deutschen Wirtschaft ist auch in den Führungsetagen längst angekommen. Dort, wo man normalerweise auf „Du und Du“ mit den Spitzenvertretern der Politik ist, macht sich Unbehagen breit. Der erhoffte Frühjahrsaufschwung ist ausgeblieben. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stagnierte im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorquartal.

„Deutschland befindet sich wirtschaftlich auf der Verliererstraße, insbesondere im internationalen Vergleich. Die Konjunkturindikatoren zeigen leider alle nach unten, also komplett in die falsche Richtung“, klagt Industriepresident Siegfried Russwurm. Als Chef des Bundesverbands der Deutschen Industrie fühlte er sich in den vergangenen Tagen bemüßigt, der deutschen Politik ein fatales Zeugnis auszustellen. „Es geht längst nicht nur um Geld: Wir machen keine Fortschritte beim Bürokratieabbau. Wir machen keine Fortschritte beim Thema Genehmigungsbeschleunigungen. Es gibt zu kleine Fortschritte, das Energiesystem der Zukunft und seine Kosten in den Griff zu bekommen“, kritisierte er.

Russwurm ist Aufsichtsratschef beim Essener Stahlkonzern ThyssenKrupp sowie beim baden-württembergischen Maschinenbauer Voith und war jahrzehntelang in führender Position bei Siemens. Kaum einer kennt die Sorgen und Nöte der Industrie so gut wie er. „Mir fehlt eine saubere statistische Aussage, was hier im Land vor sich geht. Der Bundeswirtschaftsminister muss sich die Frage gefallen lassen, warum es keinen Indikator gibt, der Aussagekraft hat und nach dem er seine Politik ausrichten kann“, so Russwurm. Das Investitionsklima bezeichnete er als „wirklich schlecht. Gerade für die produzierende Industrie sind die Rahmenbedingungen alles andere als brauchbar.“

Die Wachstumsprognose für Deutschland sei mehrfach Richtung null gesenkt worden. Die Weltwirtschaft wachse voraussichtlich um 2,7 Prozent. „Das zeigt schon, dass wir hinterherhinken. Dem Industriestandort Deutschland geht es nicht gut. Das muss sich ändern, und das geht nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung.“

Russwurm ist nicht der einzige Industriekapitän, der die Rahmenbedingungen moniert. „Wenn wir eine der führenden Industrienationen bleiben wollen, müssen wir an vielen Stellschrauben drehen“, erklärte Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger. Ein Teil der Bundesregierung habe auf Autopilot geschaltet und arbeite stur den Koalitionsvertrag ab. Dabei hätten sich die Zeiten geändert. „Der Koalitions-



Ampel arbeitet „stur den Koalitionsvertrag ab“: Überall mehren sich Zeichen für einen rasanten Niedergang der deutschen Industrie

ABSCHWUNG

Spitzen der Wirtschaft gehen die Ampel hart an

Der Bundesregierung weht ein scharfer Wind ins Gesicht: Während Deutschland abschmiert, habe die Politik „auf Autopilot“ geschaltet

vertrag braucht dringend ein Update. Wir müssen Deutschland neu aufstellen, wir müssen wettbewerbsfähiger, einfacher, schneller, digitaler und auch wieder hungrier werden“, sagte Dulger.

Vernichtendes Fazit

Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet für dieses Jahr ein Schrumpfen der deutschen Wirtschaft um 0,3 Prozent. Das sind katastrophale Werte. Nach dem aktuellen IWF-Wachstumsausblick ist die deutsche Wirtschaft die einzige unter den 22 untersuchten Industrieländern, in der das BIP 2023 zurückgeht. Hört man sich in den Spitzengremien der deutschen Wirtschaft um, dann sind die Vorwürfe immer die gleichen. Deutschland sei zu bürokratisch, nicht digital genug und zu

langsam, beispielsweise bei Genehmigungs- und Planungsverfahren. Im Fokus der Kritik: die Bundesregierung. „Ihr teils praxisfernes und überhastetes politisches Handeln hat viele, gerade auch im Handwerk, verunsichert – ganz besonders beim Gebäudeenergiegesetz“, meint Handwerkspräsident Jörg Dittrich.

Auch den übereilten Atomausstieg sehen viele Spitzenvertreter der Wirtschaft kritisch. Der gleichzeitige Ausstieg aus Atomstrom und Kohleförderung schaffe ein unkalkulierbares Risiko, heißt es. Der frühere Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, der sich während seiner Amtszeit gern offen für „grüne Impulse“ zeigte, zieht mittlerweile ein vernichtendes Fazit der Energiewende. Gegenüber der „Bild“-Zeitung erklärte Sinn kürzlich,

dass die Energiewende und nationaler Klimaschutz alles nur schlimmer mache. Das Aus für Diesel- und Verbrenner-Motoren sei langfristig sogar kontraproduktiv: „Per saldo beschleunigt sich der Klimawandel wegen des Verbrennerverbots. Die Maßnahme ist unnützlich und ruiniert die deutsche Automobilindustrie, sie senkt den Lebensstandard hierzulande und subventioniert andere Länder, allen voran China.“

Arbeitgeberpräsident Dulger macht wenig Hoffnung auf schnelle Besserung. Die Inflation sei hartnäckiger als gedacht, Deutschland habe mit die höchsten Lohnzusatzkosten. Und: „Wir haben eine marode Infrastruktur.“ Für die politische Klasse muss das wie eine schallende Ohrfeige klingen.

ENERGIE

„Erneuerbare“ statt Renaturierung?

Versorger will gigantische Anlagen im ehemaligen Braunkohlerevier bauen – Kritiker hegen einen Verdacht

Nachdem der tschechische Milliardär Daniel Křetínský 2016 dem schwedischen Konzern Vattenfall dessen Kraftwerke und Tagebaue in der Lausitz abkaufte, war in Brandenburg von Kosten von drei Milliarden Euro für die künftige Rekultivierung der Bergbaureale die Rede. Obwohl mit dem politisch beschlossenen Kohleausstieg diese Folgekosten schon in wenigen Jahren fällig werden könnten, herrscht beim zuständigen Energieversorger LEAG gute Stimmung.

Laut dem Informationsdienst Bloomberg hat Křetínskýs EPH-Konzern in seinem Nachhaltigkeitsbericht angekündigt, das Geschäft seiner deutschen Tochterunternehmen LEAG und Mibrag umzubauen. Die Bergbauaktivitäten beider Unternehmen will EPH demnach in eine neue Schwestergesellschaft namens EP Energy Transition übertragen. Zweck der

Ausgliederung soll es sein, das Geschäft mit den „schmutzigen“ Kohlekraftwerken ausgliedern, um den Cottbusser Energieversorger LEAG künftig als Unternehmen präsentieren zu können, das sein Geld mit Windkraft und Photovoltaik verdient. Laut Bloomberg haben sich auch schon Bergbauriesen wie Anglo American und Teck Resources eine „grüne“ Umweltbilanz zugelegt, indem sie ihre fossilen Geschäfte ausgegliedert haben.

Bereits im Herbst 2022 hatte die LEAG für „erneuerbare“ Energien das Projekt GigawattFactory angekündigt. Dazu will der Versorger mehr als zehn Milliarden Euro investieren, um bis 2030 in der Lausitz sieben Gigawatt Wind- und Sonnenstrom erzeugen zu können. „Das ganze Projekt ist ein starker Jobmotor für Ostdeutschland. Und es hilft, Energie wieder bezahlbar zu machen“, so LEAG-Chef Thorsten Kramer.

Bei den Plänen der LEAG, die Lausitz zum „grünen Kraftwerk der Nation“ zu machen, spielen Tagebauflächen eine wichtige Rolle. „Unser Goldstaub sind 33.000 ha konfliktarme Bergbaufolgeflechte in der Lausitz“, so Kramer im Herbst vergangenen Jahres. Laut Kramer handelt es sich „um jede Menge Fläche, um dort ohne hemmende Einsprüche von Nachbarn in großem Maßstab erneuerbare Energien aufzubauen“. Angesichts der Dimension des Projekts regt sich allerdings Kritik. Kleinere Projektentwickler befürchten Wettbewerbsnachteile.

Auch Martin Maslaton, Regionalbeauftragter des Bundesverbandes Windenergie an Land (BWE), bezeichnet die Flächendimension der LEAG-Areale als problematisch und sprach von einer kartellrechtlichen Relevanz. Im Kontrast dazu sicherte Bundeswirtschaftsminister

Robert Habeck (Grüne) beim Besuch im Kraftwerk Jänschwalde vor einigen Wochen „volle politische Unterstützung“ für die LEAG-Pläne zu.

Schon im Sommer 2021, Habeck war noch nicht Wirtschaftsminister, hatte die LEAG ein „grünes“ Tochterunternehmen auf den Weg gebracht. Das bringt eine Autorin der Rechercheplattform Correctiv zu der Befürchtung: „Sollte das Geschäft mit der Braunkohle irgendwann am Ende sein, dann wäre Křetínský die lästige Renaturierung los. Er könnte weiter den Retter der Lausitz spielen, während die Bürgerinnen und Bürger für seine Mondlandschaften zahlen.“ Mit der angekündigten Abtrennung und Auslagerung des Bergbaugeschäfts der LEAG könnte die Diskussion, wer letztendlich für die Renaturierung der Tagebaue zahlen muss, wieder intensiver werden. H.M.

MELDUNGEN

Von der Leyen will mehr Geld

Brüssel – Die EU-Kommission verlangt von den Mitgliedsländern insgesamt 66 Milliarden Euro zusätzlich zu den bislang schon vorgesehenen Beitragszahlungen. Anlässlich der Halbzeitbilanz des EU-Haushalts begründete Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Geldforderung mit der Aussage, die EU befinde sich heute in einer völlig anderen Situation als 2020. In dem Jahr hatten sich die EU-Staaten auf einen gemeinsamen Finanzrahmen von 1,1 Billionen Euro für den Zeitraum 2021 bis 2027 geeinigt. Nach den Vorstellungen der Kommission sollen insgesamt 50 der geforderten 66 Milliarden Euro zur Unterstützung der Ukraine verwendet werden. Auch durch gestiegene Zinsen und Maßnahmen an den EU-Außengrenzen gegen illegale Einwanderung, steigen die Anforderungen an das EU-Budget. Zusätzlich will die EU-Kommission auch noch die Mittel zur Förderung „grüner“ Technologien aufstocken. H.M.

Junta verbietet Uranexport

Niamey – Die Militärjunta in Niger, die sich kürzlich an die Macht geputscht hat, verbietet laut der US-Zeitung „Politico“ den Export von Uran nach Frankreich. Paris sorge sich deshalb nicht nur um die eigene Energiesicherheit, sondern um die der gesamten EU. In Frankreich werden 75 Prozent des Strombedarfs aus Atomkraftwerken hergestellt. Laut der EU-Atombehörde Euratom stammte im vergangenen Jahr mehr als ein Viertel des in die EU importierten Urans aus Niger. Seit dem 1. August verhindern die neuen russlandfreundlichen Machthaber außerdem die Ausfuhr von Gold. Die französische Regierung beeilte sich zwar mit der Beschwichtigung, dass die EU über genügend Uran für die nächsten drei Jahre verfüge, doch könnte der Ausfall der Uranlieferungen aus Niger mittelfristig den Plan, sich von russischen Lieferungen unabhängig zu machen, behindern, weil Sanktionen schwieriger durchzusetzen sind. 2021 belegte Russland noch Platz 3 bei den Uranlieferungen in die EU. Durch den Putsch hat sich der Uranpreis bereits deutlich verteuert. MRK

Deutsche Bahn macht Verlust

Berlin – Die Deutsche Bahn (DB) wird im Laufe des Jahres voraussichtlich einen Verlust von einer Milliarde Euro einfahren. Im vergangenen Jahr hatte der Staatskonzern noch mit 1,3 Milliarden im Plus gelegen. Die Schulden der Bahn betragen derzeit gut 30 Milliarden Euro und dürften bis Jahresende auf 33 Milliarden ansteigen. Laut der DB sollen 68,7 Prozent aller Züge pünktlich ankommen. Dennoch meiden viele Deutsche die Bahn. Momentan liegt ihr Anteil an der Personenbeförderung bei unter zehn Prozent. Im Güterverkehr werden 19 Prozent aller Waren auf der Schiene transportiert. Zum Vergleich: In Slowenien sind es 34 Prozent. Eine Sanierung des maroden Schienennetzes würde die Situation der DB zwar nachhaltig verbessern, aber Investitionen in Höhe von schätzungsweise 90 Milliarden Euro erfordern. W.K.

ANALYSE

Putin „erinnert“ Polen

BODO BOST

Durch die Verlegung der Söldner der Gruppe Wagner an die Westgrenze von Weißrussland und der dadurch in Belarus' westlichem Nachbarn Polen gestiegenen Befürchtungen um seine Sicherheit ist Deutschlands östlicher Nachbar wieder verstärkt in den Fokus von Russland geraten. Obwohl die Republik Polen im Norden eine direkte Grenze mit der Russischen Föderation hat, ist es die Ostgrenze, die in Polen derzeit in den Vordergrund rückt, weil neben den Wanger-Söldnern Moskau neuerdings Nuklearwaffen an der polnisch-weißrussischen Grenze stationiert hat.

In Russland wird derzeit im Stile des neuen Geschichtsrevisionismus daran erinnert, wem Polen den Gewinn seines heutigen Westens – des historischen deutschen Ostens – zu verdanken hat, nämlich „Väterchen Stalin“, der, nachdem er das Gros der polnischen Offiziere in Katyn hatte ermorden lassen, am Ende des Krieges sein Herz für Polen entdeckt haben soll. Dies hätten die derzeitigen Behörden in Warschau offenbar vergessen, hieß es in staatlichen russischen Printmedien und Rundfunksendern.

Daran erinnerte auch der russische Präsident Wladimir Putin bei einer Sitzung des Sicherheitsrats. Er sagte, dass der Westen Polen 1939 bereits an das Dritte Reich verloren gegeben habe und das Land seine Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit verloren hatte, bevor dank der Maßnahmen der Sowjetunion Polen habe wiederhergestellt werden können – als undankbarer Satellit der UdSSR. Letzteres sagte Putin freilich nicht. „Die westlichen Gebiete des heutigen Polens sind Stalins Geschenk an die Polen. Haben unsere Freunde in Warschau das vergessen? Wir werden Sie daran erinnern“, warnte Putin bei einem operativen Treffen mit dem Sicherheitsrat, berichtete die staatliche russische Nachrichtenagentur TASS.

Westlicher Griff nach der Ukraine?

Putin behauptete weiter, dass der Westen plane, die Gebiete der Westukraine mit einer polnisch-litauisch-ukrainischen Militäreinheit zu besetzen. „Ich kann nicht umhin, das gerade Gesagte und die in der Presse erschienenen Berichte über Pläne zur Schaffung einer sogenannten polnisch-litauisch-ukrainischen Verbindung zu kommentieren. Das heißt, wir

sprechen nicht von einer Art Ansammlung von Söldnern, sondern von einer regulären, eingespielten und ausgerüsteten Militäreinheit, die für Operationen auf dem Territorium der Ukraine eingesetzt werden soll“, sagte Putin. „Wenn die polnischen Einheiten beispielsweise in Lemberg oder in andere Gebiete der Ukraine eindringen, werden sie dort bleiben. Und sie werden für immer bleiben“, fügte der russische Präsident hinzu. Da war bei Putin wohl der Wunsch Vater des Gedankens, denn der Russe hofft offenbar, dass seine Gebietsgewinne in der Ukraine für immer russisch bleiben.

Polens „Westverschiebung“

Obwohl sich Putin schon mehrmals in den letzten Jahren von Josef Stalin distanziert hat und dessen Nationalitätenpolitik verantwortlich macht für den späteren Zerfall der UdSSR, imitiert Putin viele der Methoden des roten Diktators immer mehr. Stalins Mitschuld am Kriegsbeginn durch den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag wird bis heute in den russischen Geschichtsbüchern verschwiegen. Die sowjetische Westgrenze, die in dem Molotow-Ribbentrop-Pakt beziehungsweise in dem einen Monat später ebenfalls von dem sowjetischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Wjatscheslaw Molotow, und dem deutschen Außenminister Joachim von Ribbentrop unterzeichneten Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag festgeschrieben wurde, die von dem britischen Außenminister George Curzon auf der Basis der Sprachgrenze gezogene Curzon-Linie, blieb auch nach 1945 die Westgrenze der UdSSR. Für den Verzicht auf seine Kriegsbeute aus dem polnisch-ukrainischen Krieg von 1918/19, dem polnisch-litauischen Krieg von 1920 und dem polnisch-sowjetischen Krieg von 1919 bis 1921 sollte Polen mit ostdeutschem Gebiet entschädigt werden.

Diese sogenannte Westverschiebung Polens konnte Stalin bei den Verhandlungen mit dem US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt und dem britischen Premier Winston Churchill auf der Konferenz von Teheran vom 28. November bis 1. Dezember 1943 und während eines Moskauerbesuchs von Stanislaw Mikołajczyk, dem Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung in London, im Sommer 1944 herausholen. Mikołajczyk wollte Lemberg und nicht Breslau haben.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf.
ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51**Internet:** www.paz.de**E-Mail:**
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:**
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Versucht, Konservative verschiedener Parteien zusammenzuführen: Der Journalist und Medienunternehmer Klaus Kelle

INTERVIEW

Illusion „Brandmauer“

IM GESPRÄCH MIT KLAUS KELLE

Was folgt aus dem Anstieg der AfD in den Umfragen? Sind perspektivisch Verschiebungen der politischen Verhältnisse denkbar – oder halten die „Brandmauern“? Fragen an einen Konservativen, der die Gesprächsbereiten verschiedener Parteien zusammenführen will.

Herr Kelle, seit Monaten ist der Politikbetrieb in Aufregung. Die Umfragewerte der AfD stiegen lange Zeit in immer neue Höhen. Was ist Ihrer Meinung nach die Ursache dafür?

Das ist leicht zu erklären. Die AfD ist derzeit in Deutschland die einzige Partei, die konsequent Opposition gegen die Politik der Ampelregierung betreibt und dies auch mit guten Argumenten und ohne Geschwurbel an die Bürger kommuniziert. Das verleiht ihr ein Alleinstellungsmerkmal, da die CDU unter Friedrich Merz immer noch nicht Tritt gefasst hat. Eigentlich wäre es Aufgabe der Union, den Bürgern ein konsequentes Alternativprogramm anzubieten.

Parallel zum Aufstieg der AfD suchen die etablierten Parteien nach einem Gegenmittel. Die Erfolge sind bislang bescheiden. Warum erreichen die Etablierten so viele Wähler nicht mehr?

Eine wachsende Zahl von Bürgern hat den Eindruck, dass es in Berlin nicht mehr das Kräftespiel zwischen Regierung und Opposition gibt, sondern dass im Grunde alles eine Soße ist. Wenn Merz und sein neuer Generalsekretär Carsten Linnemann jetzt den Asylmissbrauch beklagen, dann hat den ja nicht Herr Scholz erfunden. Es war die CDU-Kanzlerin Angela Merkel, die die Grenzen für den unregelmässigen Massenzug von Wirtschaftsmigranten öffnen ließ. Mit all den Folgen bis heute. Wenn die CDU jetzt kommt und über Asylmissbrauch lamentiert, dann haben die Leute nicht vergessen, wie und mit welcher Partei alles angefangen hat. Atomausstieg, Herunterwirtschaften der Bundeswehr, Homo-Ehe – da war die Christliche Union doch ganz vorn dabei.

Ein Weg der Auseinandersetzung mit der AfD war das Errichten sogenannter Brandmauern, die sinnbildlich dafür stehen, dass es keinerlei Zusammenar-

beit mit der AfD geben soll. Welche Wirkung haben die „Brandmauern“?

Brandmauer – das ist ein politischer Kampfbegriff. Im Osten der Republik hält sich doch niemand daran. In Kommunen, aber auch in den Landtagen plaudern Schwarze und Blaue ganz ungeniert miteinander und sprechen ihr Vorgehen manchmal konkret ab. Oder glauben Sie, dass 2020 die Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten von Thüringen zufällig passiert ist?

Je länger die Brandmauer proklamiert wird, desto stärker wird die AfD. Ob man

„Im Osten hält sich doch niemand an Brandmauern“

sie mag oder nicht: Man kann eine Partei, die fast ein Viertel der Wähler, im Osten ein Drittel, hinter sich versammelt, nicht behandeln, als wäre sie gar nicht da.

Wie sieht es denn bei der AfD aus? Sehen Sie dort das Bestreben, auf die etablierten Parteien – zumindest die bürgerlichen – zuzugehen und so politikfähig zu werden?

Bei einem Teil schon, aber vor dem Hintergrund der aktuellen Stärke gibt es auch Träume, im Osten Deutschlands bald Regierungen bilden zu können. Dabei wird im Siegestaumel verkannt, dass 30 Prozent zwar viel sind, aber eben auch 70 Prozent gegen die AfD stehen können.

Im kommenden Jahr stehen Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen an. Überall dort ist die AfD derzeit so stark, dass selbst Dreierkoalitionen kaum noch ausreichen dürften, um eine Mehrheit gegen sie zu bilden. Wie sollte sich die Union dann verhalten?

Darauf gibt es keine einfache Antwort. Wir haben auch jetzt schon in Sachsen 70 Prozent der Landtagsmandate besetzt mit CDU und AfD. Was die Sachsen definitiv nicht wollen, sind Grüne in der Regierung – und die haben sie. Das geht nicht gut beim Wähler. Andererseits: Eine AfD, die unfähig ist, Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine glaubhaft zu verurteilen und die Deutschland aus der EU herauslösen will, wird schwerlich eine Basis

mit der CDU finden, zu deren politischer DNA Europa und die transatlantische Partnerschaft gehören.

Ein möglicher neuer Faktor im politischen Geschehen könnte eine „Liste Sahra Wagenknecht“ sein. Noch hat sich die langjährige Ikone der Linkspartei nicht festgelegt, ob sie eine eigene Partei gründen wird. Dennoch werden ihr schon jetzt große Chancen eingeräumt. Was halten Sie von Wagenknechts Gedankenspielen?

Wenn Sahra Wagenknecht tatsächlich die bundesweiten Strukturen für ihre neue Partei schaffen kann, dann wird sie locker in die Parlamente einziehen und ein Faktor im Parteiensystem werden. Das wäre das sofortige Ende der Linken als Partei, was ich begrüße, und es würde die AfD im Osten halbieren, was vielleicht sogar für die gesamte AfD gut wäre. Aber: Sarah Wagenknecht ist eine Sozialistin und will unser System überwinden. Das kann ein bürgerlicher Wähler niemals mitmachen.

Sie haben mit den „Vollversammlungen der wahren Schwarmintelligenz“ ein Forum gegründet, das Gespräche zwischen verschiedenen Lagern ermöglichen will. Sind solche Foren in Zeiten von „Brandmauern“ noch möglich?

Ja, ich mache das seit acht Jahren, 2023 wird es vom 25. bis 27. August in Hessen stattfinden. Da gibt es keine Brandmauern, kein Teilnehmer wird vorher gefragt, was er wählt. Jedes Jahr kommen Hunderte engagierte Menschen aus allen Teilen der Republik zum offenen Meinungsaustausch zurück – und das ohne Medienberichterstattung.

Und was erwartet die Besucher dort?

Schwerpunktthemen werden die Fragen nach der Repräsentationslücke für Konservative in Deutschland sein, die Clan-Kriminalität und ihr Einfluss auf die Politik sowie auch die Frage, wie sich die Welt nach dem Ukrainekrieg ökonomisch neu formiert. Wir freuen uns auf Gäste wie Hans-Georg Maaßen, Joana Cotar, den Polizeigewerkschafter Rainer Wendt oder auch den früheren Arcandor-Chef Thomas Middelhoff und seine Erfahrungen mit der deutschen Justiz.

Die Fragen stellte René Nehring.

● Nähere Informationen zur erwähnten Veranstaltung per E-Mail unter kelle@denken-erwuenscht.com

Die geweihte Dauerbaustelle

Wunderwerk der gotischen Architektur – Vor 775 Jahren wurde der Grundstein zum Bau des Kölner Doms gelegt

VON VEIT-MARIO THIEDE

In Köln heißt es: Wenn der Dom fertig ist, geht die Welt unter. Aber da brauchen wir keine Angst zu haben. Die seit 1996 zum UNESCO-Weltkulturerbe gehörende Mutterkirche des Erzbistums Köln ist und bleibt eine prunkvolle Dauerbaustelle. Derzeit arbeitet die Kölner Dombauhütte an der Restaurierung des Chores, der noch 90 Prozent der originalen Bausubstanz aufweist. Er ist der älteste Teil des Doms. Hier legte Erzbischof Konrad von Hochstaden am 15. August 1248 den Grundstein zum Neubau des Doms, der etappenweise den an derselben Stelle im 9. Jahrhundert errichteten Vorgängerbau ersetzen sollte.

Bis zur Vollendung des Doms vergingen 632 Jahre. Die Bauarbeiten waren um 1520 aus Geldmangel unterbrochen worden. Denn während der von Martin Luther angestoßenen Reformation ließ der Pilgerstrom zu den im Chor aufbewahrten Reliquien der Heiligen Drei Könige stark nach. Somit fehlten dem Domkapitel die den Pilgern zu verdankenden Einnahmen. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte auch, dass der gotische Baustil mit seinem Maßwerk, den Fialen genannten Ziertürmchen auf den Strebe- Pfeilern und den Wimperg genannten Schmuckgiebeln längst aus der Mode gekommen war. Erst die Romantiker sorgten für die neue Würdigung der Gotik.

Das kam dem Kunst- und Architekturhistoriker Sulpiz Boisserée zugute, der sich für die Vollendung des Doms stark machte. Für das Projekt gewann er bedeutende Persönlichkeiten, zum Beispiel Goethe, Schinkel sowie den preußischen Kronprinzen und späteren König Friedrich Wilhelm IV. Für die Wiederbelebung der Dombauhütte sorgte ab 1823 der preußische Bauinspektor und Schinkelschüler Friedrich Adolf Ahlert. Er sicherte zunächst die vorhandene Bausubstanz. König Friedrich Wilhelm IV. legte 1842 den Grundstein zur Vollendung des Dombaus. Die war 1880 mit Hilfe von Spendengeldern aus ganz Deutschland vollbracht.



Ein wahrer Wald an steinernen Säulen: Das Hauptschiff des Kölner Doms

Foto: pa

Seitdem aber wird saniert, restauriert, an- und umgebaut.

Heilige Könige hinter Panzerglas

Baugerüste und ein wahrer Wald von Fialen bestimmen momentan das äußere Erscheinungsbild des Chorbereichs. Ältester Teil des Bauwerks ist der Kranz von sieben Chorkapellen, der von 1248 bis etwa 1265 errichtet wurde. Auf ihn folgte der Bau des Hochchores. Die Weihe fand 1322 statt. Den zwischen Kapellenkranz und Hochchor angelegten Pilgerweg beschreiten alljährlich um die sechs Millionen Gläubige und Kulturtouristen aus aller Welt. Sie schauen nach rechts und links, oben und unten. Denn überall gibt es erlesene Sakralkunst zu entdecken.

Das älteste Werk ist das von Erzbischof Gero um 970 gestiftete „Gero-

kreuz“. Es ist die früheste erhaltene großformatige Skulptur der nachantiken Zeit. Erschreckend realistisch hängt Christus als Toter am Kreuz.

Das zweite aus dem alten Dom in den neuen übertragene Werk ist der Dreikönigenschrein. Den schufen die Werkstatt des berühmten Nikolaus von Verdun sowie Mitglieder einer kölnischen und einer maasländischen Werkstatt zwischen 1190 und 1220. Der 2,20 Meter lange Schrein hat die Form einer Basilika und ist das größte erhaltene Werk mittelalterlicher Goldschmiedekunst. Es weist 74 Figuren, mehr als 1000 Perlen und Edelsteine sowie 300 antike Gemmen und Kameen auf.

Die wertvollsten antiken Steinschnitte, etwa die Venusgemme und der Nero-kameo, befinden sich an der von König Otto IV. gestifteten Stirnseite. Ihre Reliefs

zeigen die Anbetung des Christkinds durch die Heiligen Drei Könige, die Taufe Christi und Christus als Weltenrichter.

An den Langseiten sitzen die Könige David und Salomo sowie Propheten und Apostel. Die auffälligste Gestalt der Rückseite ist die aus der Fassade ragende Halbfigur. Sie stellt den Erzkanzler und Erzbischof Rainald von Dassel dar, der die Gebeine der Heiligen Drei Könige 1164 von Mailand nach Köln überführte. Mit ihnen ruhen die Reliquien der Heiligen Felix, Nabor und Gregor von Spoleto im Dreikönigenschrein, der unter Panzerglas aufgesockelt hinter dem Hauptaltar golden funktelt.

Reserviert für Papst und Kaiser

Die Malerei auf den Chorschranken erzählt die Legenden von Felix, Nabor und

Gregor sowie die der Heiligen Drei Könige. Szenen aus dem Leben des Apostelfürsten Petrus, des Papstes Silvester und des Kaisers Konstantin schließen sich an. Damit haben wir Deutschlands größten und anspruchsvollsten Wandmalereizyklus des frühen 14. Jahrhunderts vor uns.

Das 104 Sitze aufweisende, mit figürlichen Schnitzereien geschmückte Chorstühl aus Eichenholz ist das größte erhaltene des Mittelalters. Für Papst und Kaiser war ein Sitzplatz reserviert. Den nahmen Stellvertreterbildnisse ein, die Papst Silvester und Kaiser Konstantin zeigten. Hauptwerke der Bildhauerei des frühen 14. Jahrhunderts sind die farbenprächtigt gefassten Chorpfeilerfiguren. Die schlanken Gestalten in eleganter Haltung stellen Maria, Christus und die zwölf Apostel dar. Über ihnen musizieren Engel.

Als Deutschlands bedeutendstes Bronzebildwerk des 13. Jahrhunderts wird die liegende Grabfigur Konrad von Hochstaden gefeiert. Um 1205 geboren, war er von 1238 bis zu seinem Tod 1261 Kölner Erzbischof. Die Liegefigur zeigt ihn als jungen Mann im Bischofsornat. Den Unterbau seines in der Johanneskapelle aufgestellten Hochgrabes gestaltete der Dombildhauer Christian Mohr 1848. In dessen Nischen stellte er König Wilhelm von Holland, den gelehrten Mönch und Bischof Albertus Magnus und weitere Teilnehmer der Grundsteinlegung von 1248 dar. An der Kopfseite tritt der erste Dombaumeister auf: Gerhard überreicht das Dommodell.

Hier, insbesondere auch in der benachbarten Dreikönigenkapelle und überhaupt in und am Kölner Dom bilden die Werke aus der Zeit der Gotik und ihre neogotischen Ergänzungen des 19. Jahrhunderts eine harmonische Einheit. Bei der Vollendung des Doms orientierten sich die Baumeister Zwirner und Voigtel am vier Meter hohen Aufriss der Westfassade, der aus dem 13. oder 14. Jahrhundert stammt. Von grünen Vorhängen vor schädigendem Lichteinfluss geschützt, hängt dieser berühmte „Riss F“ hinter Konrads Hochgrab an der Kapellenwand.

AUSSTELLUNG

Flucht und Vertreibung einst und jetzt

Im früheren Schloss Altenthann bei Regensburg verbindet man Fluchtgeschichten mit denen der Ukrainer

„Zeitenwende“ heißt das Thema des diesjährigen Kulturprogramms des Landkreises Regensburg – auch angelehnt an das zentrale Wort aus der Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz zu Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Diesen Aspekt greift auch die bis Ende Oktober laufende Ausstellung „Flucht und Vertreibung. Damals und heute“ auf, die im früheren Schloss beziehungsweise Pfarrhof in Altenthann, das etwa 20 Kilometer nordöstlich von Regensburg gelegen ist, zu besichtigen ist.

Schon lange hatte der Regensburger Kreisheimatpfleger Hermann Binninger, der für diese Ausstellung federführend zuständig ist, die Idee, das Thema „Flucht und Vertreibung“ zu präsentieren. Das gewählte Jahresthema „Zeitenwende“ und die damit verbundenen Rahmenbedingungen boten dann auch einen idealen Aufhänger, dies umzusetzen – und zwar in zwei Zeitepochen: die Vertreibung der Sudetendeutschen am Ende des Zweiten

Weltkriegs und die aktuelle Flucht vor allem ukrainischer Kinder und Jugendlicher, die nun in der Region untergebracht sind und zur Schule gehen. Entsprechend unterschiedlich sind in den zwei Ausstellungsräumen auch die Exponate.

Es sind zum Teil Gegenstände von noch im Landkreis Regensburg lebenden und aktiven Sudetendeutschen. Wie zum Beispiel der Kinderschlitten samt Kopfkissen von Franz Weschta aus Regenstauf. Damit war er als Fünfjähriger über die

Grenze gekommen. Dann ein sogenannter Leiterwagerl, wie er im Dialekt ausgesprochen wird und wie man ihn von vielen Schwarz-Weiß-Fotos kennt. Weitere Exponate widmen sich der Kultur (Tracht) und dem Handwerk (Klößeln).

Verdeutlicht wird aber auch, wie die Heimatvertriebenen im Alltag nötige Gegenstände für Kochen oder Arbeit aus Fundmaterial – etwa aus Metallresten auf dem ehemaligen Fliegerhorst Regensburg-Obertraubling – hergestellt haben. Wer tiefer in die Thematik einsteigen will, für den gibt es viel zu lesen: etwa zum Brunner Todesmarsch 1945 und mehrere individuelle Erinnerungen und Schicksale. Da die Ausstellung auch Angehörige der Erlebnisgeneration besuchen, sind durchaus auch deren persönliche Erfahrungen im Gespräch zu ermitteln.

Vollkommen andere Anknüpfungspunkte waren für die Ausstellungsstücke des aktuellen Flucht- und Vertreibungshintergrundes nötig. Die ukrainischen

Kinder und Jugendlichen zeigen in vitrinen Gegenstände, die sie aus ihrer Heimat mitgenommen haben und sie an diese erinnern: Bücher zur ukrainischen Geschichte, Schulhefte und Schreibzeug, Münzen und Geldscheine, Plüschtiere, Spielkarten oder das Lieblings-T-Shirt.

Auf Zeichnungen bildeten sie ab, wie ihr derzeitiger Wohnort auf sie wirkt. Parallel dazu hatten sich im Unterricht die einheimischen Grundschüler Gedanken gemacht, was sie in einem Koffer mitnehmen würden, wenn sie von einer Stunde auf die andere fliehen müssten. In vielen Zeichnungen haben sie das festgehalten.

Der Eintritt zur Ausstellung ist frei. Mitveranstalter ist die Druckerei Hofmann, die Hefte im Bereich der Übersetzungshilfe Ukrainisch-Deutsch gedruckt hat.

Markus Bauer



Ein unentbehrlicher „Fluchthelfer“: Das „Leiterwagerl“

Foto: Bauer

● Pfarrhof in Altenthann, Ringstraße 5, geöffnet jeden ersten und letzten Sonntag von 13 bis 16 Uhr

VON KLAUS SCHROEDER

Der Mauerbau 1961 ist wie die Volkserhebung im Juni 1953 nicht nur Jugendlichen kaum oder überhaupt nicht bekannt, auch viele Erwachsene haben hier Wissenslücken. Dieses Defizit zu beheben, soll der nachfolgende Text beitragen.

Entsprechend der marxistisch-leninistischen Ideologie war die kommunistische SED davon überzeugt, dass die „kapitalistische Bundesrepublik“ nach dem Muster der Weimarer Republik in wirtschaftliche und soziale Krisen geraten und der kleinere deutsche Teilstaat an Anziehungskraft gewinnen würde. Diese Erwartung gipfelte 1958 auf dem V. Parteitag der Staatspartei in dem Anspruch, den materiellen Lebensstandard der Bundesrepublik in wenigen Jahren zu überbieten. Gleichzeitig startete die SED eine erneute deutschlandpolitische Initiative und forderte eindringlich die „Normalisierung“ des Verhältnisses von West-Berlin zur DDR sowie die Einstellung der angeblich in West-Berlin stattfindenden „Wühlätigkeit gegen die DDR“, die ansonsten die Zufahrtswege kontrollieren würde.

In einer auf Anregung Moskaus verfassten Note an die Siegermächte vom September 1958 wiederholte die DDR ihren Vorschlag, Beratungen über einen „Friedensvertrag“ mit Deutschland aufzunehmen und schlug der Bundesrepublik vor, eine entsprechende Kommission beider deutscher Staaten zu bilden. Allerdings – so die Bedingung der SED – müsse eine mögliche Verbindung von Bundesrepublik und DDR die Übertragung der Staats- und Gesellschaftsordnung des einen Staates auf den anderen ausschließen. Die SED-Herrschaft sollte sakrosankt bleiben und nicht gefährdet werden.

Frei oder vogelfrei?

Kurze Zeit später forderte der sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow ultimativ den Abzug der alliierten Truppen aus Berlin, den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Umwandlung West-Berlins in eine „freie und entmilitarisierte Stadt“. Sollten die Westmächte hierauf nicht eingehen, drohte er mit einem separaten Friedensvertrag mit der DDR.

Während der Berliner Regierende Bürgermeister Willy Brandt die von sowjetischer Seite angebotene „freie Stadt“ eine „vogelfreie Stadt“ nannte, schwankte die US-Außenpolitik zwischen Härte und Konzessionsbereitschaft. Die Briten zeigten sich sehr kompromissbereit. Beide Westmächte wollten wegen Berlin keinen Krieg riskieren, sondern hatten durchaus Interesse an einem weiterhin geteilten und damit geschwächten Deutschland.

Der im November 1960 neu gewählte US-Präsident John F. Kennedy präziserte die amerikanische Position zu Berlin im Kontext eines globalen Status quo im Kalten Krieg. Im Mai 1961 übernahm die NATO seine drei Essentials, die nur noch die Freiheit des Westteils von Berlin garantierten. Neben der deutschen wurde jetzt auch die Berliner Teilung als gegeben hingenommen. Kennedy signalisierte dem sowjetischen Parteichef Chruschtschow im Sommer 1961 mehrfach, dass die USA sowjetische Entscheidungen in deren Interessenssphären respektieren würde.

Steigende Flüchtlingszahlen

Die SED-Führung drängte unterdessen auf eine Lösung des Berlin-Problems in ihrem Sinne, nicht zuletzt aufgrund der sich 1960 verschärfenden innenpolitischen Krise. Tempo und Ausmaß der mit allen Mitteln erzwungenen Kollektivierung auf dem Land und partiell im Handwerk hatten zu einem Wiederanschwellen der Fluchtbewegung sowie zu Versorgungsengpässen und allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten geführt. In zwei alarmierenden Briefen an Chruschtschow verwies der erste Mann der SED, Walter Ulbricht, insbesondere auf den in Berlin ausgetragenen „Wettbewerb zwischen den beiden Systemen“. Er behauptete, die offenen Grenzen



System-Bankrott vor den Augen der Weltöffentlichkeit: Die Schließung der innerdeutschen Grenzen im August 1961

DEUTSCHE TEILUNG

Als sich der Ring um West-Berlin schloss

Mit dem Mauerbau wurde 1961 die deutsche Teilung in Beton gegossen. Widerstand der Westalliierten hatte die DDR nicht zu befürchten. Denn im Grunde kam ihnen der Schritt Ost-Berlins durchaus zurecht

zwängen die DDR, den Lebensstandard schneller zu erhöhen, als es volkswirtschaftlich geboten sei. Freilich verschwieger, dass die DDR-Wirtschaft noch immer unter den hohen Kosten für die Machtssicherung sowie für die Apparate von Parteien und Massenorganisationen und die Subventionierung der Lebenshaltung litt. Der Anteil dieser „unproduktiven Ausgaben“ lag 1959/60 zwischen 25 und 30 Prozent der Staatsausgaben.

1960/61 stiegen die Flüchtlingszahlen durch die letzte verbliebene offene Grenze in Berlin wieder stark an. Von Januar 1961 bis zum Beginn des Mauerbaus flohen knapp 160.000 Personen aus der DDR – allein im Juli 1961 kamen knapp 31.000 Flüchtlinge nach West-Berlin –, im Jahr zuvor waren es insgesamt etwa 200.000. Angesichts dessen war das Überleben des SED-Staates ernsthaft gefährdet.

Die Operation „Rose“

Am 15. Juni 1961 antwortete Walter Ulbricht auf die Frage einer Journalistin zu möglichen Maßnahmen in Berlin: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“ Diese Äußerung, vor dem 13. August in der westdeutschen Presse kaum zur Kenntnis genommen, wurde erst nach der Schließung der Sektorengrenzen und dem Mauerbau Gegenstand von Spekulationen. Was hatte Ulbricht bezweckt? Wollte er die Sowjetunion drängen, endlich die Erlaubnis zum Mauerbau zu geben? Oder wollte er Fluchtwillige animieren, das Land zu verlassen, um hierdurch die Sowjetunion unter Druck setzen zu können?

Fakt ist: Nachdem informelle Kanäle der Westmächte signalisiert hatten, es werde bei einer vollständigen Abriegelung der DDR gegenüber dem Westen nicht zu einer militärischen Konfrontation zwischen den Blöcken kommen, gab Chruschtschow Ulbricht im Juli 1961 sein Einverständnis, die Grenzen in Berlin vollständig zu schließen. Auf einer Politbüro-Sitzung am 7. August verkündete Ulbricht den führenden Genossen, die Schließung der

Grenze stehe unmittelbar bevor. Die Vorbereitung für den Mauerbau traf die SED in einem kleinen Kreis um den ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen, Erich Honecker. Am 12. August erläuterte Ulbricht führenden Staats- und Blockpartefunktionären, die Operation „Rose“, wie das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) die Aktion nannte, werde in einigen Stunden beginnen. Widerspruch gab es nicht.

Kurz nach Mitternacht am 13. August 1961 verlegten Grenz- und Volkspolizisten gemeinsam mit Mitgliedern der sogenannten Kampfgruppen der Arbeiterklasse, gedeckt von Einheiten der Nationalen Volksarmee (NVA), Stacheldraht und sicherten die Grenzanlagen an der innerstädtischen Sektorengrenze. Sowjetische Truppen standen dahinter bereit, um mögliche Eskalationen im Keim zu ersticken. Erst einige Tage später begann der eigentliche Bau der Mauer. Der von der DDR errichtete Ring um West-Berlin hatte schließlich eine Gesamtlänge von 155 Kilometern, davon 43,1 Kilometer zwischen den beiden Teilen der Stadt. Der zwischen 15 und mehr als 150 Meter breite Todesstreifen bestand neben den Mauersegmenten aus Kfz-Sperren, Kolonnenwegen, Beobachtungstürmen, Grenzsinalzäunen und Hinterlandmauern. Im innerstädtischen Bereich ließ die SED, anders als bei der innerdeutschen Grenze, weder Erdminen verlegen noch Selbstschussanlagen montieren.

Wut, Verbitterung und Verzweiflung

Wie von der Sowjetunion einkalkuliert, reagierten die Westmächte zurückhaltend. Ingeheim versprachen sie sich wohl von der Zementierung der deutschen Teilung mehr Stabilität in Europa und die westdeutsche Anerkennung des nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Status quo.

Weite Bevölkerungskreise im SED-Staat reagierten hingegen auf den Mauerbau mit Wut, Verbitterung oder Verzweiflung. Der ihr gemeldeten Unruhe in der

Bevölkerung begegnete die Parteiführung rasch und heftig. Sicherheitskräfte und Justiz sollten hart durchgreifen, und es wurde zum „sozialistischen Faustrecht“ aufgerufen. Mit sogenannten Provokateuren sollte nicht diskutiert werden, sondern diese erst verdroschen und dann den staatlichen Organen übergeben werden.

Die Mehrheit der Bevölkerung reagierte auf die „Einbetonierung“ angesichts solcher Repressionen nicht mit lautstarken Protesten, sondern nahm sie eher mit stiller Verbitterung oder Resignation hin. Zustimmung fand der Bau des „antifaschistischen Schutzwalls“, wie die SED die Mauer nannte, jedoch bei vielen Literaten und Kulturschaffenden, die sich eine grundlegende Reform des Sozialismus erhofften, da dieser sich nun freier entfalten könne.

In West-Berlin gab es dagegen lautstarke Proteste. Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt appellierte in einer Rede vor dem Rathaus Schöneberg an die Grenzpolizisten, sich nicht zu Lumpen machen zu lassen und auf eigene Landsleute zu schießen. Er wertete das Verhalten der SED-Führung als Eingeständnis des Versagens: „Eine Clique, die sich Regierung nennt, muss versuchen, ihre Bevölkerung einzusperren. Die Betonpfeiler, der Stacheldraht, die Todesstreifen, die Wachtürme und die Maschinenpistolen, das sind die Kennzeichen eines Konzentrationslagers.“

Mehrere Tage nach der Grenzschließung war Ida Siekmann, die aus einem Fenster in der Bernauer Straße in die Freiheit springen wollte, das erste Todesopfer der Mauer. Zwei Tage später – am 24. August 1961 – erschoss DDR-Grenzer im Humboldthafen hinterrücks den 24-jährigen Gunter Litfin bei seinem Versuch, schwimmend West-Berlin zu erreichen.

Der Schießbefehl

Am 22. August 1961 ging das SED-Politbüro von der ersten zur zweiten Etappe der „Grenzsicherung“ sowie zur Propagierung des Schusswaffengebrauchs an der Berliner Mauer über. Am 20. September

1961 wurde der Schusswaffengebrauch in einer Lagebesprechung des vom Politbüro eingesetzten und von Erich Honecker geleiteten „zentralen Stabes“ präzisiert. Angesichts der von Militärs und Polizei geschilderten „Grenzdurchbrüche“ konstatierte der ZK-Sekretär für Sicherheit: „Gegen Verräter und Grenzverletzer ist die Schusswaffe anzuwenden. Es sind solche Maßnahmen zu treffen, dass Verbrecher in der 100-m-Sperrzone gestellt werden können. Beobachtungs- und Schussfeld ist in der Sperrzone zu schaffen.“

Mit Befehl Nr. 76/61 vom 6. Oktober 1961 wurde der Schusswaffengebrauch für das „Kommando Grenze“ der Nationalen Volksarmee auch formal bestätigt. Die in dem Befehl genannten Einschränkungen wurden durch die Bestimmungen in der Anlage 1 aufgeweicht, in der es unter Punkt 2 und 3 wörtlich hieß: „Die Waffe darf insoweit gebraucht werden, wie es für die zu erreichenden Zwecke erforderlich ist. Die Angehörigen der Nationalen Volksarmee sind jederzeit zum Waffengebrauch berechtigt, wenn sie in Ausübung ihres Dienstes zum Schutze der Deutschen Demokratischen Republik eingesetzt sind.“

Damit wurde die Verantwortung für tödliche Schüsse von der politischen Ebene auf die Angehörigen der Grenztruppen verlagert. Aufgrund der vorgenommenen Belobigungen von Grenzsoldaten, die von ihrer Schusswaffe tödlichen Gebrauch gemacht hatten, mussten diese freilich annehmen, die Partei- und Staatsführung erwarte diese letzte Konsequenz von ihnen.

Menschenverachtendes Pathos

Der Propagandachef der SED, Albert Norden, ansonsten mit Hetzpropaganda gegen den Westen beschäftigt, legitimierte den Schusswaffengebrauch im September 1963 mit geradezu menschenverachtendem Pathos: „Ihr haut alle diejenigen auf die Finger, die ihre Schweineschnauze in unseren sozialistischen Garten reinstecken wollen. [...] Ihr schießt also nicht auf Bruder und Schwester, wenn Ihr den Grenzverletzer zum Halten bringt. [...] Mit Verrätern muss man ernst sprechen. Verrätern gegenüber menschliche Gnade zu üben, heißt unmenschlich am ganzen Volk zu handeln.“

Gleichwohl gelang tausenden Menschen mit zum Teil spektakulären Aktionen die Flucht nach West-Berlin. Unter ihnen waren ganze Familien, aber auch Grenzposten. Zu den ersten Fluchthelfern gehörten Studenten der Freien Universität Berlin, die spontan die Fluchthilforganisation „Unternehmen Reisebüro“ gründeten. Mit ihrer Hilfe konnten in den ersten sieben Monaten nach dem Bau der Mauer 5000 Menschen von Ost nach West fliehen. Als einige Jahre später die Kommerzialisierung der Fluchthilfe begann, stellten die Studenten ihre Aktivitäten ein.

Die „zweite Teilung“ Deutschlands durch den Bau der Mauer war Folge des verzweifelten Überlebenskampfes der Machthaber. Sie war ein Eingeständnis der eigenen Schwäche und resultierte keineswegs aus einer Zuspitzung des Ost-West-Konflikts. Im Gegenteil: Mit dem Mauerbau forcierte die SED-Führung ihrerseits den Kalten Krieg in Deutschland.

Von den Westmächten hatte sie vorerst nichts zu befürchten. US-Präsident Kennedy betonte in einem Brief vom 18. August 1961 an Willy Brandt unmissverständlich: „So ernst die Sache auch ist, so stehen uns jedoch [...] keine Schritte zur Verfügung, die eine wesentliche materielle Änderung in der augenblicklichen Situation erzwingen können [...] (Es) handelt [...] sich offensichtlich um eine grundlegende sowjetische Entscheidung, die nur ein Krieg rückgängig machen könnte. Weder Sie noch wir, noch irgendeiner unserer Verbündeten haben je angenommen, dass wir wegen dieses Streitpunktes einen Krieg beginnen sollten.“

● Prof. Dr. Klaus Schroeder lehrt Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und ist wissenschaftlicher Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat. www.fu-berlin.de

VON BERND KALLINA

Der 13. August 1961 und der 9. November 1989 sind deutsche historische Symboltage. Am 13. August wurde die Berliner Mauer von Grenztruppen der DDR errichtet und am 9. November fiel sie durch die Bürger der Stadt. Über 60 Jahre nach ihrer Errichtung – sie wurde zu Recht im Volksmund „Schandmauer“ genannt – werden zeitgeschichtliche Rückblicke auf gewaltsame Anti-Mauer-Aktionen wieder wach. Diese Anschläge konnten zwar das trennende Monstrum nicht beseitigen, aber sie erinnerten die Deutschen in Ost und West an die widernatürliche Teilung ihres Vaterlandes. Einer der Köpfe dieser Gruppen, die kurz nach dem Mauerbau gewaltsam gegen sie vorgingen, war der damalige Schüler Volkmar Johannes Schneider-Merck.

Berlin 1962, ein paar Tage vor Weihnachten bei klirrender Kälte: Der ohrenbetäubende Knall eines Sprengsatzes an der Mauer platzt in die winterliche Stille der Nacht vom 15. auf den 16. Dezember. Eine gewaltige Detonation hat kurz nach Mitternacht in der Zimmerstraße zwischen dem Checkpoint Charlie und dem Übergang Heinrich-Heine-Straße ein meterlanges Loch in die mit Hohlsteinen aufgeschichtete Mauer von ihrer Westseite gerissen. Da sie vom Osten kurz vorher mit Betonplatten verstärkt worden war, entwich die Druckwelle vollständig in den Westen der Stadt und zertrümmerte an die 2000 Fenster. „Mauer-Anschlag: Das ist Wahnsinn!“ titelte tags darauf die „B.Z.“ und kommentierte: „Die Täter mögen nicht glauben, irgendein Mensch in dieser geteilten Stadt hätte Achtung vor ihnen. Niemand! Niemand kann gutheißen, was da geschehen ist“. Und der damalige Stadtkommandant von West-Berlin, Generalmajor Albert Watson, verurteilte den Anschlag als „sinnlose und gefährliche Handlung“.

Doch es gab auch andere Stimmen. Viele in Ost und West reagierten mit Genugtuung und oft unverhohlener Sympathie, wenn Anschläge auf den „antifaschistischen Schutzwall“ erfolgten, so das Propaganda-Label der SED für ihr menschenverachtendes Bauwerk. Die vorweihnachtliche Gewaltaktion war ja nicht der einzige Fall. Schon im Mai 1962 gab es einen Sprengstoffanschlag. Die Akteure waren Berliner Ordnungshüter um den Polizisten Hans-Joachim Lazai. Darüber hinaus gab es vielfältige Formen des Widerstands in der geteilten Hauptstadt. So fanden beispielsweise unzählige Demonstrationen gegen die Mauer statt und Hilfsorganisationen bauten Fluchttunnel zwischen Ost und West.

Rückblick: Schon nach nur einem Jahr seit dem Mauerbau ließ das Interesse der Weltöffentlichkeit an der tödlichen Trennungslage in der historischen Hauptstadt der Deutschen nach. Das war noch 1948, zu Zeiten der Berlin-Blockade, ganz anders gewesen. Damals hatten noch „die Völker der Welt“, so der Hilferuf von Ernst Reuter in seiner berühmten Rede vor dem Reichstag, „auf diese Stadt“ geschaut. Inzwischen fehlte jedoch diese Unterstützung von außen. Die Großmächte hatten sich mit dem Status Quo arrangiert, weder die USA noch Großbritannien noch Frankreich forderten Moskau auf, die Mauer wieder abzureißen. Das sollte erst Jahrzehnte später durch US-Präsident Ronald Reagan erfolgen (O-Ton: „Tear down this wall!“). Die Einflussphären des Ost-West-Konflikts waren zu Beginn der 1960er Jahre abgesteckt, und so gewann bei den Deutschen, insbesondere bei den Berlinern, das Gefühl die Oberhand, mit der Mauersituation allein gelassen zu sein. Auch gab es bei vielen die schleichende Angst, vom Westen aufgegeben zu werden.

„Wer sich mit der Mauer abfindet, ist kein Deutscher!“

In dieser Lage ergriff der damalige Hamburger Wirtschaftsoberschüler Volkmar Johannes Schneider-Merck mit Unter-



Nach dem Sprengstoffanschlag: Ein DDR-Grenzschützer sichert am 17. Dezember 1962 mit seiner Maschinenpistole das in die Berliner Mauer gerissene Loch

Foto: Mauritius

DEUTSCHE TEILUNG

Sprengstoff gegen die Berliner „Schandmauer“

Wie eine Jugendgruppe mit einer spektakulären Aktion 1962 symbolisch gegen die Mauer ankämpfte

stützung einer kleinen Gruppe von Primanern aus Hamburg und Berlin die Initiative. „Wir Schüler entschlossen uns, etwas zu tun“, so Schneider-Merck heute im Rückblick auf ihren damaligen Handlungsdrang. Ausschlaggebend war für sie auch die Verkündigung von Bürgermeister Willy Brandt (SPD) im August 1961 vom Balkon des Schöneberger Rathauses: „Wer sich mit der Mauer abfindet, ist kein Deutscher!“ Das war das Leitmotiv, das die Gruppe zur Tat befähigte. Auch der Auftrag, Deutschlands Einheit wiederherzustellen, festgelegt in die Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik, spielte eine Rolle. Jugendgemäß schritten sie zur Tat mit Symbolaktionen und schreckten auch vor „Gewalt gegen Sachen“ nicht zurück.

„In den folgenden Monaten zündeten wir zum Beispiel hölzerne Wachtürme der Grenzpolizei der DDR bei Lauenburg an der Elbe an, aber das war erst der Anfang“, erinnert sich Schneider-Merck im Gespräch mit der PAZ. Es sei ihr großes Ziel gewesen, auf die Berliner Mauer einen spektakulären Sprengstoffanschlag durchzuführen, sie hätten ein Zeichen gegen die Teilung Berlins und Deutschlands setzen wollen. „Allerdings“, so Schneider-Merck, „waren wir sehr darauf bedacht, keine Menschenleben zu gefährden, auch nicht die Kameraden von der anderen Feldpostnummer. Wir waren eben die West-Goten von der anglo-amerikanischen Zone und auf der anderen Seite waren die Ost-Goten. Feinde waren die Sowjets!“

Ein Anschlag auf die Berliner Mauer, aber wie und mit welchen Mitteln? So ein gefährliches Unternehmen zu verwirkli-

chen, dürfte für eine kleine Schülergruppe ein fast unüberwindbares Hindernis gewesen sein. „Das stimmt schon“, erläutert Schneider-Merck. „Doch der Zufall, günstige Beziehungen und ein starker Wille zur Tat spielten uns in die Hände!“

Es gelang ihm, zehn Kilogramm Plastiksprengstoff aus Australien zu besorgen und mithilfe eines Freundes, der als Schiffsingenieur zur See fuhr, das Material über Marseille nach Europa einzuführen. Von dort aus wurde es per Pkw nach Deutschland gebracht. Die letzte Station in der Beschaffungs- und Vorbereitungsphase waren dann praktische Übungen im Umgang mit Sprengstoff durch einen ehemaligen Pioniersoldaten der Wehrmacht. Er brachte den Jugendlichen in

einer niedersächsischen Kleinstadt das nötige Know-how bei.

Nach Monaten war es dann im Winter 1962 endlich so weit: Schneider-Merck erinnert sich noch nach Jahrzehnten genau an den Tag und berichtet, immer noch sichtlich bewegt: „Ich schlich mich in der Tatnacht in einem schwarzen Trainingsanzug mit Kapuze ans Ende der Sackgasse an die Mauer und verkittete die Mauer, indem ich den Sprengstoff aus dem Wachspapier auswickelte und wie eine Knetmasse in die Fugen presste. Die Häuser dieses Straßenabschnitts waren unbewohnte Ruinen, die Querstraße im Westen lag etwa 75 Meter entfernt und gegenüber befand sich eine umzäunte Kohlenhalde. Alles war ziemlich dunkel, nur eine spärliche Straßenbeleuchtung erhellte den Tatort minimal.“

Mit der Zündung des Sprengsatzes nahm das explosive Geschehen dann seinen letzten Lauf. „Ich presste die Zündkapsel in die Sprengmasse, entzündete die Lunte, pustete ein wenig, um sicher zu sein, dass sie glimmte und platzierte das Ende in eine offene Dose. Dann stand ich auf und entfernte mich klopfenden Herzens, aber langsamen Schrittes und schlendernd von der Mauer. Ich war trotz der Kälte schweißgebadet“, so Schneider-Merck über die finalen Augenblicke vor dem Anschlag.

„Plötzlich erhelle ein mächtiger Blitz den Berliner Himmel“

Von einer Telefonzelle aus rief er die Polizei an, auch die „Bild“-Zeitung und die B.Z., informierte sie über die unmittelbar bevorstehende Sprengung und warnte vor

einer Annäherung an dieses brisante Stück Mauer. Schneider-Merck und seine Gefolgsleute zogen sich auf einen nahegelegenen S-Bahnhof zurück und warteten das Geschehen ab. „Schon nach kurzer Zeit näherten sich mehrere Polizeiwagen mit Blaulicht und Sirene. Plötzlich erhellte ein mächtiger Blitz den Berliner Himmel, gefolgt von einem gewaltigen Donner, der die Stille der Nacht durchbrach. Wir hatten unser Ziel erreicht!“

Der Verfolgungsdruck auf Schneider-Merck und seine Mauer-Aktionisten sei nicht besonders stark gewesen, auch nicht seitens der Westalliierten in Berlin. Doch eineinhalb Jahre später kam es doch noch zu Verhaftungen: Ein Berliner Kamerad hatte 1964 am „Tag der deutschen Einheit“, der an den Volksaufstand in der DDR von 1953 erinnerte, versucht, mit dem ihm verbliebenen Sprengstoff in der Nähe des Brandenburger Tors erneut „sein Löchlein in die Mauer zu sprengen“, so Schneider-Merck und weiter: „Unvorsichtigerweise am hellen Tag. Dabei wurde er auf frischer Tat verhaftet und in Folge dann auch ich, allerdings nur kurzfristig, und ein weiterer Kamerad der Hamburger Gruppe.“ Alle Verfahren wurden später „wegen geringfügiger Verfehlung“ im Dezember 1965 eingestellt, einer kam mit einer zusätzlichen Geldstrafe von 200 D-Mark davon. Die ganze Sprengaktion ging also von der strafrechtlichen Seite relativ glimpflich aus.

Wie sieht er heute seinen damaligen waghalsigen Aktionismus? Da hätte ja vieles in der Vorbereitung und Durchführung mit Sprengstoff gefährlich schiefgehen können.

„Im Alter von knapp über 20 Jahren verdrängt man derartige Gefährdungen. Unser jugendlicher Tatendrang, etwas gegen die Schandmauer zu unternehmen und damit für die Einheit Deutschlands, war stärker. Gott sei Dank hatten wir Glück! Besonders glücklich bin ich vor allem darüber, dass beim Mauerfall und der Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland kein Schuss fiel, es zu keinen gewaltsamen Auseinandersetzungen kam. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit war – in der Tat – eine friedliche Revolution!“

Viele in Ost und West reagierten mit Genugtuung und oft unverhohlener Sympathie, wenn Anschläge auf den „antifaschistischen Schutzwall“ erfolgten. Die vorweihnachtliche Aktion 1962 war ja nicht der einzige Fall

VON WOLFGANG KAUFMANN

Auf dem Malerweg, welcher die gesamte Sächsische Schweiz durchzieht, suchten früher Künstler wie Caspar David Friedrich nach Inspiration und einzigartigen Motiven. Dabei stießen sie dort weder auf eiserne Geländer noch auf die heute verbreitet zu findenden Schilder des Staatsforstes mit der Aufschrift „Betreten des Waldes auf eigene Gefahr“ – ergänzt um Piktogramme, die vor Naturgegebenheiten wie herabfallenden Ästen, Steilwänden, Gewitter, Steinschlag oder suboptimalen Bodenverhältnissen warnen. Damals hielt die Obrigkeit solche Belehrungen offenkundig für überflüssig.

Und das Beispiel Malerweg ist nur eines von vielen: Mittlerweile neigen kommunale und staatliche Stellen sowie regierungskonforme Medien zu regelrechten Informationsexzessen, um den Bürgern Selbstverständlichkeiten einzutrichtern. Man denke nur an die ständigen Ermahnungen, nicht zu lange in der Sonne zu verweilen und ausreichend zu trinken, sobald sich das Quecksilber „bedrohlich“ der 30-Grad-Marke nähert. Diesen Sommer bot die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zusätzlich sogar einen Charité-Professor auf, um ihrer Leserschaft zu erklären, warum der Mensch bei Hitze schwitze und wie er das am besten bewerkstelligen könne, ohne tot umzufallen.

Das Urteilsvermögen verkümmert

In Erinnerung sind auch noch die unablässigen Hinweise während der Corona-Zeit, sich nicht gegenseitig anzuhusten und ans regelmäßige Händewaschen und Lüften zu denken. Ganz wichtig ist zudem der Verbraucherschutz: Wer mit 18 Jahren zur Wahl gehen oder mit 17 bei der Bundeswehr Dienst an der Waffe leisten kann, verfügt nach Meinung einiger Ministerien noch lange nicht über die Kompetenz, eigenverantwortlich Kaufentscheidungen zu treffen oder Verträge zu schließen – daher muss der paternalistische Staat, der genauso agiert wie die zur Überbehütung, Einmischung und Überwachung tendierenden Helikopter-Eltern, hier schwere gesetzgeberische Geschütze auffahren.

Die Folge all dessen sind Bürger, die tatsächlich oft kaum mehr selbst beurteilen können, welches Verhalten gefährlich ist und wo echte Risiken lauern. Davon können unter anderem die Ärzte in den Notaufnahmen der Krankenhäuser ein Klagelied singen: Manchmal müssen sie Menschen behandeln, welche auf haarsträubend törichte Weise zu Schaden gekommen sind wie beispielsweise beim Spazierengehen auf der Autobahn oder nächtlichen Spontanbesuchen in der „Unterkunft“ von mehreren unbekanntem „jungen Männern“. Gleichzeitig werden die Notfallmediziner mit Lappalien konfrontiert, die letztlich nicht einmal den Gang zum Hausarzt nötig gemacht hätten.



Vom umfassenden Schutz zur umfassenden Kontrolle? Warnhinweis gegen unbefugtes Betreten

Foto: imago/imagebroker

GESELLSCHAFT

Wie staatliche Betreuung zur Entmündigung führt

Mit immer mehr Verboten, Geboten, Warnungen und Empfehlungen mischt sich der Staat ins Leben der Bürger ein – Ist das nur übertriebene Fürsorge, oder folgt dieser Exzess einer verborgenen Absicht?

ten. Daher verteilen manche Kliniken nun Handzettel in den Notaufnahmen, aus denen unter anderem hervorgeht, dass ein geschwollener Mückenstich keine dringende intensivmedizinische Hilfe erfordert und Rettungswagen nicht als Ersatz für Busse oder Taxis gedacht sind.

Der übergriffig-überfürsorgliche Gouvernanten-Staat sorgt also verbreitet für eine erlernte Hilflosigkeit gepaart mit Vollkaskomentalität: Wenn „die da oben“ auf alles achten, dann sind sie auch für sämtliche Folgen verantwortlich. So entstehen „pflegeleichte“ Untertanen, die wenig nachdenken und nicht aufbegehren. Allerdings hat die erlernte Hilflosigkeit Konsequenzen, wie bereits die beiden US-amerikanischen Entdecker dieses psychischen Phänomens Martin Seligman und Steven Maier 1967 bei ihren Experimenten feststellten: Das durch eine systematische Untergrabung der Selbstbestimmung herbeigeführte

Gefühl der Hilf- und damit auch Machtlosigkeit führt zum Verlust jeglicher Motivation und damit zur Lethargie; dazu kommt die gedankliche Abstumpfung. Das Ergebnis sind unmündige Bürger, wobei sich die Frage stellt, ob dies nur ein Kollateralschaden des staatlichen Paternalismus ist oder ein erwünschtes Ergebnis. Immerhin wird durch die kritiklose Duldsamkeit seitens des Volkes ja das Durchregieren erleichtert.

Selbst Kant hat schon gewarnt

Augenfälligster Ausdruck des Letzteren sind die wie Pilze aus dem Boden schießenden Gebote und Verbote, die als Ausdruck der Sorge um das körperliche und seelische Befinden „der Menschen da draußen“ hingestellt werden. Deswegen war der selbst ernannte Schutzpatron aller Deutschen während der Corona-Pandemie, Karl Lauterbach, ja auch der „Gesundheitsminister der Herzen“, solange

viele Leute glaubten, er könne sie vor Ungemach bewahren.

Nur die wirklich Mündigen meinten von Anfang an, für ihr Wohlergehen durchaus selber sorgen zu können, wenn man sie denn ließe. Das ist heute genauso: Die einen finden es wunderbar, wenn der Staat den Verzehr vermeintlich ungesunder Lebensmittel erschwert und es schwachen Persönlichkeiten damit erleichtert, nicht zu verfetten, während die anderen auf Eigenverantwortung und den regelmäßigen Einsatz von Vernunft, Waage und Spiegel setzen, bevor die Kleidung aus allen Nähten platzt und die üblichen Folgeschäden der Adipositas auftreten.

Die Wahrnehmung von Eigenverantwortung – ganz gleich auf welchem Gebiet – zählt also zu den wichtigsten Grundvoraussetzungen, um mündig und damit zumindest innerlich frei zu sein. Das wusste schon der berühmte Philosoph Immanuel Kant, welcher im Dezember 1784 schrieb:

„Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen.“

Doch genau diese Entschlusskraft fehlen vielen Menschen, so der Professor für Logik und Metaphysik an der Albertus-Universität in Königsberg, wofür er vollkommen zu Recht die „Faulheit und Feigheit“ seiner Zeitgenossen verantwortlich machte. Deshalb antwortete Kant auf die Frage, ob das „aufgeklärte Zeitalter“ nun bereits angebrochen sei, auch mit einem klaren „Nein“. Würde der große Denker heute noch leben, wäre seine Reaktion vermutlich die gleiche, obwohl sich die anhaltende Unmündigkeit inzwischen oft in dem nachgeplapperten Slogan „Folge der Wissenschaft!“ äußert.

PSYCHOLOGIE

Die dunkle Seele der „Aktivisten“

Schweizer Wissenschaftler haben die wahren Beweggründe und das tiefere Wesen radikaler Linker untersucht

Ann Krispenz vom Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Bern besitzt zwei Dokortitel: einen in Jura und einen in Psychologie. Gemeinsam mit ihrem Vorgesetzten Professor Alex Bertrams ist sie der Frage nachgegangen, welche geistige Verfassung Personen aufweisen, die als linke politische Aktivisten auftreten.

Zu diesem Zweck führten die beiden Wissenschaftler zwei Studien durch, über deren Ergebnisse sie jetzt in einem Artikel im Fachblatt „Current Psychology“ berichten. Der trägt den Titel „Linken Autoritarismus verstehen: Beziehungen zwischen den dunklen Persönlichkeitsmerk-

malen und Altruismus sowie Engagement für soziale Gerechtigkeit“.

Im Rahmen der Untersuchungen wurden jeweils um die 400 repräsentativ ausgewählte Freiwillige befragt. Dabei ging es im ersteren Falle um den vermuteten Zusammenhang zwischen linkem Aktivismus und Altruismus, also der Tendenz zu uneigennützigem Handeln. Für diesen fanden Krispenz und Bertrams jedoch keinerlei Belege. Stattdessen entdeckten sie bei ihren Probanden eine ausgeprägte Neigung zu narzisstischer Selbstverliebtheit, die mit mangelnder Empathie, Arroganz und manipulativem Auftreten einhergeht.

Aber damit nicht genug: Parallel stieß das Duo auch noch auf unübersehbare Anzeichen von anti-hierarchischer Aggression. Diese äußerte sich in dem Bestreben des jeweiligen Individuums, „diejenigen zu stürzen, welche sich in Machtpositionen befinden und konservative Werte vertreten“. Damit seien die linksorientierten Aktivisten potentielle Träger einer „gewaltsamen Revolution gegen existierende gesellschaftliche Strukturen“.

In der anschließenden zweiten Studie wurde dann der Zusammenhang zwischen anti-hierarchischer Aggression auf der einen und dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit auf der anderen Seite unter-

sucht. Dabei lautete die Vorannahme von Krispenz und Bertrams, dass ein solcher wohl mit ziemlicher Sicherheit bestehe. Doch das Ergebnis fiel wiederum überraschend aus: „In dieser Analyse verschwand die Verbindung zwischen anti-hierarchischer Aggression und dem Engagement für soziale Gerechtigkeit und die Beziehung zwischen anti-hierarchischer Aggression und Psychopathie wurde enthüllt.“ Mit anderen Worten: Vielen der in die Untersuchung einbezogenen politischen Aktivisten aus dem linksgerichteten Spektrum geht es offensichtlich nicht um soziale Gerechtigkeit oder die Unterstützung von unterprivilegierten Grup-

pen, sondern um die Ausübung von Gewalt, deren Zweck darin besteht, die eigenen, Ich-bezogenen Bedürfnisse zu befriedigen – Bedürfnisse, die oft anti-sozial und damit eben auch psychopathisch sind.

Der Artikel erregte natürlich erhebliches Aufsehen, woraufhin Krispenz und Bertrams eilig zurückruderten und ihre Forschungsergebnisse relativierten: Man könne hieraus noch keine Theorie ableiten. Dazu müssten weitere Untersuchungen durchgeführt werden. Zudem dürften rechte Aktivisten vergleichbare Haltungen zeigen. Beweise für diese Behauptung vermochten sie allerdings nicht vorzubringen. W.K.



GERDAUEN

Aus dem Dornröschenschlaf erwacht

Umfangreiche Restaurierungsarbeiten im Süden des Königsberger Gebiets schreiten voran

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Gerdauen [Schelesnodoroschnyj] liegt im Süden des Königsberger Gebiets fast an der Grenze zum südlichen Ostpreußen. Von Königsberg aus führt keine Schnellstraße dorthin wie nach Tilsit oder Insterburg. Für die 75 Kilometer lange Strecke benötigt man etwa anderthalb Stunden. Die Veränderungen, die hier in letzter Zeit stattgefunden haben, locken jedoch immer mehr Touristen in diese kleine Siedlung mit ihrer reichen Geschichte.

Die wichtigsten Restaurierungsarbeiten im historischen Zentrum von Gerdauen wurden 2019 durchgeführt, als die halb verfallenen Fassaden der Wohngebäude wiederhergestellt wurden und seitdem in frischen Farben strahlen, und die kaputten Bürgersteige und Gehwege ein neues, gepflegtes Aussehen erhielten.

Derzeit wird die Instandsetzung der Eingänge der Vorkriegshäuser abgeschlossen. Die Arbeiter haben die alten Holztrepfen repariert sowie die Aufgänge gepflastert und die Wände gestrichen, wobei das historische Aussehen der Gebäude berücksichtigt werden soll. Die Arbeiten werden aus dem regionalen Haushalt finanziert. Bei der Vorbereitung des Bauprojekts hatten die Spezialisten Archivmaterial und Fotos herangezogen. So konnte beispielsweise für den Eingang eines Hauses eine genaue Schablone auf der Grundlage historischer Skizzen angefertigt werden.

Doch das sind noch längst nicht alle Veränderungen, die sich in Gerdauen vollziehen. Im Rahmen des regionalen Programms zur Einbeziehung von Objekten des kulturellen Erbes in den Wirtschaftsumsatz werden umgerechnet knapp 250.000 Euro für die Restaurierung eines der Fachwerkspeicher in Gerdauen bereitgestellt. In dem renovierten Gebäude sollen ein Café namens „Hüter der Zeit“, ein Souvenirladen und ein Kunstatelier untergebracht werden.

Auch das schon früher geplante Projekt zur Restaurierung der alten Mühle wurde von den Historikern und Kulturexperten



Wie aus dem Ei gepellt: Restaurierte Häuser im Zentrum Gerdauens werden zum Touristenmagnet

Foto: J.T.

positiv bewertet. Die 1909 erbaute Schlossmühle Gerdauen ist als Kulturdenkmal anerkannt. Sie spielte eine wichtige Rolle für Gerdauen, denn das produzierte Mehl wurde nach Polen, Litauen und in die anderen Regionen Deutschlands verkauft.

Auch die Mühle wird saniert

Während des Zweiten Weltkriegs wurde das Gebäude nicht beschädigt, und die Mühle wurde bis 1974 als solche auch genutzt. Erst danach wurde sie aufgegeben. Das Gebäude verfiel allmählich.

Im Rahmen der jüngsten Sanierungsarbeiten mussten die meisten Holzelemente der Gebäudestruktur aufgrund ihres schlechten Zustands abgebaut werden. Bei der vorherigen Inspektion waren die Zerstörung des Mauerwerks und der inneren Trennwände sowie Korrosion des Me-

talls festgestellt worden. An der Hauptfassade blieben jedoch die Inschrift „Schlossmühle“ und die Jahreszahl „1909“ erhalten.

Das Restaurierungsprojekt wird das historische Aussehen des Gebäudes und die verlorenen Elemente wiederherstellen. Einsturzgefährdete Bereiche werden verstärkt und repariert. Die Backsteinfassaden sollen ihre Ziegelfarbe behalten, während der Sockel und die architektonischen Verzierungen hellgrau gestrichen werden.

Im Erdgeschoss der Mühle sollen ein Restaurant und ein Konferenzsaal untergebracht werden. Die zweite bis vierte Etage wird mit 27 Hotelzimmern ausgestattet, und das Gebäude wird über einen Aufzug verfügen.

An diesem Wochenende findet das „Gerdauenfest“ auf der Burgruine statt. Die Besucher werden mit verschiedenen

kulinarischen Köstlichkeiten verwöhnt und es treten verschiedene Musikbands auf. Neben verschiedenen Attraktionen wie Theateraufführungen und Ritterspielen werden Oldtimer und Motorräder vorgeführt.

Die steinerne Burg wurde ab 1312 unter dem Komtur Heinrich von Eysenberg errichtet. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde sie an Conrad Freiherr von Romberg verkauft, dessen Sohn die mittelalterlichen Gebäude 1872 abreißen ließ und an ihrer Stelle ein herrschaftliches Anwesen errichtete. Während des Zweiten Weltkriegs wurde das Schloss leicht beschädigt, in den Nachkriegsjahren jedoch fast bis auf den Grund abgetragen. Im Jahr 2007 erhielt die Burgruine Gerdauen den Status eines Kulturerebes von regionaler Bedeutung.

MELDUNGEN

Rettung für wilde Bienen

Allenstein – Bienen begleiten die menschliche Zivilisation schon lange. Mit Beginn der Zeidlererei, dem gewerbsmäßigen Sammeln des Waldhonigs, wurden diese Stammstücke ausgeschnitten und an günstige Standorte versetzt. Der Honig war wertvoll und die Zeidler oder Beutner angesehen, wie etwa der heutige Ortsteil von Ortelburg Beutnersdorf beweist. Die Stämme wurden im Laufe der Zeit durch extra hergestellte Klotzbeuten ersetzt. Genau solche Beuten (polnisch barć) mit 1,5 Metern Höhe hat die Oberförsterei Allenstein nun in vier Metern Höhe an Bäume gehängt, um die Wildbienen zu retten. Bienen sind, so Pawel Artych, der Oberförster von Allenstein, wichtig im Ökosystem, denn ohne sie und andere Insekten gäbe es keine Beeren im Wald und sonstiges Obst in den Gärten. U.H.

Protest gegen Krematorium

Bartossen – Mit mehreren Aktionen haben Anfang Juli etwa 20 Menschen in Lyck und Bartossen gegen den Bau eines Krematoriums vor ihrer Haustür protestiert. Die Einäscherungsanlage entsteht an der Landstraße 16 im Dorf Bartossen, wo sich die Deutsche Kriegsgräberstätte Bartossen befindet. Unter anderem blockierten die Gegner des Baus den Fußgängerüberweg vor dem Rathaus in Lyck, da der Bauherr das Unternehmen für kommunale Dienstleistung in Lyck ist. Die Einwohner bemängeln, dass es laut Bebauungsplan nicht vorgesehen war, in einem touristischen Ort ein Krematorium zu bauen. Laut der Stadt Lyck liegen für das Gebäude sämtliche Genehmigungen vor, der Ofen sei von der neuesten Generation und bei der Verbrennung träten weder Rauch noch Gerüche auf. Eine Belastung sei nicht gegeben, die Protestierer schürten nur bewusst die Ängste der Einwohner. U.H.

KLEIN BERTUNG

Herrliche Düfte in der Nähe von Allenstein

Am Bertunger See wurde ein Aromapark angelegt – Von Jomendorf aus per Rad oder zu Fuß zu erreichen

Einer der schönsten Strände in der Umgebung von Allenstein befindet sich in Klein Bertung am Bertunger See. Dort wurde vor Kurzem ein Aromapark eröffnet. Manchmal sieht man am Strand von Klein Bertung mehr Allensteiner als Einheimische. Daher beschloss Przemyslaw Piech, der Schultheiß des Dorfes, den Ort noch attraktiver zu gestalten. Er bat Studenten der Landschaftsarchitektur der Universität in Allenstein, einen Entwurf für den Bereich am See zu erarbeiten. „Ich dachte an etwas, was uns auszeichnen könnte, und so bin ich im Internet auf Aromaparks gestoßen, also auf Orte mit Grün, die nicht nur das Auge ansprechen, sondern auch den Geruchssinn“, erklärte Piech in einem Interview.

Bei der Auswahl des umzusetzenden Konzepts wurden die Einwohner von Klein Bertung mit einbezogen. Sie entschieden sich für den Vorschlag von zwei

Studentinnen der Landschaftsarchitektur – Patrycja Radomska und Justyna Kamińska.

Der Park ist ein Erholungsgebiet am Südufer des Sees. Auf einer Anhöhe über dem Sumpfgebiet ermöglichen neu errich-



Noch duftet hier nichts: Neu angelegter Aromapark in Klein Bertung

Foto: D.K.

tete Wege und Bepflanzungen, unter einer Duftwolke zu genießen. „Falls sich noch jemand fragt, ob wir EU-Gelder brauchen, so ist der schöne Aromapark in Klein Bertung ein perfektes Beispiel dafür. Die neue Attraktion wird zweifellos unseren Einwohnern, aber auch den Touristen dienen“, sagt Marcin Kuchciński, stellvertretender Marschall der Woiwodschaft Ermland-Masuren, in einem Video, das in den sozialen Medien veröffentlicht wurde. „Pflanzen mit starken aromatischen Eigenschaften sind ein wichtiges Element dieser Investition“, betont Michał Kontraktowicz, Gemeindevorsteher von Stabigotten, „Dazu gehören Rosen, Seggen und Salbei. Das Geld für den Aromapark in Klein Bertung stammt aus dem Projekt ‚Schutz der natürlichen Ressourcen der Gemeinde Stabigotten‘. Spaziergänger können auf den bereits fertig gestellten Wegen spazieren

gehen, die von zahlreichen Anpflanzungen umgeben sind. Man muss sich allerdings noch etwas gedulden, bis die Pflanzen angewachsen sind und der Aromapark in vollem Gange ist, wenn die Pflanzen beginnen, intensive Duftstoffe auszuatmen.“

Von der Allensteiner Wohnsiedlung Jomendorf aus ist Klein Bertung über einen Fuß- und Radweg zu erreichen. Das landschaftlich schön gestaltete neue Erholungsgebiet dürfte viele Einwohner von Allenstein anziehen. Für das Projekt wurden auch Mittel aus dem Haushalt der Gemeinde Stabigotten vorgesehen. Es sei daran erinnert, dass Ende 2022 nebenan in Groß Bertung ein Sinnesgarten angelegt wurde. Darüber hinaus wurde ein kleines Amphitheater errichtet. Die Fußball- und Strandvolleyballplätze wurden ebenfalls renoviert. Ein Kickerstisch wurde aufgestellt. Dawid Kazanski

Wir gratulieren...



ZUM 103. GEBURTSTAG

Hartmann, Elisabeth, geb. Pohl, aus Ortelsburg, am 11. August

ZUM 100. GEBURTSTAG

Kiefer, Dora, geb. Glagau, aus Posselau, Kreis Fischhausen, am 14. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kraft, Frieda, geb. Schedlitzki, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 15. August
Platz, Ursula, geb. Franke, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Brozio, Otto, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 17. August
Gottuck, Günter, aus Treuburg, am 17. August
Müller, Helga, geb. Kummetz, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Fortak, Prof. Dr. Heinz, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 11. August
Kierstein, Helmut, aus Maschen, Kreis Lyck, am 16. August
Ringat, Paul, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 16. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Czytrich, Helga, geb. Bublitz, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. August
Fratzke, Ursula, geb. Berwein, aus Wehlau, am 14. August
Nicolovius, Hans-Werner, aus Wehlau, am 12. August
Sauer, Dr. Christa, geb. Alzuhn, aus Lyck, am 13. August
Sewzik, Gertrud, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 12. August
Tabel, Edith, geb. Oltersdorf, aus Weidehnen, Kreis Fischhausen, am 17. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Feyka, Gertrud, geb. Makulla, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 12. August
Machnik, Heinz, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 15. August
Müller, Irmgard, geb. Fehr, aus Prothainen, Kreis Mohrunen, am 17. August
Olms, Waltraut, geb. Bendig, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 15. August
Werner, Josefa, geb. Ziegler, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 15. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Albrecht, Ingrid, geb. Schwahn, aus Wehlau, am 17. August
Bronnert, Werner, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 15. August
Mark, Edith, geb. Boeck, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 11. August
Peukert, Gretel, geb. Joppien, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 12. August
Reese, Hildegard, geb. Ceranski, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 13. August
Romanowsky, Hildegard, geb. Wolkowski, aus Prothainen, Kreis Mohrunen, am 16. August
Schmucker, Magda, geb. Schossau, aus Ragnit, Bernhardshöfer Straße 33, Kreis Tilsit-Ragnit, am 17. August
Sembritzki, Kurt, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 17. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Fiedler, Eva, geb. Wittke, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 15. August
Gerlach, Jokadia, geb. Taut, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 14. August
Niewierrra, Hildegard, geb. Massannek, aus Neidenburg, am 11. August
Palluch, Lieselotte, geb. Maleyka, aus Dankfelde, Kreis Lötzen und aus Gorlau, Kreis Lyck, am 14. August
Radmacher, Gerhard, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 13. August

Rudloff, Emmy, geb. Neumann, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 15. August
Urbschat, Horst, aus Wehlau, am 17. August
Zschäbitz, Ingeborg, geb. Becker, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 11. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Alexy, Käte, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 17. August
Gimbott, Manfred, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. August
Objartel, Ingeborg, geb. Wilkening, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 13. August
Spycher, Waltraud, geb. Gläske, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 13. August
Weikam, Horst, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 13. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Boseniuk, Martha, geb. Jeroschewski, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 13. August
Eggers, Hanny, geb. Paries, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 15. August
Engel, Margarete, geb. Hardt, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 17. August
Kraschewski, Gisela, geb. Chrost, aus Ortelsburg, am 12. August
Kromski, Edith, geb. Schützek, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 15. August
Mäthrich, Sieglinde, geb. Pawlack, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 17. August
Matthes, Edith, geb. Arndt, aus Metgethen, Kreis Fischhausen, am 14. August
Pilz, Elfriede, geb. Borchert, aus Garbnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 17. August
Schleiwies, Leo, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 14. August
Sostak, Heinz, aus Funken, Kreis Lötzen, am 11. August
Urbanek, Ingrid, aus Lenzen-dorf, Kreis Lyck, am 15. August
Wydra, Hans Joachim, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 11. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Armgar, Annerose, geb. Pro-boll, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 11. August
Brinlinger, Erwin, aus Neu Sellen, Kreis Elchniederung, am 15. August
Gorski, Ernst, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 13. August
Gregorzewski, Richard, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 15. August
Hübner, Ilse, geb. Jebram, aus Scharnau Mühle, Kreis Neidenburg, am 17. August
Konetzka, August, aus Malschö-wen, Kreis Ortelsburg und aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 13. August
Kulschewski, Horst, aus Milu-ken, Kreis Lyck, am 13. August
Lutz, Erna, geb. Raudszus, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 17. August
Müller, Elli, geb. Buzilowski, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 12. August
Osenger, Helmut, aus Keipern, Kreis Lyck, am 17. August
Pape, Helga, geb. Orzessek, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 17. August
Penschuck, Horst, aus Grietei-nen, Kreis Elchniederung, am 12. August
Ranke, Eberhard, Kreisgemein-schaft Wehlau, am 17. August
Seeberger, Helga, geb. Philipp, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 14. August
Sölter, Willi, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 16. August
Staschko, Otto, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, am 11. August
Stoschus, Karl Georg, aus Rau-schen, Kreis Fischhausen, am 13. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Altenburg, Irmgard, geb. Czwa-linna, aus Masuren, Kreis Treu-burg, am 16. August
Breyer, Klaus, aus Leitwarren, Kreis Elchniederung, am 11. Au-gust
Diester, Ekehard, aus Neusie-del, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. Au-gust
Dolch, Bernd, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 14. August
Domahs, Erich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 13. August
Knecht-Gummert, Brunhilde, geb. Loleit, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 13. August
Peters, Dieter, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 15. August
Placke, Brunhilde, geb. Grabski, aus Groß Schläfen, Kreis Nei-denburg, am 15. August
Poetsch, Klaus, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 14. August

ANZEIGE



Kilmer, Gerda, geb. Jester, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 11. August
Scholz, Edelgard, geb. Biallas, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 11. August
Saborowski, Edith, geb. Kowal-zik, aus Andreken, Kreis Lyck, am 16. August
Smoydzin, Ulrich, aus Lyck, am 15. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Claußen, Heidrun, geb. Hansen, aus Heinrichswalde, Kreis Elch-niederung, am 13. August

Dzeyer, Siegmund, aus Bären-grund, Kreis Treuburg, am 16. Au-gust
Weiß, Hildegard, geb. Masuhr, aus Fischhausen, am 12. August
Wienholz, Ilse, geb. Nagel, aus Rastenburg, Kreis Lyck, am 16. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Glatzhöfer, Lothar, aus Busch-felde, Kreis Ebenrode, am 17. Au-gust
Schöning, Werner, aus Ta-piau, Kreis Wehlau, am 16. Au-gust



Ostpreußisches Landesmuseum

Schuld und Leid. Das Trauma von Flucht und Vertreibung 1945–2022
Buchvorstellung und Diskussion mit den Autoren Thomas Kreuzmann und Werner Sonne
Moderation: Friedrich-Wilhelm Kramer
Mittwoch, 30. August 2023 um 18:30 Uhr, Eintritt: 5,00 €

Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs begann die große Flucht-bewegung aus dem deutschen Osten. Im Frühjahr 2022 erlebte Europa eine erneute Fluchtbe-wegung, als viele Menschen aus der Ukraine vor dem Angriffs-krieg Russlands flohen. Bei den Älteren wecken die Bilder flie-hender ukrainischer Frauen und Kinder traumatische Erinnerun-gen an die eigene Flucht, bei den Jüngeren werden die Erzählun-gen ihrer Großeltern und Eltern wach.

Verändert Putins Krieg den Blick auf das Leid der deutschen Flüchtlinge von 1945? Dürfen sie auch als Opfer betrachtet wer-den? Wie soll man an ihr Leid er-innern?

Werner Sonne war von 1968 bis 2012 für den WDR tätig, u. a. als stellv. Chefredakteur, ARD-Korrespondent in Bonn, Ham-burg, Berlin sowie als Studiolei-ter in den ARD-Studios in Wa-shington und Warschau. Zuletzt war er Leiter des Berliner Stud-ios des ARD-Morgenmagazins. Thomas Kreuzmann war von 1980 bis 2021 als politischer Journalist und Moderator für den HR und das ARD-Fernsehen tätig. Zudem war er ARD-Korres-pondent in Prag und Madrid, so-wie Korrespondent im Berliner ARD-Hauptstadtstudio. Friedrich-Wilhelm Kramer arbeitete als Redakteur, Reporter und Moderator beim NDR. Von 1978 bis 1980 war er Stellvertre-ter Senator Sprecher der Frei-en und Hansestadt Hamburg. 1985 wurde er ARD-Hörfunk-korrespondent in Warschau, 1990 Chefredakteur beim NDR Hörfunk und 1993 Direktor des NDR Landesfunkhauses Schles-wig-Holstein.

Anmeldung erforderlich unter Tel. 04131-759950 oder info@ol-ig.de

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

Zusendungen für die Ausgabe 34/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 34/2023 (Erstverkaufstag 25. August) **bis spätestens Dienstag, den 15. August**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

PAZ wirkt!

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

LO-Termine 2023

15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
16. September: 26. **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Anklam
9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
7. und 8. Oktober: 14. **Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein
10. November: **Arbeitstagung**

der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Rolf Burchard – Ein Schweizer aus Ostpreußen

Hof – Bis zum 24. September findet im Reinhart-Kabinett in Hof eine Ausstellung anlässlich des 40. Todestages von Rolf Burchard statt. Dieser war 20 Jahre lang Vorsitzender der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof. Einen Großteil seines Arbeitslebens unterrichtete er Kunstszene am Schiller-Gymnasium Hof. Als vielseitiger Künstler war er weit über die Region hinaus bekannt.

Zur Vernissage kamen so viele Interessierte, dass die Stühle nicht ausreichten. Die Begrüßung erfolgte durch den 1. Vorsitzenden des Kulturkreises Hof, Stefan Pohl, der sich besonders bei der Ideengeberin Christl Starosta bedankte. Nach dem Grußwort der Oberbürgermeisterin Eva Döhla wurde Rainer Schmidt ans Rednerpult gebeten. Der ehemalige Direktor des Schiller-Gymnasiums hatte Burchard zwar nicht mehr kennengelernt, konnte aber dessen Lebenslauf mit einigen ihm bekannten Anekdoten würzen.

Danach überließ er die künstlerische Expertise Sebastian Schumann, dem Kunstzieher des Schiller-Gymnasiums Hof. Dieser präsentierte dem aufmerksamen Publikum eine launige Kunststunde. Als Einstieg wählte er drei Bilder, auf denen Getreidegarben zu sehen waren. Das fachkundige Publikum konnte die Werke sofort den Malern Vincent van Gogh, Claude Monet und Rolf Burchard zuordnen. Schmunzeln rief die Bemerkung des Referenten hervor, dass Burchard so mannigfaltig künstlerisch tätig war, dass er heute an keiner Kunsthochschule mehr angenommen werden würde.

Aquarell, Holz- oder Linolschnitt, das Vertriebenenendenkmal an der Blücherstraße, die Ausgestaltung der Dreieinigkeitskirche in Hof und anderer öffentlicher Gebäude, die Liste seiner Werke ist lang und zeigt die Vielseitigkeit des Geehrten. Zwei Bilder hatten Schumann besonders beeindruckt. Bei dem anschließenden Gang durch die Ausstellung sorgten seine Ausführungen für genaues Betrachten der Werke und regten manche Diskussionen an.

Geöffnet ist das Reinhart-Kabinett immer Freitag, Sonnabend und Sonntag von 14 bis 17 Uhr.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Sommerausklang mit Kulturprogramm

Bremen – Wir laden zum Sommerausklang mit Kulturprogramm und dem jahreszeitlich passenden Beetenbartsch ein. Erfreulicherweise hat sich Herr Niebank, Inhaber der alteingesessenen Gaststätte Lesumer Hof, Oberreihe 8, 28717 Bremen, bereitgefunden, uns die ostpreußische Spezialität nach dem Rezept unserer Frau Richter zuzubereiten.

Termin: Freitag, 25. August ab 15 Uhr – „An der Tür meiner Erinnerungen. Masurische Wortschätze und Familiengeschichten“, so lautet nach einer gemeinsamen Kaffeetafel der Titel der Lesung von Prof. Dr. Siegmund Fröhlich aus Oldenburg, einem Bewahrer heimatlicher Sprache.

Nach Musikbeiträgen von Wilhelm Norra auf dem Akkordeon und dem gemeinsam genossenen Machandel folgt das Beetenbartsch-Essen als kulinarischer Abschluss des Tages. Der Preis dafür beträgt 9,50 Euro.

Der Lesumer Hof ist bequem zu erreichen mit der Nordwestbahn um 14.19 Uhr ab Bremer Hauptbahnhof. Sie erreichen Bremen-Lesum um 14.32 Uhr und haben von dort einen kurzen Fußweg von zirka 300 Metern zum Lesumer Hof.

Eine telefonische Anmeldung bei Frau Dagmar Schramm, Telefon (04298) 698765 oder bei Frau Barbara Richter, Telefon (0421) 405515 ist unbedingt erforderlich.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Bergedorfer Frauengruppe

Freitag 25. August, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1, Bergedorf: Erntezeit in Masuren, Kaffee und Kuchen „Heimaterde“



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Tag der Heimat

Wetzlar – Am 1. Oktober lädt der Bund der Vertriebenen (BdV) Wetzlar zur Festveranstaltung in die Stadthalle Wetzlar (Brühlsbachstraße 2, 35578 Wetzlar) ein. Der diesjährige Tag der Heimat steht unter dem Leitspruch „Krieg und Vertreibung – Geißeln der Menschheit“. Als Festrednerin können wir Frau Magarete Ziegler-Raschdorf, die Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spät-



Gruppenfoto beim „Haus an der Grenze“: Teilnehmer des BdV-Wetzlar zum Point Alpha Foto: BdV -Wetzlar

aussiedler in Wetzlar willkommen heißen. Der Volkstumsnachmittag startet um 14 Uhr (Einlass ab 13 Uhr) und wird durch Beiträge der Egerländer Maderln und Freunde, der Gesangsgruppe „Stimme der Hoffnung“, der Volkstanzgruppe der Siebenbürger Sachsen Mittelhessen und des Gesangsvereins „Harmonie“ Dutenhofen gestaltet. Der Eintritt ist frei. Die Vorstände des BdV und der Landsmannschaften freuen sich auf Ihren Besuch!

Tagesfahrt zu Point Alpha

BdV-Wetzlar – Die Heimatvertriebenen der deutschen Gebiete im Osten setzen sich immer wieder mit ihrer eigenen Geschichte auseinander. Diese betrifft insbesondere die letzten Jahre des Zweiten Weltkrieges und die folgenden Nachkriegsjahre. In dieser Zeit wurden die Deutschen, die in den Deutschen Ostgebieten lebten, vertrieben. Sie mussten ihre Heimat verlassen und suchten im Nachkriegsdeutschland eine neue Heimat und haben sie glücklicherweise in Deutschland auch gefunden.

Die Entwicklungen im Nachgang des Zweiten Weltkrieges haben die Welt jedoch in zwei Lager geteilt. Die westliche Welt mit der NATO und die östliche, sowjeti-

sche Welt mit dem Warschauer Pakt standen sich mitten in Deutschland gegenüber.

In der Gedenkstätte Point Alpha haben wir einen authentischen Schauplatz des Kalten Krieges und einen beeindruckenden Beleg für vier Jahrzehnte jüngere Zeitgeschichte.

Für den Bund der Vertriebenen (BdV) stehen immer wieder Tagesfahrten auf dem Programm. Mal mit kulturellem, mal mit gesellschaftlichem und in diesem Jahr besonders mit politischem und geschichtlichem Augenmerk.

Im „Haus auf der Grenze“ haben die etwa 50 Teilnehmer der Tagesfahrt in einer beeindruckenden Führung erfahren, wie das Leben und die Leiden der Bevölkerung an der ehemaligen Grenze zwischen West und Ost waren. Vom „Haus auf der Grenze“ kann man zum US Beobachtungsstützpunkt Point Alpha wandern und erlebt die Geschichte der Deutsch-Deutschen-Teilung am Originalschauplatz. Das US Camp zeigt in beeindruckender Weise, wie die Soldaten in den ehemaligen Baracken gelebt und gearbeitet haben. In der Ausstellung „Kalter Krieg“ in einer der Baracken wird insbesondere der militärische Alltag und die strategische Bedeutung

von Point Alpha in den Fokus gerückt.

Wenn man den Wiesenfelder Turm besteigt, kann man einen großen Teil der DDR-Grenzsicherungsanlage überblicken. Man Blick direkt vom Westen in das sogenannte „Fulda-Gap“.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten sich in besonderer Weise von der damaligen konkreten Konfrontationslage beeindruckt und bemerkten wie erlebbar und spürbar diese Auseinandersetzung am Originalschauplatz heute noch ist. „Für die heutigen und künftigen Generationen müssen solche Gedenkstätten unbedingt erhalten bleiben!“ merkt Kuno Kutz, Vorsitzender des BdV-Ortsverbandes Wetzlar an. Michael Hundertmark, stellvertretender Vorsitzender des BdV-Kreisverbandes Wetzlar ergänzt: „So intensiv kann Geschichte in keinem Buch und in keiner Dokumentation vermittelt werden, wie es hier mit einem Besuch in der Gedenkstätte Point Alpha möglich ist.“

Nach einer Stärkung zum Mittag haben sich die Teilnehmer in der zweiten Tageshälfte mit Menschen aus der Grenzregion getrof-

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

fen und Zeitzeugenberichte von Bürgern aus Ost und West gehört. Im Austausch mit den Betroffenen ist eindrucksvoll klar geworden, wie schwer die Zeit der Teilung und Trennung noch heute in den individuellen Biografien verankert ist. Familien wurden getrennt und konnten über Jahre und Jahrzehnte nicht miteinander sprechen, sich auf Familienfeiern nicht treffen und auch bei besonderen Anlässen wie Hochzeiten nicht dabei sein. Einschnitte, die bis heute ihre Spuren hinterlassen haben. Neben der „geographischen Heimat“ und Herkunft definiert sich Heimat eben auch über Familie, Menschen, Kultur und insbesondere die gemeinsame Sprache.

Deshalb gab es einen weiteren Vortrag über Mundarten. Natürlich bringt hier jeder seine Erfahrungen mit ein. Im Vortrag wird sich dem Thema „Mundarten“ aber auch wissenschaftlich genähert. So gibt es inzwischen ein „Sudetendeutsches Wörterbuch“, welches versucht, die unterschiedlichen Mundarten zu sammeln und auch für diejenigen, die sie nicht mehr sprechen gelernt haben, in Zukunft zu sichern.

Nach einem langen, intensiven und informativen Tagesausflug mit dem BdV Wetzlar sind alle Teilnehmer wohlbehalten zu Hause angekommen. Man hat auf der Fahrt schon darüber gesprochen, dass auch im nächsten Jahr eine solche Fahrt stattfinden soll. Verschiedene mögliche Reiseziele wurden dabei schon diskutiert.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzende: Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher Schriftführerin: Elke Ruhne, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

Landestreffen

Düsseldorf – Sonnabend, 19. August, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90: Landestreffen. Es wird veranstaltet von der Landsmannschaft Ostpreußen, der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit der Pommerschen Landsmannschaft, der Landsmannschaft Schlesien sowie dem Bund der Vertriebenen, Landesverband Nordrhein-Westfalen. Klaus-Arno Lemke



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Donnerstag, 17. August, 14.30 Uhr, Gemeindehaus der Kirchengemeinde Adelby: Kaffeetafel und anschließend um 16 Uhr: Orgelkonzert mit Organist Rösch

in der Kirche Adelby. Anmeldungen bitte bis zum 10. August an Frau Kunde. Michael Weber



Allenstein-Stadt

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach GSt.: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, StadtAllenstein@t-online.de www.heimatsammlungen.de

Jahrestreffen „auf Schalke“

Unser vorjähriges Jahrestreffen war sowohl von dem Veranstaltungsort als auch von der Teilnehmerzahl ein voller Erfolg. Trotz zweijähriger Pause folgten mehr als 100 Allensteiner der Einladung. In diesem Jahr treffen sich Allenstein Stadt und Land am Samstag, dem 9. September.

Das Programm beginnt um 10 Uhr mit einem Gottesdienst und der Kranzniederlegung an der Allensteiner Gedenktafel in der Propsteikirche, anschließend ist Gelegenheit zum Besuch unseres Heimatmuseums „Treu Dank“. Ab 13 Uhr treffen wir uns „auf Schalke“, wie man in Gelsenkirchen sagt. Nach Begrüßung und Totenehrung erfreut uns ein Musikset mit Unterhaltungs- und Tanzmusik. Die Veranstaltung endet um 21 Uhr.

Veranstaltungsort ist wieder das Bistro AufSchalke, Parkallee 1, 45891 Gelsenkirchen. Es liegt in der Nähe der VELTINS-Arena und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Auto gut zu erreichen. Parkplätze sind ausreichend vorhanden. Gastronomisch erwart

et uns ein reichhaltiges und preiswertes Angebot an Speisen und Getränken, sodass wir uns dort bestimmt wohlfühlen werden.

Der Vorstand bittet, auch Freunde und Bekannte, welche die PAZ nicht beziehen, zur Teilnahme an unserem Jahrestreffen zu ermuntern.



Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, GSt.: Doris Biewald, Blümlerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Kreistagsitzung

Gemäß § 4 Nr. 4 unserer Satzung vom 13. Oktober 2018 sind wir verpflichtet, den Termin der nächsten Kreistagsitzung, die für Sonnabend, 7. Oktober 2023, 9.30 Uhr, im Hotel Conventgarten in Rendsburg, Hindenburgstraße 38-42, anberaumt wird, vor der Ladungsfrist in der Preußischen Allgemeinen Zeitung bekanntzugeben. Alle Vorstands- und Kreistagsmitglieder, die stellvertretenden Kirchspielvertreter sowie die Mitglieder des Ältestenrates erhalten rechtzeitig die Einladung zur Kreistagsitzung mit den aktuellen Tagesordnungspunkten zugeschiedt.

Wahl der Kreistagsmitglieder

Rendsburg – Sonnabend, 7. Oktober, 9.30 Uhr, Kleiner Festsaal, Hotel Conventgarten, Hindenburgstraße 38, 24768 Rendsburg: Neu-

wahl der Kreistagsmitglieder erfolgt während des Hauptkreistreffens. Im Herbst dieses Jahres endet die Legislaturperiode des Kreistages unserer Heimatkreisgemeinschaft.

Laut Paragraph 1 unserer am 13. Oktober 2018 geänderten Wahlordnung werden 15 Kreistagsmitglieder gewählt, deren Verteilung auf die einzelnen Kirchspiele und Abteilungen wie folgt aussieht: Gerdauen: fünf Vertreter, Nordenburg/Karpowen (Karpauen): drei Vertreter, Assauen, Friedenberg/Groß Schönau, Klein Gnie, Laggarden/Löwenstein, Molthainen/Momehnen, Muldszen (Mulden), Abteilung GIRDAAWE: jeweils ein Vertreter. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder gemäß Paragraph 2 Absatz 1 unserer Vereinssatzung, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben. Laut Paragraph 5 der Wahlordnung schlägt der Vorstand nachstehende Landsleute für den neuen Kreistag vor:

Kirchspiel Gerdauen:

Jörg Beißel, Hannelore Gruschwitz, Hans Eckart Meyer, Uwe Nitsch, Dietmar Plaumann;

Kirchspiele Nordenburg/Karpowen (Karpauen): Doris Biewald, Walter Mogk, Margitta Romagno;

Kirchspiel Assauen:

Arnold Schumacher;

Kirchspiel Klein Gnie:

Dirk Bannick;

Kirchspiele Laggarden/Löwenstein:

Gertrud Holtermann;

Kirchspiele Molthainen/Momehnen:

Monika Weppelmann;

Kirchspiel Muldszen (Mulden): Dietmar Hoffmann; Abteilung GIRDAAWE: Brigitte Havertz-Krüger.

Für das Kirchspiel Friedenberg/Groß Schönau liegt kein Wahlvorschlag des Vorstandes vor.

Gleichzeitig werden hiermit alle Mitglieder gebeten, weitere Wahlvorschläge bei der Vorsitzenden des Wahlausschusses, Kirsten Nelles, Unterstraße 13a, 24977 Langballigolzhof, einzureichen. Insbesondere wird um Wahlvorschläge für diejenigen Kirchspiele gebeten, für die bisher keine oder nicht genügend Kandidaten zur Verfügung stehen.

Diese Wahlvorschläge müssen von mindestens zehn wahlberechtigten Mitgliedern des jeweiligen Kirchspiels unterzeichnet sein. Aus dem Wahlvorschlag müssen Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Heimat- beziehungsweise Geburtsort und die vollständige aktuelle Anschrift sowohl des Bewerbers als auch der Unterzeichner erkennbar sein. Dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Zustimmung des Bewerbers beizufügen. Jedes wahlberechtigte Mitglied darf nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Einen Abdruck der kompletten Wahlordnung mit Stand vom 13. Oktober 2018 können Sie bei unserer Geschäftsstelle anfordern. Walter Mogk, Kreisvertreter

PAZ wirkt!

Rätsel

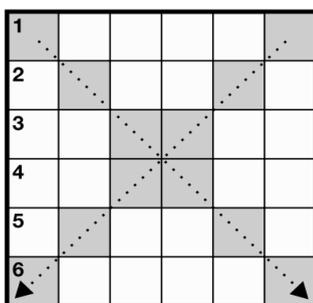
Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 4x4 Sudoku in the top left and a 6x6 Diagonal puzzle in the bottom left.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



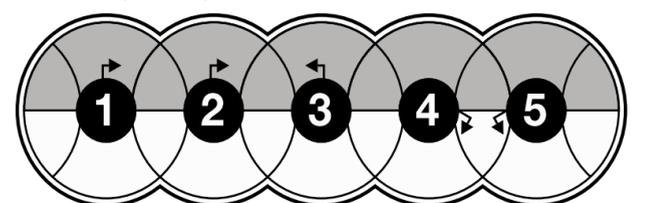
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gesteinsarten.

- 1 Kunststil
2 ironisch-witzige Kunstgattung
3 Gartenzierpflanze
4 Roman von Anet
5 Schilderung friedlichen Lebens
6 Einsiedler, Klausner

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für ausdenken, frei erfinden.

- 1 Strecke vor dem Sprung, 2 ausgedehnt essen und trinken, 3 Gesellschaftsreise in Afrika, 4 Eilbote, 5 niemand



Heimatkreisgemeinschaften


Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Vorstands- und Kreistagsitzung Dortmund – Sonnabend, 9. September, 10 bis 17 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle: Vorstands- und Kreistagsitzung mit folgender Tagesordnung: Regularien, Zukunftsperspektiven, Satzung, Freistellung FA, Finanzplanung, Masuren- und Bruderhilfe, Hauptkreistreffen, Personalien, Verschiedenes. *Klaus Downar*

Hauptkreistreffen

Dortmund – Sonntag, 10. September, ab 9 Uhr Einlass, Kongresszentrum Westfalenhalle: Hauptkreistreffen. Um 11 Uhr beginnt die Feierstunde mit Programm „Erinnerungen an die Heimat“ mit folgender Tagesordnung: Begrüßung, Bericht Vorstand, Kassenprüfbericht, Entwicklung Stadt und Land Johannsburg, Grußworte, Totenehrung, Ehrungen/Auszeichnungen, Personalien, gemeinsames Mittagessen.

Wir laden herzlich ein und wünschen gute Anfahrt.

Klaus Downar


Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Ergebnis der Kreistagswahl 2023

Nach der Satzung der Kreisgemeinschaft Lyck e. V. gehören dem Kreistag 15 Mitglieder an.

Die in diesem Jahr turnusmäßig durchgeführte Kreistagswahl hat folgendes Ergebnis:

Gewählt wurden: Czerwinski, Siegmund (Andreken); Czudnochowski, Dieter-J. (Morgengrund); Donder, Reinhard (Kalkofen); Gentek, Uwe (Neumalken); Heupel, Gesine (Morgengrund); John, Eva (Lyck); Kalisch, Hans Peter (Dreimühlen); Mader, Heidi (Stradaunen); Mader, Michael (Stradaunen); Meiburg, Dirk (Sarken); Nilsson, Anorthe (Morgengrund); Schenkewitz, Andreas (Maschen); Vogel, Hans (Lindenfließ); Wiesensee, Bärbel (Mostolten).

Die konstituierende Sitzung des Kreistages wird am Sonnabend, dem 26. August 2023 um 14 Uhr im Rathaus der Stadt Hagen stattfinden.

Hauptkreistreffen

Hagen – Sonnabend, 26., bis Sonntag, 27. August, ab 11 Uhr, Hotel Mercure, Raum: Berlin + Siegen + Köln: Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Lyck, mit der Kreisgemeinschaft Treuburg als Gast und folgendem Programm:

Sonnabend, 26. August, 11 bis 12.30 Uhr, Archiv, Elbersufer 20:

Möglichkeit zur Besichtigung, 14 Uhr, Rathausstraße 13, Rathaus der Stadt Hagen: öffentliche Kreistagsitzung, 17 Uhr, Stadtgarten Hagen: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen, 17.30 Uhr, Hotel Mercure: Öffnung der Räume, 19 Uhr: Hotel Mercure, Raum Berlin: Heimatabend.

Sonntag, 27. August, 9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume, 11 Uhr, Raum Berlin + Siegen + Köln: Feierstunde, bitte die Tischaufteilung beachten, 14 Uhr: Begrüßung und gemütliches Beisammensein, 17 Uhr: Ausklang.

Diverse Heimatliteratur und Landkarten sind am Bücherstand erhältlich. *Bärbel Wiesensee*


Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Jubiläen

Memel – Sonntag, 1. Oktober, 15 Uhr, Hotel Aurora: Gründungsjubiläum der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. (AdM) und der Patenschaft zwischen Mannheim und Memel.

Die Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. wurde im Jahr 1948 in Hamburg gegründet und kann nunmehr im Jahr 2023 auf ihr 75-jähriges Bestehen zurückblicken, und im Jahr 1953, vor 70 Jahren, wurde die im Jahr 1915 besiegelte Patenschaft zwischen Mannheim und Memel erneuert.

Diese beiden Jubiläen wollen wir, wie auch bereits das 50-jährige Bestehen der AdM, wieder gemeinsam mit Ihnen und unseren Landsleuten im Memelland in unserer Heimatstadt feiern. Der Bürgermeister von Memel, Arvydas Vaitkus, hat bereits seine Teilnahme zugesagt, wie auch der Chor unseres Vereins Heide aus Heydekrug. Im Anschluss laden wir zu einem gemeinsamen Essen ein.

Einlass zur Feier ist nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter (06203) 43229 oder per E-Mail unter memelland@admheddesheim.de bis zum 20. September möglich. Wir würden uns freuen, wenn recht viele Landsleute aus der Bundesrepublik Deutschland daran teilnehmen würden und auch am Dienstag, dem 3. Oktober im Konzertsaal, dem früheren Schützenhaus, zum Tag der Deutschen Einheit.

Für Ende Oktober ist auch eine Jubiläumsfeier in Düsseldorf vorgesehen. Näheres in einer der nächsten Ausgaben.

Uwe Jurgsties,

Karin Gogolka

und Gerlinda Stunguriene

Memel-Land/Kölnner Treffen

Köln – Sonnabend, 19. August, 13 Uhr, Brauhaus in Köln-Dellbrück, Dellbrücker Hauptstraße 61: Treffen der Memellandgruppe Köln. Es besteht ab 13 Uhr die Möglichkeit, Mittag zu essen. Um 14 Uhr startet das Programm mit dem Geistlichen Wort, es folgt ein Vortrag über die zerstörten Kirchen im Memelland – Wer kann über „seine“ Kirche berichten? – und einem Bericht über die Akti-

vitäten im Memelland in diesem Jahr wie dem Tag der Deutschen Einheit im Oktober und andere Veranstaltungen. Anreise: Ab Hauptbahnhof Köln mit der Straßenbahn Linie 18 Richtung Thielbruch bis zur Haltestelle Dellbrücker Hauptstraße.

Wir freuen uns über jeden, der kommt, und bitten um Anmeldung bei Herbert Jaksteit, unter Telefon (0170) 8315959 oder per E-Mail: HJaksteit@t-online.de

Herbert Jaksteit, Vorsitzender


Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276,

E-Mail: u-pokraka@t-online.de

Stellvertreterin: Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Heimattreffen

Bochum – Wir möchten schon heute auf unser diesjähriges Heimattreffen am 27. August hinweisen. Wie Sie ja wissen, jährt sich die Patenschaft mit der Stadt Bochum in diesem Jahr zum 70. Mal. Aus diesem Grund wird es eine kleine Feierstunde geben, in der der Oberbürgermeister der Stadt Bochum, Thomas Eiskirch, ein Grußwort, und der Beauftragte der Landesregierung für Vertriebene, Heiko Hendriks, die Festrede halten werden.

Ich denke, dass diese Veranstaltung einen guten Besuch verdient hat. Merken Sie sich diesen Termin unbedingt vor, und regen Sie Ihre Kinder und Enkelkinder an, Sie zu begleiten und ebenfalls an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Wir fühlen uns unserer Heimat verpflichtet und wollen die Erinnerung an die Geschichte, die Kultur und die Menschen Ostpreußens aufrechterhalten und an die jüngeren Generationen weitergeben.

Ulrich Pokraka


Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Mitgliederversammlung

Wesel – Sonntag, 13. August, 11.30 Uhr, An der Tent 9, Gaststätte Bürger-Schützen-Haus: Mitgliederversammlung und Kreistags-Sitzung anlässlich unseres diesjährigen Hauptkreistreffens mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4. Kassen- und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kasselführung, 6. Haushaltsplan 2024, 7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“, 8. Bildband, 9. Rastenburg Treffen 2023/2024, 10. Verschiedenes.

Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 6. August schriftlich oder telefonisch einzureichen.

Hubertus Hilgendorff,
Kreisvertreter

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0



**35,- Euro
zzgl. Porto
und
Verpackung**

Hauptkreistreffen

Wesel – Sonnabend, 12., und Sonntag, 13. August, jeweils ab 9.30 Uhr: Hauptkreistreffen mit folgendem Programm:

Sonnabend, 12. August, 9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof, 10 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernenden Vesalia“, Caspar-Baur-Straße, 10.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne, ab 14 Uhr: geselliges Beisammensein im Hotel Kaiserhof.

Sonntag, 13. August, 9.30 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 82, 10 Uhr: Katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz Jesu in der Feldmark, 11 Uhr: Hauptkreistreffen, Bürger-Schützen-Haus zu Wesel, ein Mittagessen wird angeboten, 14.30 Uhr: Nach einer Musikeinführung der Blasmusik Lackhausen begrüßt der Kreisvertreter Hubertus Hilgendorff die Gäste. Ansprachen halten Heinrich Friedrich Heselmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, und Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel, 16 Uhr: Großer Zapfenstreich der Blasmusik Lackhausen und dem Tambourcorps Wesel-Fusternberg, 16.30: geselliges Beisammensein. Bei der Anreise per Navi, bitte „Wesel, Rundsporthalle“ eingeben.


Wehlau

Kreisvertreter: Uwe Koch, Schobüllerstraße 61, 25813 Husum. Telefon (04841) 663640.

Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. **Internet:** www.kreis-wehlau.de

Mitgliederversammlung

Bassum – Sonnabend, 2. September, 13.30 Uhr, Vorwerk der Freudenburg, Amtsfreiheit 1a: Mitgliederversammlung im Rahmen des Hauptkreistreffens mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung durch den Vorsitzenden, 2. Totengedenken, 3. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, 4. Feststellung der Beschlussfähigkeit (bei nicht ausreichender Beschlussfähigkeit wird die Versammlung für 30 Minuten unterbrochen und dann erneut eröffnet), 5. Genehmigung der Tagesordnung, 6. Grußworte, 7. Jahres-

berichte des Vorstandes, a. Vorsit-

zender, b. 2. Vorsitzender, Heimatbriefredaktion, Heimatbücher, Mitgliederbetreuung, Schatzmeister, c. Werner Schimkat Internetauftritt, d. Hauke-Hermann Eggert, Aktuelles aus der Heimat, 8. Bericht der Kassenprüfer über Haushalte 2022, 9. Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes, 10. Beratung und Beschluss über den Haushaltsplan 2024, 11. Wahlen: 1. Vorsitzender, 2. Vorsitzende, Schatzmeister, zwei Beisitzer, 12. Beratungen und Beschluss über die Terminplanung 2022 und 2023, 13. Beratung und Beschluss über die eingegangenen Anträge der Mitglieder, 14. Beratungen über die Zukunft der Kreisgemeinschaft, (siehe Heimatbrief 103, Seite 168 ff.), 15. Anfragen und Anregungen der Mitglieder, 16. Schlusswort des Vorsitzenden, 17. Ostpreußenlied. Zum Nachmittagskaffee lädt die Kreisgemeinschaft ein.

Wer für zehn Euro um 17 Uhr am Abendessen teilnehmen möchte, sollte sich bis zum 28. August bei Gerd Gohlke, unter Telefon (0171) 5317 892 anmelden. Um 19 Uhr beginnt das diesjährige Kreistreffen.

Über eine zahlreiche Beteiligung würden wir uns, auch im Interesse unserer Gemeinschaft

sehr freuen.

*Gerd Gohlke
und Ingrid Eigenbrod*

Hauptkreistreffen

Bassum – Sonnabend, 2. September, 13.30 Uhr, bis Sonntag, 3. September: Hauptkreistreffen.

Sonnabend, 2. September, 13.30 Uhr: Mitgliederversammlung (siehe oben), 19 Uhr, Tapiauer Stein im Park der Freudenburg: Gedenken, 19.30 Uhr, Vorwerk: Gemäldeausstellung, gemütliches Beisammensein mit Erzählungen, Bildern, Kurzfilmen, Gesang und Zeit zur Unterhaltung.

Sonntag, 3. September, 10.30 Uhr, Kreismuseum in Syke, Park des Kreishauses Syke: Gedenken am Wehlauer Stein, 11 Uhr: Feierstunde zu 50 Jahre Patenschaften Tapiau-Bassum, Syke-Wehlau, Begrüßung, Grußworte, Festvortrag zur Geschichte der Patenschaften und des Wehlauer Heimatmuseums, Ostpreußenlied, 13 Uhr: Die Kreisgemeinschaft Wehlau lädt zu Erbsensuppenessen ein, 14 Uhr: Besichtigung der überarbeiteten Dauerausstellung im Wehlauer Heimatmuseum und des Forums „Gesseler Goldhort“ mit der Möglichkeit zur Pause im Museumsgarten, bei schlechtem Wetter auf der Diele des Kreismuseums, 17 Uhr: Schluss des Kreistreffens.

Forum Baltikum – Dittchenbühne

Neues Stück an der Dittchenbühne: Pointenreiche Komödie um Herz und Niere In der Regie von Maria von Bismarck feiert am 23. September ein ebenso pointen- wie inhaltsreiches Stück seine Premiere: „Die Niere“.

Der erfolgreiche Architekt Arnold hat den Auftrag bekommen, den „Diamant-Tower“ zu bauen, ein Hochhaus mitten in der Stadt. Dieser Auftrag soll gefeiert werden – mit Ehefrau Kathrin und dem befreundeten Paar Diana und Götz. Doch Kathrin kommt mit einer Hiobsbotschaft nach Hause: Sie muss eine neue Niere transplantiert bekommen und benötigt jetzt eine Spenderniere! Ehemann Arnold käme aufgrund seiner Blutwerte als

Spender infrage – zögert aber mit der Zustimmung, weil ihn die Situation gerade völlig überfordert.

Regisseurin Maria von Bismarck hat ein Stück voller widerstreitender Emotionen inszeniert - zwischen Leiden und Lachen, zwischen Eifer und Eifersucht. Und wer weiß: Vielleicht wird der Theaterabend bei dem einen oder anderen Paar nicht mit dem Fallen des Vorhangs enden, sondern auf dem Heimweg und Zuhause weitergehen – mit der Frage: „Würdest Du mir Deine Niere spenden?“

Nähere Informationen: „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. 04121/89710



ZEITUNGEN IN KÖNIGSBERG

Nicht nur Wissens - sondern auch Pressemetropole

Bürgerlich-liberal und kritisch – Zeitungen aus der ostpreußischen Hauptstadt hatten vielfach überregionale Bedeutung

VON WOLFGANG KAUFMANN

Königsberg war nicht nur eine Hochburg der Gelehrsamkeit in Preußen, was aus der Existenz der Albertus-Universität resultierte, sondern auch eine wichtige Pressemetropole. Bereits im Jahre 1618, also zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges, gab Johann Fabricius die noch unregelmäßig erscheinende „Königsberger Zeitung“ heraus – als dritte deutsche Zeitung überhaupt. 1623 übernahm der aus Pommern stammende Lorenz Segebade die Druckerei von Fabricius und publizierte nun das Blatt „Avisen oder wöchentliche Zeitung, was sich in Deutschland und anderen Orten zugetragen“.

Dann kam der Rostocker Buchdrucker Johann Reußner auf Veranlassung des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm nach Königsberg und erhielt 1657 nach der Einführung der Zensur das Privileg, den „Preußischen Mercurius“ unter die Leute zu bringen. Da der Nachfolger von Segebade, Paschen Mende, parallel hierzu weiter die Ausgabe der „Avisen“ herausgab, erschienen zur Mitte des 17. Jahrhunderts bereits zwei Zeitungen in Königsberg.

„Königsberger Zeitung“ schon seit dem Dreißigjährigen Krieg

Schon bald wurde das Pressewesen zunehmend von Reußner dominiert. Dessen „Mercurius“, der später „Ordinari Post und Zeitung“ hieß, erlangte auch außerhalb von Ostpreußen Bekanntheit. Zu diesem Blatt gesellte sich ab 1709 die „Königlich Preussische Fama“, welche nachfolgend zuerst in „Neue Merkwürdigkeiten von politischen und gelehrten Sachen“ und dann in „Königsbergsche Zeitung“ umgetauft wurde. Unter König



Werbung im Jahr 1925: Zeitungsanzeige für das „Königsberger Tageblatt“

Friedrich Wilhelm I. profitierte Reußner von der Einrichtung sogenannter Intelligenz-Adress-Contoire, die „Intelligenzblätter“ herausgeben mussten. In Königsberg erschien ein solches im Hause Reußner unter dem Namen „Wöchentliche Königsbergische Frag- und Anzeigennachrichten“ und enthielt auch Beiträge von örtlichen Universitätsprofessoren wie dem großen Philosophen Immanuel Kant.

1742 kam es hier jedoch zum Wechsel: Statt Reußner fungierte nunmehr der aus Thüringen stammende Johann Heinrich Hartung als Herausgeber, wobei 1752 das Blatt in „Königlich privilegierte preussische Staats-, Kriegs- und Friedenszeitung“ umbenannt wurde. Allerdings hob die Krone das Privileg 1850 auf – seitdem hieß das vielbeachtete liberale Presseorgan „Königsberger Hartungsche Zeitung“. Diese existierte bis Dezember

1933, dann sorgte der rapide Abonnentenschwund für eine Verschuldung des Verlags, dem es aber dennoch gelang, sein zweites Zeitungsprodukt am Leben zu erhalten.

Das war das „Königsberger Tageblatt“, welches ab 1897 erschien und auch einfachere Leserschichten erreichen sollte. Deswegen lag der Preis auch besonders niedrig. Seine Auflage stieg von 15.000 Exemplaren auf 70.000 im Jahre 1932, bevor dann ein Rückgang auf 30.000 einsetzte. Dennoch konnten die Königsberger ihr „Tageblatt“ noch bis zu den verheerenden britischen Flächenbombardements vom August 1944 lesen.

„Königsberger Tageblatt“ erschien bis 1944

Ein weiteres Pressezeugnis aus Königsberg war die seit 1849 erscheinende „Ostpreussische Zeitung“, welche eine agrarkonservative Richtung vertrat und daher später der Deutschnationalen Volkspartei nahestand. Dazu kam ab November 1875 das von dem Verleger Alfred Hausbrand aus der Taufe gehobene „Kommunalblatt für Königsberg und die Provinz Preußen“. Dieses gelangte 1882 nach Hausbrands Tod in den Besitz des Bankhauses Simon und erschien ab dann unter dem sehr viel eingängigeren Namen „Königsberger Allgemeine Zeitung“ („KAZ“).

Die „KAZ“ entwickelte sich zur beliebtesten Zeitung in der ostpreussischen Provinzhauptstadt und sprach breite Kreise der Bevölkerung „vom Geheimrat bis zur Frau auf dem Äpfelkahn“ an, wie ein Beobachter der damaligen Presselandschaft spöttisch, aber durchaus zutreffend bemerkte.

Komplettiert wurde das Spektrum der Zeitungen Königsbergs ab 1892 durch die kurzlebige, sozialdemokratisch ausgerichtete „Königsberger Volkstribüne“ und den überparteilichen „Königsberger Anzeiger“, der zunächst unter dem Namen „Königsberger Neueste Nachrichten“ erschien.

Dem folgte 1901 die „Königsberger Volkszeitung“, deren Etablierung auf eine Initiative des damaligen ostpreussischen SPD-Vorsitzenden und späteren preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun zurückging. Dieses Blatt musste 1933 nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten sein Erscheinen einstellen.

Ab dem Kriegsbeginn 1939 gab es dann nur noch die „Königsberger Allgemeine Zeitung“, das „Königsberger Tageblatt“ und die „Preussische Zeitung“. Die Letztere war ab 1932 erhältlich und gehörte der NSDAP. Deshalb trug sie auch die Zusatzbezeichnung „Ostdeutscher Beobachter“.

Historiker heben die Bedeutung der Pressezeugnisse hervor

Heutige Historiker sprechen den Königsberger Zeitungen eine vielfach überregionale Bedeutung zu und verweisen zugleich darauf, dass sie im eher konservativ und agrarisch geprägten Ostpreußen oftmals liberales bürgerliches Gedankengut verbreitet und zugleich recht kritisch berichtet hätten.

Davon zeugt unter anderem eine Äußerung von Thomas Mann über die „Königsberger Hartungsche Zeitung“: „Sie geht nicht sehr glimpflich mit der Regierung um, mit den Adligen, mit Pfaffen und Junkern, sie weiß allzu geschickt die Zensur an der Nase herumzuführen.“

HEDWIG WEISS

Zwischen Impressionismus und Realismus

Die gebürtige Königsberger Malerin galt als Hoffnungsträgerin – Der Erste Weltkrieg beendet ihre Karriere jäh

Hedwig Weiß stammte aus Königsberg, hatte bei ihrer Ausbildung zur Malerin und Graphikerin berühmte Lehrer wie Fritz von Uhde und erntete dann als Künstlerin zwischen Impressionismus und Realismus viel Lob auch von Berühmtheiten wie Max Liebermann: „Nächst Käthe Kollwitz wüsste ich keine Begabtere unter den malenden Frauen.“ Doch der Erste Weltkrieg, die folgende Inflation und eine tödliche Erkrankung sorgten für ein frühes Ende ihrer Laufbahn vor 100 Jahren. Dann folgte ein Vergessen dieser Künstlerin. Heute ist sie nur noch Kunsthistorikern ein Begriff, die sie in den kunsthistorischen Lexika berücksichtigten.

Weiß wurde am 25. Mai 1860 in Königsberg geboren. Ihre Mutter war eine Tochter des preußischen Generalmajors Johann Wilhelm Leopold Dewitz von Woyna. Ihr Vater war Karl Philipp Bernhard Weiß, der als evangelischer Theologe und Professor nacheinander an den Universitäten von Königsberg und Kiel wirkte, als Exeget und Erforscher der Textgeschichte des Neuen Testaments einst mit seinen Veröffentlichungen landesweite Bekanntheit erlangte und auch noch im aktuellen „Biographisch-Bibliographischen Kirchenlexikon“ von 1998 Berücksichtigung findet.

Die Eltern des Mädchens erkannten früh dessen zeichnerische Begabung, förderten es in einer für damalige Verhältnisse

ungewöhnlichen Intensität und finanzierten eine erste künstlerische Ausbildung beim Königsberger Künstler Rudolph Mauer. Beim selben Lehrer erhielt auch Käthe Schmidt Zeichenunterricht, die dann unter dem Namen Käthe Kollwitz als Künstlerin berühmt wurde.

Grundausbildung in Königsberg

Die nächste Station auf der künstlerischen Entwicklung von Weiß war Berlin. Sie absolvierte zusammen mit Käthe Schmidt nun die Damenakademie in der Obhut von Karl Stauffer-Bern, der zunächst als Porträtist von sich reden machte, dann mit neuartigen Linienkupferstichen ungewöhnliche plastische Wirkungen erreichte und sich nach 1888 auf dem Erfolgsweg in Rom der Bildhauerei wandte. Dieser Künstler hatte einen großen Anteil an der Ausprägung der beiden Künstlerinnen aus Königsberg.

Noch vor dessen Wechsel nach Rom gingen sie nach München. Weiß vervollkommnete sich zunächst weiter beim Historien- und Genremaler Wilhelm Dürr und holte sich dann den letzten Schliff bei Fritz von Uhde, der unter dem Einfluss von Max Liebermann zum Impressionismus gefunden hatte und dann in Anlehnung an Rembrandt die Geschichte Jesu in einem modernen Realismus verewigte. Die Königsbergerin übernahm diese Malweise zwischen Impressionismus und Realismus, teilte sich dabei 1888 ein Ate-

lier mit der polnischen Malerin Olga Boznanska, die später als Postimpressionistin und maßgebliche Repräsentantin der Künstlerströmung „Junges Polen“ bekannt wurde und Auszeichnungen erhielt.

Weiß kehrte nach der Zusammenarbeit mit der Polin in München 1889 nach Berlin zurück, wo sie für das Paul-Gerhardt-Stift Wandbilder zum Thema der Barmherzigkeit schuf, dem „Verein Berliner Künstlerinnen“ beitrug und auf Vereinsausstellungen ihre Arbeiten präsentierte. Bis 1913 zeigte sie auf Ausstellungen

über 15 Landschaften, Porträts, Genreszenen und Blumenstilleben, erhielt mehrere überaus positive Kritiken und wurde in Anerkennung ihrer Kunst 1910 in die Berliner Secession als Mitglied aufgenommen. Das kam einem Ritterschlag gleich und war nur wenigen Malerinnen beschieden. Dazu kam das Lob von Max Liebermann, der mit farbensatten Bildern als „hervorragender Bildnismaler“ eine landesweite Berühmtheit erlangte und ab 1920 als Präsident der Preussischen Akademie der Künste fungierte. Parallel



Hedwig Weiß' „Mutter Erde“: Sommerwiese bei Starnberg

Foto: wikipedia

glänzte die Königsbergerin auch bei den letzten „Großen Berliner Kunstausstellungen“ vor der kriegsbedingten Unterbrechung. Solchermaßen etablierte sich Weiß in Berlin als Künstlerin und erreichte überregionale Bekanntheit. Sie galt als Hoffnungsträgerin für die Zukunft. Aber dann überschlugen sich die Ereignisse, die ihre Aufwärtsentwicklung ausbremsen.

Nach dem Tod des Vaters verarmte die Familie

Ihr Vater, der zuletzt in Berlin als Oberkonsistorialrat tätig gewesen war, starb noch 1918. Es folgte die Inflation mit der Verarmung der Familie und eine akute Existenzbedrohung mit zusätzlichen Krankheiten. Das gedieh zum Anfang vom Ende. Weiß starb daran vor 100 Jahren, am 7. August des Krisenjahres 1923. Sie wurde 63 Jahre alt.

Ein Großteil ihrer Arbeiten ging in den Wirren des Zweiten Weltkrieges verloren. Zu den überlieferten Werken zählen außer den Wandbildern im Berliner Stift auch die Fresken zum Leben der Heiligen Elisabeth in der Marburger Villa von Paul Martin Rade und ein Porträt von Käthe Kollwitz von 1922. Inzwischen gibt es eine Forschungsinitiative der Universität Kiel, die sich um das Wiederauffinden erhaltener Arbeiten und die Präsentation der Kunst von Hedwig Weiß in der Öffentlichkeit bemüht. *Martin Stolzenau*

RÜGEN

Fürst Malte gestaltete einst Putbus

Der 240. Geburtstag des Fürsten wurde festlich begangen

VON TORSTEN SEEGERT

Der 1. August ist in Putbus auf der Insel Rügen nicht irgendein Tag – es ist der seit 2005 alljährlich begangene „Fürstengeburtstag“ – ein Tag, der an den Ortsgründer Malte zu Putbus erinnert. So war es auch am vergangenen Wochenende. Das zur Feier seines 240. Geburtstages der Jubilar gleich selbst mit „von der Party“ war und sich sogar mit der Bürgermeisterin, Beatrix Wilke, ablichten ließ, versetzte dann aber doch Einheimische und Gäste in Verückung. Auch wenn es sich dabei nur um einen Schauspieler in historischer Uniform handelte, so war die Illusion einer Zeitreise in die eigene Geschichte doch vollkommen, zumal auch 2023 wieder die Neupflanzung einer Rose Teil des kleinen Festprogrammes war.

Doch wie lässt sich die noch heute bestehende Verbindung zwischen dem Ortsgründer, seiner Familie und den Rügern erklären? Um das zu verstehen, muss man sicher etwas weiter in die Vergangenheit reisen: Das Haus Putbus ist einer der ältesten Familien der Insel und war neben dem Haus Gristow einer der beiden Nebenlinien der alten Rügenfürsten, deren Hauptlinie mit dem Tod von Witzlaw III. 1325 erlosch.

Zwischen den Staaten

Das Haus Putbus hatte seit dem Jahre 1483 zwei Linien: Eine rügensche Familie (Putbus) und eine dänische Familie (Podbusk). Als 1702 der Oberst Ernst Ludwig von Putbus kinderlos verstarb, folgte im Besitz der Herrschaft Putbus die besagte dänische Linie – zunächst durch Malte Herr zu Putbus, dann durch seinen Sohn Graf Moritz Ulrich und schließlich

dessen Sohn Graf Malte Friedrich. Sein Sohn wiederum, unser Jubilar Wilhelm Malte, kurz: Malte (1783-1854), kam vor 240 Jahren zur Welt.

Er studierte zunächst in Greifswald, dann in Göttingen. 1807 wurde dem jungen Grafen die Fürstwürde verliehen und 1813 ernannte man ihn zum Generalgouverneur von Schwedisch-Pommern, der traditionell auch Kanzler der pommerischen Universität Greifswald war. Im selben Jahr zog Malte in die Befreiungskriege, die letztlich Napoleons Vorherrschaft in Europa beendeten. Der am 14. Juni 1814 geschlossene Kieler Frieden verstimmte Malte allerdings so sehr, dass er um seinen Abschied aus dem Militär bat, da Schwedisch-Pommern nun an Dänemark gehen sollten. Bereits 1815 kam es unter Mitwirkung Maltes zu einem Gebietsaustausch auf dem Wiener Kongress, so dass das Gebiet nun an Preußen ging und Pommern wiedervereint wurde.

Fürst Malte schuf Putbus

Auch auf Rügen schrieb Malte Geschichte: 1808 erließ er einen Aufruf an rügensche Handwerker, Tagelöhner und Ackerbau-treibende sich bei „annehmlichen Bedingungen“ in der Nähe seines Putbusser Schlosses anzusiedeln – so entstand der Ort Putbus. Nicht nur die weiß gekalkten Häuser, sondern auch die Rosen davor, die Alleen, die Wegweiser, das Pädagogium als höchste Bildungsanstalt der Insel oder Putbus als erstes Inselfeetbad sind Teil seines Erbes. Doch dieses gibt es auch über Putbus hinaus, wie Neu Reddevitz (1814-1817) oder Moritzdorf (1841) zeigen. Malte stattete die Siedler mit Hausbriefen aus, die ihren Nachfahren bis heute Rechte sichern. So verwundert es nicht, dass das Standbild des Fürsten Malte



Am Schlossplatz zu Putbus: Fürst Malte blickt in Richtung des Schlosses, das Anfang der 1960-er Jahre abgetragen wurde

Foto: Seeger

auch den Sozialismus unbeschadet überstand, dieser sogar heimlich gesäubert wurde und der Besuch seines Nachfahren, Franz zu Putbus, einen örtlichen Parteisekretär vor Ehrfurcht einen Bückling machen ließ.

Enteignungszwist

Zwischenzeitlich getrübt wurde das Verhältnis zwischen dem Haus Putbus und den Rügern nur in den 1990er Jahren als die Restitutionsansprüche von Franz zu Putbus (1927-2004) auch so manchen Unmut auf der Insel erzeugten und Richter darüber befinden sollten, ob die Fami-

lie nun nach der Verhaftung von Malte Ludolph von und zu Putbus (1889-1945) am 21. Juli 1944 und damit vor oder nach dem 8. Mai 1945 – im Zuge der Bodenreform – enteignet wurde. Dabei befanden sie über einen Besitz, der über Jahrhunderte zusammengehalten wurde und 1814 durch Malte zu einem unteilbaren, unver-schuldeten und unveräußerlichen Majorat gemacht worden war.

Dass heute wieder der „Fürstengeburtstag“ unter Anteilnahme seiner Familie gefeiert wird, spricht auch für ein neues Miteinander auf der Insel und vor allem in Putbus.

VOR 300 JAHREN

Einer der ersten Volkskundeforscher Pommerns

Christian Wilhelm Hakens Forschungen sind auch heute noch richtungsweisend

Christian Wilhelm Haken stammte aus Greifswald, machte als evangelischer Pfarrer in Pommern Karriere und erlangte als Historiker und Volkskundler eine überregionale Bekanntheit. Er trat mit zahlreichen Veröffentlichungen über Köslin, Stolp, die pommerischen „Cassuben“, die Reformationsgeschichte sowie über herausragende Persönlichkeiten Pommerns hervor und gehörte zu den Stützen der Zeitschrift „Pommersches Archiv der Wissenschaften und des Geschmacks“.

Christian Wilhelm Haken wurde am 12. Juli 1723 in Greifswald geboren. Sein Geburtsort entstand im Gefolge einer Zisterziensergründung 1199, erhielt 1250 das Lübsche Stadtrecht, zählte zu den Gründungsmitgliedern der Hanse und fiel im Westfälischen Frieden 1648 mit ganz Vorpommern für lange Zeit an Schweden. Erst 1815 kam Schwedisch-Vorpommern auf dem Wiener Kongress an Preußen. Haken war also zunächst Schwede. Sein Vater fungierte in Schwedisch-Vorpommern als Postmeister. Die Mutter war eine Tochter des Pfarrers Christian Tornow in Belgard, wo der Junge in der Obhut des Großvaters aufwuchs. Belgard liegt an der Persante südöstlich von Kolberg in Hinterpommern, wurde 1105 erstmals urkundlich erwähnt und entwickelte sich an der Kreuzung von wichtigen Handelsstraßen nach der Verleihung des Lübschen Stadtrechtes zur Handelsstadt und zeitweiligen Residenz

pommerscher Herzöge. Zu Hakens Zeit war Belgard preußisch.

Sein Großvater fungierte als Pfarrer der Belgarder Marienkirche. Er interessierte den Jungen für Geschichte und orientierte ihn auf eine kirchliche Laufbahn. Zu diesem Zweck besuchte Haken dann das Gröningsche Collegium im pommerischen Stargard, das damals als Bildungsstätte einen guten Ruf hatte. Es folgte für Haken das Theologiestudium in Königsberg. Parallel beschäftigte er sich im wachsenden Maße mit der pommerischen Geschichte. 1748 gedieh zu einer Zäsur.

Haken wurde zum Pfarrer in Jamund bei Köslin berufen. Das war sein erstes Amt. Jamund liegt südlich des Jamunder Sees nahe Köslin in Hinterpommern, wurde 1278 erstmals urkundlich erwähnt und gehörte ab 1331 zu den Städteigentumsdörfern der Stadt Köslin. Die ältesten Teile der Jamunder Kirche, dem Arbeitsplatz von Haken, stammen aus dem 14. Jahrhundert. Sie besaß eine Bibliothek und eine Naturaliensammlung. Beide wurden durch Haken erweitert. Er erfüllte seine Amtspflichten, betrieb nebenbei wachsende historische sowie volkskundliche Studien und trat mit Veröffentlichungen hervor. Das reichte von einer „Geschichte der Königlich Preussischen Hinterpommerischen Immediat- und vormaligen Fürst- und Bischöflichen Residenzstadt Cößlin“ bis zu ersten Beiträgen zur

„Stadtgeschichte von Stolp“. Haken erregte damit überregionales Aufsehen, gründete im Sog der Anerkennung die „Pommerschen Provinzblätter“ und gehörte dann auch zu den Herausgebern der Zeitschrift „Pommersches Archiv der Wissenschaften und des Geschmacks“. Diese Zeitschrift erschien vierteljährlich und gedieh zu einer Plattform für Hakens Texte. Er untersuchte nun auch die Volks-sitten und die sprachlichen Besonderheiten Hinterpommerns und gilt deshalb bis heute als einer der ersten Volkskundeforscher Pommerns.

Der schriftstellernde Pfarrer wurde schließlich 1771 nach Stolp berufen. Die Stadt liegt an der Stolpe nahe Köslin, entwickelte sich aus einer kaschubischen Siedlung zu einer pommerischen Residenzstadt und dann zu einer preußischen Garnisonsstadt der Roten Husaren mit einer Kadettenanstalt. Haken predigte als 1. Pfarrer an der Marienkirche, hatte die Aufsicht über die Stolper Schulen und leitete über Jahre die regionale Synode. Rund 20 Jahre galt er als der Hauptrepräsentant der evangelischen Kirche im Kreis Stolp. Parallel produzierte er weitere Beiträge und Schriften. Als Themen sind die Stolper Stadtgeschichte, die Geschichte des Husarenregiments, das Wirken namhafter Persönlichkeiten und der Wortschatz der Region überliefert. Über diese Vielfalt des Wirkens starb Haken am 20. Dezember 1791 in Stolp. Noch zu seinen

Lebzeiten hatte Christian Benjamin Glassbach ein Porträt von ihm geschaffen. In seinem unveröffentlichten Nachlass befand sich ein „Hinterpommerisches Wörterbuch“, das für Sprachforscher bis heute interessant ist. Aus seiner Ehe ging Sohn Johann Christian Ludwig hervor, der danach ebenfalls als schriftstellernder Pfarrer tätig war.

Martin Stolzenau



Stich von Christian Benjamin Glassbach: Christian Wilhelm Haken,

MELDUNGEN

Runder Tisch, Reggae-Festival und Mahnung

Stettin – Am letzten Donnerstag wurde ein 1962 errichtetes Denkmal in Altdamm gemäß Stadtratsbeschluss abgerissen. Es erinnerte an polnische und sowjetische Soldaten, die 1945 bei den Kämpfen gefallen sind. Bereits in den 90er Jahren hatte man den Sowjetstern und die Zahl „1945“ entfernt. TS

Köslin – Der 48 Kilometer lange Abschnitt der Schnellstraße S11 von Köslin nach Bublitz soll im September freigegeben werden. Der Weiterbau der Verbindung über die S11 in Richtung Posen – der Abschnitt von Bublitz nach Neustettin – wird derzeit ausgeschrieben. Er soll im Jahre 2026 fertiggestellt werden. TS

Greifswald – Am 6. August läuteten die drei evangelischen Kirchen – St. Nikolai, St. Marien und St. Jacobi – um 8.15 Uhr für etwa 5 Minuten, um an die Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki vor 78 Jahren zu erinnern. Gleichzeitig ist es Mahnung für Frieden und gegen Atomwaffen. TS

Gollnow – Auf Initiative der Bürgerkoalition fand am 31. Juli ein Runder Tisch zur Ihna in Stettin statt. Dabei wurde daran erinnert, dass es seit den 90er Jahren Bemühungen gibt, den Fluss zu schützen, zu renaturieren und ihn mit Fischen zu besetzen. Gollnows Bürgermeister kritisierte die regelmäßige Verunreinigung. TS

Rügenwalde – Zum 15. Mal wird das 2004 durch Robert Gogol ins Leben gerufene „Reggaenwalde Festival“ durchgeführt: Rügenwalde wird so wieder vom 18. – 19. August zur pommerischen Hauptstadt des Reggae. Neben Konzerten finden Ausstellungen und Trommelworkshops statt. Der Eintritt ist frei. TS

Stralsund – BETWIXT AND BETWEEN. 33. Landesweite Kunstschau 2023. Ausstellung des Künstlerbundes Mecklenburg und Vorpommern e.V. vom 5. August – 8. Oktober 2023 in der Volkswerft Stralsund und der Kulturkirche St. Jakobi in Stralsund. Es werden 50 künstlerische Positionen von Videoarbeiten und Installationen über Fotografie zu Sound Art bis hin zu Grafiken, Kunst im öffentlichen Raum und Gemälden präsentiert. Schirmherrschaft: Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig. Die Besonderheit in diesem Jahr ist die künstlerische Beteiligung von Partnerstädten der Stadt Stralsund. So zeigt die Ausstellung internationale Positionen aus Malmö und Pori sowie aus der Partnerstadt Kiel. Info: www.kuenstlerbund-mv.org Pressestelle Stralsund

Greifswald – Danke! Der Weg zum Gedenkstein für Georg Engel ist wieder frei. Windbruch hatte den Gedenkstein für den Dichter Georg Engel im Greifswalder Eisenhain schwer zugänglich gemacht. Erschwerend kam hinzu, dass der Hain seit 1961 Naturschutzgebiet ist und die herabgestürzten großen Äste nicht einfach beseitigt werden durften. Heute ist der Zugang zum Engelstein wieder frei. Der für das Naturschutzgebiet Eldena zuständige Revierförster der Universität hatte gemeinsam mit der Naturschutzbehörde eine Lösung für das Problem gefunden. Die PZ hatte in Ausgabe 30/2023 darüber berichtet. BS

„Eigensinn statt Gemeinsinn. Schrecklich!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Wow! Endlich mal Klartext.“

Tjitze Dijkstra,
Papendrecht/Niederlande
zum Sommerinterview: „Unsere Ordnung wird zerbrechen“ (Nr. 29)



Ausgabe Nr. 30

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

SCHERZBOLD DER NATION

ZU: MIT DER „BRANDMAUER“ MANÖVRIERT SICH DIE CDU IN EINE LINKE FALLE (NR. 30)

Friedrich Merz, der CDU-Vorsitzende, mutiert mittlerweile zum Scherzbold der Nation. Wie gnädig ist doch seine Ablehnung eines AfD-Verbots. Wo lebt denn der Mann eigentlich, dessen Partei unter Ex-Kanzlerin Merkel und ihrem Flüchtlingsamoklauf gemäß dem Motto „Wir schaffen das!“ die AfD erst groß gemacht hat?

Claus Reis, Schwabach

NEU EINGEMAUERTE DEUTSCHE

ZU: REISEFREIHEIT
EINGESCHRÄNKT (NR. 30)

In der DDR war die Ausreise nur mit Genehmigung der Behörden gestattet. Genauso will anscheinend die Ampel mit uns bei der Ausreise aus Deutschland verfahren (bei Teilnahme an „anti-demokratischen“ Veranstaltungen im Ausland, d. Red.) Dann aber bitte auch bei der Einreise so konsequent wie in der DDR mit einer befestigten Grenze und stationären Grenzkontrollen sowie möglichen Zurückweisungen.

Carsten Zöllner, Berlin

EIN „KRIEGSGEWINNLER“

ZU: WOCHENRÜCKBLICK: KRONZEUGE DES UNSINNS (NR. 30)

Als Pfarrer hat sich Ex-Bundespräsident Joachim Gauck im Wendeherbst vornehm zurückgehalten. Es war dem Mut einer Gruppe junger, christlich orientierter Bürger zu verdanken, die am 7. Oktober 1989 zum 40. Jahrestag der DDR im Pfarrhaus von Joachim Köhler die SDP gründeten. Dazu gehörten Angelika Barbe, Konrad Elmer, Martin Gutzeit, Stefan Hilsberg, Thomas Krüger und natürlich ein Spitzel der Stasi, Ibrahim Böhme, der mit falschem Namen und erfundenem Lebenslauf eingeschleust wurde.

Pfarrer Gauck war nach dem gelungenen Sturz der DDR-Führung das, was man

einen Kriegsgewinnler nennt, brüderlich vereint mit Manfred Stolpe und Gregor Gysi. Letzterer sicherte auch Protestierenden in der Provinz seine Hilfe zu, falls es zu Verhaftungen kommen würde. So sicherten sich die Herren nach dem gelungenen Aufstand eine gute Startposition für die Zukunft.

Bärbel Ballhorn, Aschersleben

BÜRGERLICHER SOZIALIST?

ZU: EIN DENKENDER, DEUTSCHER SOZIALISTISCHER STAATSMANN? (NR. 30)

Mit Verwunderung habe ich den panegyrischen Artikel über Walter Ulbricht gelesen. Ulbricht sei also ein Berufsrevolutionär gewesen, erfüllt vom Ziel, den wahren Menschen schaffen zu können. Dieser neue Mensch habe sich nicht grundsätzlich vom allseits gebildeten Deutschen unterschieden, wie ihn sich die Bildungsenthusiasten um 1800 dachten.

Bekanntlich haben die Theoretiker des Marxismus stets die Arbeiterbewegung als Erbin der bürgerlichen Kunst und Kultur betrachtet. Vielen marxistischen Intellektuellen ist die Ernsthaftigkeit ihrer Überzeugung durchaus abzunehmen. Je höher diese Vertreter des Marxismus in der politischen Hierarchie angesiedelt waren, umso stärker aber waren ihre Aussagen von taktischen Interessen bestimmt. Man berief sich auf bürgerliche Kultur, um sich Vertrauen und Legitimität zu verschaffen.

Ulbricht interessierte sich für Städtebau, schreibt der Autor. Das mag stimmen und ist wohl der Grund dafür, dass er die Sprengung des Berliner Schlosses und der Leipziger Paulinerkirche veranlasste.

Georg Schirmers, Köln

DIE WAHRHEIT AUSSPRECHEN

ZU: MITARBEITER KAPITULIEREN (NR. 29)

An Ihrer Berichterstattung schätze ich sehr, dass diese sich tatsächlich als „Vierte

Gewalt“ sieht und Fakten wie die Gewalteskalation migrantischer Milieus in deutschen Freibädern klar benennt, anstatt falsche Rücksicht auf den Fortbestand einer politischen Agenda zu nehmen. Die heutige Wahrheit ist, dass es zu wenige Medien und Journalisten gibt, welche sich überhaupt trauen, die offensichtliche Wahrheit auszusprechen.

Marcel Jacobs, Berlin

EIN STAAT OHNE ZUKUNFT

ZU: AUF CARSTEN LINNEMANN WARTET EIN BERG AN ARBEIT (NR. 29)

Der Artikel ist interessant und gibt die aktuellen Gegebenheiten wieder. Die Merkel-CDU hat 16 Jahre lang unserem Land großen Schaden zugefügt. Dafür bekam die Ex-Kanzlerin einen Orden statt einen Prozess. Ursula von der Leyen ebenso, sie wurde zur Belohnung Königin von Europa, um weiteren Schaden anzurichten. Deutschland hat fast nichts von der EU.

Politisch gesehen erleben wir heute die schlimmste Phase in Deutschland seit 1949. Ein Staat ohne Ziel, ohne Zukunft, ohne Hoffnung. Eigensinn statt Gemeinsinn. Schrecklich! Die einstige Demokratie hat sich zu ihrem Erhalt in eine Meinungsdictatur verwandelt. Allerorten Maßregelungen und Verbote. Eine Minderheit terrorisiert die Mehrheit. Und viele Massenmedien sind staatshörig.

Die PAZ gehört zu den wenigen Ausnahmen, die es noch gibt.

Fritz Luxmann, Berlin

IDEOLOGISCHE ZUMUTUNGEN

ZU: AUF CARSTEN LINNEMANN WARTET EIN BERG AN ARBEIT (NR. 29)

Es gibt noch einen anderen, viel zu wenig beachteten Aspekt bei der CDU: Da ich keine links-grüne Politik will und mich dagegen abgrenzen möchte, habe ich als 65 Jahre alter Konservativer noch einmal an die CDU-Tür geklopft, weil ich letzt-

lich doch noch ein paar Berührungspunkte mit der AfD habe.

Aber die CDU will mich gar nicht beziehungsweise die CDU will gar nicht (wieder) konservativ werden. Nur mit dem neuen CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann rechts blinken, reicht nicht und ist unglaubwürdig. Eigentlich blinkt Linnemann zu einer Mitte, die ich mir, wie so viele, wieder wünschen würde, eine Mitte, die aber jetzt „Rechts“ genannt wird.

So muss ich AfD wählen, denn sonst bekomme ich Schwarz-Grün, und das wäre auch nicht anders als jetzt mit der Ampel. So gesehen wird sich das politische Bild immer weiter in Richtung AfD verschieben, solange die CDU sich nicht bewegt, und zwar umso schneller bewegt, je mehr ideologische Zumutungen wie Klima, Energie, Asyl oder Gender sich die völlig abgehobenen Politiker einfallen lassen.

Jens Knippfals, Wolfsburg

NICHT IMMER BARGELDLOS

ZU: DAS BEZAHLEN MIT MÜNZEN UND SCHEINEN WIRD IMMER SCHWIERIGER (NR. 28)

Es gibt viele Unternehmen, die seit Jahren strikt Kartenzahlungen ablehnen. Im Gaststättengewerbe ist mir verstärkt aufgefallen, dass Kartenzahlungen abgelehnt werden. Mit Informationen hierzu wird aber nicht offen umgegangen. Im Extremfall geht man in ein Lokal und erfährt erst beim Bezahlen, dass Bargeld verlangt wird. Und wenn man dann noch Pech hat, gibt es in der Gemeinde keinen Geldautomaten mehr und man muss zwei bis drei Kilometer zum nächsten fahren.

Solange es kein Muss zur Kartenzahlung gibt, muss beides angeboten werden. Der willkürliche Abbau von Geldautomaten ist jedenfalls keine Lösung, genauso wenig wie „ich mache, was ich will“. Wir benötigen dringend und schnell eine Entscheidung. Auch bei diesem Thema ist wieder festzustellen, dass in Deutschland zu viel und zu lange diskutiert wird.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Nicht wiedergutzumachen

■ **Irreversibler Schaden** ist die Erforschung eines Mysteriums: Warum hat sich die Diagnose »Geschlechtsdysphorie« im vergangenen Jahrzehnt von einem verschwindend seltenen Leiden, das fast ausschließlich Jungen und Männer betrifft, zu einer Epidemie unter Mädchen im Teenageralter gewandelt?

Die Journalistin Abigail Shrier präsentiert schockierende Statistiken und Geschichten aus Familien, um zu zeigen, dass die westliche Welt zu einem fruchtbaren Boden für einen »Transgenderwahn« geworden ist, der nichts mit echter Geschlechtsdysphorie, aber alles mit unserer kulturellen Schwäche zu tun hat.

Mädchen im Teenageralter nehmen Testosteron und entstellen ihren Körper. Eltern werden unterminiert. Auf sogenannte Experten wird zu viel vertraut. Andersdenkende in Wissenschaft und Medizin werden eingeschüchert. Die Rede- und Meinungsfreiheit wird unterdrückt. Abweichlern drohen versteckte oder aber auch ganz unverhohlene, drastische Konsequenzen.

»Warum hat mich niemand davor gewarnt?«

Abigail Shrier hat sich gründlich mit der Transgenderepidemie beschäftigt. Dazu hat sie mit Mädchen gesprochen, mit deren leidgeplagten Eltern sowie mit Beratern und Ärzten, die eine Geschlechtsumwand-

lung ermöglichen. Auch mit »Detransitioners« hat sie sich ausgetauscht, jungen Frauen, die zutiefst bedauern, was sie sich selbst angetan haben.

Sich als transgender zu outen, steigert schlagartig das soziale Ansehen dieser Mädchen. Doch sind die ersten Schritte auf dem Weg der Geschlechtsumwandlung erst einmal getan, ist ein Umkehren sehr schwierig, wie Shrier feststellt. Sie gibt dringend benötigte Ratschläge, wie Eltern ihre Töchter schützen können.

Eine Generation junger Mädchen ist in Gefahr

Abigail Shriers Buch ist wichtig. Es hilft Ihnen, zu begreifen, was der Transgenderwahn wirklich ist und wie Sie Ihr Kind davor schützen. Shrier entwickelt aber auch Schritte, die Eltern dabei helfen, das Wohlergehen ihrer Töchter zu verbessern.

Jeder, der jemals skeptisch über den plötzlichen Ansturm des Transgenderwahns nachgedacht hat, sollte dieses Buch lesen.

»Irreversibler Schaden ... hat einen Sturm entfacht. Abigail Shrier, Autorin des Wall Street Journal, tut etwas sehr Einfaches, aber Verheerendes: Sie hält sich streng an die Fakten.«
Janice Turner, The Times



Abigail Shrier: Irreversibler Schaden gebunden • 318 Seiten • Best.-Nr. 989 400 • 24,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

SEXUELLER MISSBRAUCH

Rammstein lässt grüßen

„MeToo“ und die Folgen – Die ARD-Serie „37 Sekunden“ zeigt, wie schwer es ist, in Fällen von sexueller Gewalt Recht zu sprechen

VON ANNE MARTIN

Es ist eine Geschichte, wie sie öfter passiert, wenn zwei Menschen zusammenarbeiten und sich anziehend finden: Der verheiratete Liedermacher Carsten verliebt sich in die deutlich jüngere Rocksängerin Leonie, die Affäre ist so heftig wie emotional schwankend. Während der Geburtstagsfeier des populären Stars kommt es zu einem stürmischen Treffen und einer sexuellen Begegnung, die alle und alles zerstören wird.

Der Sechsteiler „37 Sekunden“ (15. und 22. August, jeweils drei Folgen ab 22.50 Uhr, Das Erste) trifft mitten hinein in die „MeToo“-Bewegung, die gelegentlich schrille Züge annimmt. So auch hier: Die Sachlage könnte unklarer nicht sein. Hat die junge Geliebte im entscheidenden Moment unmissverständlich „Nein“ gesagt oder eine Ablehnung nur halbherzig geflüstert? War es eine Vergewaltigung, wie sie später, angestachelt durch eine ehrgeizige Anwältin, behaupten wird – oder eben heftiger Sex eines Paares, das keinen Hehl aus seiner leidenschaftlichen Beziehung machte?

Was an zwei Fernsehenden minutiös durchdekliniert wird, ist die Katastrophe, die aus einer höchst privaten Situation erwachsen kann, sofern diese erst vor Gericht zerpfückt wird. Da gibt es die Anwältin mit dem feministischen Impetus, die ihre von Selbstzweifeln geplagte Mandantin (Paula Kober) zunächst durch die medizinische Untersuchung und später durch das Sperrfeuer einer gerichtlichen Befragung treibt. Da ist die Ehefrau (Marie Lou Sellem), die die Eskapaden ihres Mannes bisher stillschweigend geduldet hat und nun gemeinsam mit ihm um seinen Ruf, seine Karriere und das gemeinsame komfortable Leben kämpft.

Und da ist vor allem beider Tochter Clara (Emily Cox, derzeit als Alma Mahler im Kino zu sehen), selbst Anwältin, die



Eine Rampensau, die bald tief fallen wird: Sänger Carsten (Jens Albinus) im Film „37 Sekunden“ Foto: degeto-presse@degeto.de

sich entscheiden muss, wem sie glauben soll – dem Vater oder der besten Freundin? Clara entscheidet sich für den Vater und sorgt nun ihrerseits dafür, dass die Lawine Fahrt aufnimmt.

Regisseurin Bettina Oberli ist deutlich darum bemüht, allen Aspekten dieses Geschlechterkrieges Rechnung zu tragen. Leider erlebt der Zuschauer die vielen Wendungen des Plots und die Befindlichkeiten des vorgeblichen Opfers zusehends als anstrengend. Sollte die Serie ein weiteres Plädoyer für das Recht einer Frau auf körperliche Unversehrtheit sein, so trifft der Film daneben. Zu sympathisch der Musiker, der von dem gebürtigen Dänen Jens Albinus als Liedermacher mit Skrupeln dargestellt wird. Zu ungläubig die Haltung der aufstrebenden Sängerin, die dem Geliebten selbst bei der letzten Begegnung noch erotisch offensiv

gegenübertritt. „Er hat mich vergewaltigt. Aber er hat mir keine Gewalt angetan“, sagt Leonie. „Kann man da was missverstehen?“ Ja. Kann man. Die Relevanz ihres Falles erscheint einfach gering im Vergleich zu Frauen, die tatsächlich brutal sexuell misshandelt werden und sich aus Angst oft nicht trauen, ihren Peiniger anzuzeigen.

Angebliche Missbrauchs-Fälle

Wie schwer die Meinungsbildung bei vermeintlichen sexuellen Übergriffen ausfällt, ist derzeit in den Schlagzeilen zu verfolgen. Seit Wochen polarisiert der Fall der Band Rammstein, die junge Frauen rekrutiert haben soll, um den Star hinter der Bühne zu treffen – sexuelle Begegnungen inbegriffen. Gegen Frontmann Till Lindemann wurde bisher keine Anklage erhoben.

Justitiabel wäre auch nicht die Einladung in den Backstage-Bereich oder in die Kabine des Rockstars, sondern der Einsatz von K.-o.-Tropfen, mit denen junge Frauen angeblich gefügig gemacht wurden. Bewiesen ist davon bisher nichts. Aber die Anschuldigungen zeigen Wirkung: Ähnlich wie im Film kommt es vor Rammstein-Konzerten zu Demonstrationen und Gegendemonstrationen. In einigen Städten wird ein Auftrittsverbot der Band diskutiert. Semper aliquid haeret, so ein lateinisches Sprichwort – irgendwas bleibt immer hängen, auch wenn der Fall nicht vor Gericht landet.

Das war in zwei anderen Fällen anders: Der US-Schauspieler Kevin Spacey musste sich gleich zweimal vor Gericht wegen sexuellen Missbrauchs verantworten – und wurde beide Male freigesprochen. Und das Stuttgarter Landgericht

sprach jüngst den höchsten Polizisten Baden-Württembergs vom Vorwurf sexueller Nötigung frei. Eine Polizeikommissarin hatte ihn angezeigt, weil er sie ihrer Meinung nach mit dem Versprechen auf Beförderung sexuell erpresst habe. Auch hier hatte die Frau zunächst heftig mit dem Angeklagten geflirtet, was sogar von Kameras aufgezeichnet wurde. Trotz Freispruchs bleibt der Polizist jedenfalls bis auf Weiteres vom Dienst suspendiert.

Nicht ohne Konsequenzen bleiben auch die 37 Sekunden Kontrollverlust, auf die sich der Titel der Serie bezieht. Sie zerstören am Ende eine Familie, eine Karriere und zumindest zwei Ehen: die des Sängers, der seine geduldige Frau und das Vertrauen seiner Tochter verliert, die ihren frisch angetrauten Ehemann mit einem Anwalt hintergeht, von dem sie sich einen finnenreichen Einsatz für ihren Vater erhofft.

Höhepunkt sind die Szenen vor Gericht, wo feministische Aktivistinnen auf Anhänger des Sängers treffen. Dessen Tour wird prompt abgesagt, worauf der am Boden zerstörte Mann eine Ode auf die „Cancel Culture“ schreibt. Deutliche Worte findet auch sein Manager (Martin Feifel), der ebenfalls vor Gericht vernommen wird. Heutzutage würden viele Männer in Führungspositionen sich weigern, mit einer Frau im selben Fahrstuhl zu fahren, murmelt der. „Ein Zwinkern, und du bist deinen Job los.“

Es gibt eine Schlüsselszene, die den Wust aus Widersprüchen auf Anhieb gelichtet hätte: „Nein“ schreit Leonie, als ein Kumpel sie nach einem Barbesuch küssen will und stößt den völlig verduzteten jungen Mann brüsk von sich. Und noch einmal, sehr laut: „Nein!“ Klare Kante, klare Grenze. Diese Haltung ist die einzig richtige, und niemand kann sie den Frauen abnehmen. Der Liedermacher wird im Film zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Aber irgendetwas wird hängenbleiben – lebenslang.

GEODÄSIE

Der „Nabel Europas“ wird fein gemacht

Am Nullpunkt der preußischen Landvermessung – Bund fördert Sanierung des Helmertturms in Potsdam mit 450.000 Euro

Die Wellblechfassade ist verschwunden, Rost hat sich breitgemacht, das Betreten ist verboten. So desolat und unscheinbar zeigt sich dieses unter Denkmalschutz stehende Monument deutscher Wissenschaftsgeschichte heute den Besuchern des „Wissenschaftsparks Albert Einstein“ auf dem Potsdamer Telegrafenberg.

Vielleicht halten ihn manche sogar für einen rostenden Wasserturm. Wenn die über den idyllisch gelegenen Hügel am Rande Potsdams schlendernden Gäste nur ahnten, welch fundamentale Bedeutung dieses heute so jämmerlich ausschauende Bauwerk dereinst hatte, erstarrte so mancher sicher vor Ehrfurcht.

Die Rede ist vom sogenannten Helmertturm, den manche sogar als „Nabel Europas“ bezeichneten. Er wurde 1893 mit dem Meridianhäuschen und dem Instrumentenhaus eingeweiht und diente zusammen mit ihnen als Observatorium zur Vermessung von Erde und Weltall, offiziell als „Observatorium für astronomische und geodätische Winkelmessungen“ bezeichnet. Der Backsteinbau des ehemaligen Geodätischen Instituts wurde 1892 eingeweiht und erlangte durch die hier betriebene Forschung weltweite Bekanntheit und Berühmtheit.

Hier wurde von 1898 bis 1904 der Potsdamer Wert für die Erdanziehungskraft gemessen, der sogenannte „Potsdamer Schwerewert“. Dieser galt von 1909 bis 1971 als internationaler Referenzwert. Heute befindet sich im Haus die Bibliothek des Wissenschaftsparks und eine Satelliten-Arbeitsgruppe des Deutschen GeoForschungszentrums (GFZ).

Der Helmertturm mit Drehkuppel diente der Fernmessung geodätischer Winkel und war der Nullpunkt der preußischen Landvermessung des damaligen Preußischen Geodätischen Netzes. Wozu richtete man sich, wenn man vor 1870 ein Stück Land vermessen wollte? Beliebige Nullpunkte führten zu Grenzstreitigkeiten, nicht nur zwischen Personen, sondern auch zwischen Staaten. „Wer immer zwischen 1870 und 1950 ein Stück Land vermessen wollte, hatte sich am Helmert-Turm zu orientieren“, heißt es auf der Schautafel vor dem Bauwerk, und weiter: „So wie Greenwich der Bezugspunkt für die Zeit ist, war der Helmert-Turm der Bezugspunkt für den Raum.“

„Zur Wende ins 20. Jahrhundert wurde Potsdam zum Weltzentrum für die wissenschaftliche Geodäsie“, sagte Johannes

Ihde vom Bundesamt für Kartographie und Geodäsie in Frankfurt am Main in seinem Vortrag „Monument mit Vermessungsgeschichte“ über den Helmertturm. „Diese Entwicklung“, so Ihde, „fiel in eine wissenschaftliche Glanzzeit Deutschlands, in der die wissenschaftlichen Er-



Diente der mitteleuropäischen Gradmessung: Der Helmertturm in Potsdam

gebnisse maßgeblich aus dem deutschsprachigen Raum geprägt waren.“

Wegweisend im Bereich der Erdvermessung damals war Friedrich Robert Helmert, der 1843 in Freiberg/Sachsen geboren wurde und 1917 in Potsdam an den Folgen eines Schlaganfalles verstarb. Als Wegbereiter der modernen Geodäsie verband er deren Erkenntnisse mit denen anderer Geowissenschaften. Er initiierte auch den Bau des Geodätisch-Astronomischen Observatoriums. Helmert war von 1886 bis 1917 Direktor des Geodätischen Instituts. 1924 bekam der Turm auf Grundlage eines Beschlusses des Beirates für das Vermessungswesen den Namen des Wissenschaftlers verliehen, ohne dessen Forschung auch die Raumfahrt später nicht möglich gewesen wäre.

Forscher des Zentralinstituts für Physik der Erde der DDR-Akademie der Wissenschaften nutzten in den 1970er Jahren den Turm, um von dort mittels Fernrohr und Laserteleskop Satelliten anzupfeilen. Nachdem 2008 das Teleskop demontiert worden war, zerfiel das Bauwerk ungenutzt. Die Stahlkonstruktion musste saniert und die fehlende Wetterschutzhülle ersetzt werden. Damit dieses Monument der Nachwelt erhalten bleibt, machte sich

schon vor Jahren die Stiftung Denkmalschutz durch Spendenaufrufe für dessen Restaurierung stark. Durch die Spenden und eine Zuwendung der Pietschker-Neeße-Stiftung kamen mehr als 100.000 Euro zusammen. Das war jedoch nur ein Zehntel des benötigten Geldes.

Der Antrag des GFZ an den Bundestag zur Sanierung des Turms wurde mit einer Empfehlung der Potsdamer Bundestagabgeordneten und Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis90/Die Grünen) eingereicht. Das Kulturstaaatsministerium teilte mit, dass der Haushaltsausschuss des Bundes nun 450.000 Euro zur Sanierung vergeben habe. Die Mittel stammen aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes.

Sogar als „Mekka der Geodäten“ wurde der Helmertturm bezeichnet. Ob nun „Nabel Europas“ oder „Mekka“ der vermessenden Wissenschaftler – dieses Wahrzeichen der Technik- und Geoforschungsgeschichte wird vielleicht schon Ende 2024 wieder der Öffentlichkeit zugänglich sein und nicht nur durch Ausstellungen locken, sondern von dem 15 Meter hohen Turm einen phänomenalen Blick über den Telegrafenberg und Potsdam bieten. *Silvia Friedrich*

● FÜR SIE GELESEN

Verwirrend
und bewegend

Wien ist im Sommer 1914, kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges in heller Aufruhr. Viele junge Männer melden sich begeistert zum Militärdienst. Doch der 17-jährige Knecht Hans macht sich von Tirol aus nur nach Wien auf, um eine Psychoanalytikerin aufzusuchen, über die er in der Zeitung gelesen hat. Ihn quälen seltsame Träume. In der Praxis trifft er zwei junge Erwachsene, die Mathematikstudentin und Suffragette Klara und den seit Kindheit auf Militär gedrückten adligen Adam, die von der Ärztin behandelt werden. Sie nehmen Hans mit und so bekommt er Einblick in die Welt der Reichen, der Studenten und der mächtigen Männer des Militärs. Als einfacher Mann ist er verwirrt über deren Ansichten, und erschöpft erfährt er, dass auch viele andere die gleichen seltsamen Träume haben wie er. Eine große Gruppe der Betroffenen versucht, diesen „Fiebertraum“ aufzulösen.

Der Romantitel „Die Inkommensurablen“ kommt aus der Mathematik und bedeutet: die Eigenschaft zweier Werte, die nicht ganzzahlige Vielfache einer dritten Zahl sind oder allgemein: nicht vergleichbar; nicht zusammen messbar.

Es gibt Bereiche in diesem Buch, die nur schwer verständlich sind. Raphaela Edelbauer hat einen sehr intelligenten und anspruchsvollen Roman vorgelegt, dessen Inhalt teilweise verwirrend, aber auch bewegend ist.

Angela Selke



Raphaela Edelbauer: „Die Inkommensurablen“, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2023, gebunden, 350 Seiten, 25 Euro

Abschied vom
geliebten Opa

Es ist kein leichtes Thema, dem sich Sabrina Hinrichs in „Opa, wohin fährst du?“ widmet. Wie bringt man Kindern die Endlichkeit des Lebens bei und dass ein liebes Familienmitglied bald nicht mehr da sein wird?

Die in Ammerland lebende Musiklehrerin Hinrichs verpackt diese Fragen in eine Geschichte über das Reisen. Der Großvater, der von seinem Enkel Tom sehr geliebt wird, war früher Kapitän und reiste um die Welt. Wenn Tom mit den Eltern den Opa besucht, berichtet der von seinen Weltreisen. Dass Opa sehr krank ist, haben die Eltern Tom schon gesagt.

In der Mitte des Buches kommt es zu einem Gespräch zwischen Opa und Enkel, in dem der Ältere dem Kleinen erzählt, dass er nun auf eine Reise gehen wird, von der er nicht mehr wiederkehrt. Alle Fragen, die Kinder in so einer Situation stellen würden, werden gestellt. Einfühlsam werden diese vom Opa beantwortet, so, dass es Kinder verstehen können. Ein sehr feinfühliges Buch, das helfen kann, den Abschied von lieben Personen zu erklären.

Silvia Friedrich

Sabrina Hinrichs/Daria Kuvakina: „Opa, wohin fährst du?“, Klein und groß Verlag, gebunden, 32 Seiten, 16 Euro



REISEFÜHRER DER WOCHE



Wo Frau Antje zuhause ist

Holzpantinen, Grachten, Fahrräder, Käse, Tulpen, weite Landschaften und herrliche Sandstrände – die Niederlande haben viel zu bieten

FOTO: IMAGO/IMAGOBROKER

Kultur und Natur lassen sich in den Niederlanden fast überall erleben. In gewohnter Ausführlichkeit listet der „Baedeker Niederlande“ neben Zielen, die man unbedingt besucht haben sollte, die Besonderheiten der

Städte in alphabetischer Reihenfolge auf. Wissenswertes zur Geschichte, Stadtpläne, Tourenvorschläge sowie zahlreiche Fotos und praktische Tipps zur Reisevorbereitung runden das Bild ab.

MRK

Ulrike Grafberger/Birgit Borowski/Achim Bourmer: Baedeker Niederlande, MairDumont Verlag, Ostfildern, 16. Auflage 2021, flexibler Einband mit Zip-Band, 538 Seiten, 24,95 Euro

BIOGRAPHIE

Überzeugte Linke
trotz Not und Elend

Die Sachbuchpreisträgerin der Leipziger Buchmesse Regina Scheer zeichnet den Lebensweg von Hedwig Gordon-Walcher und deren Mann Jacob nach

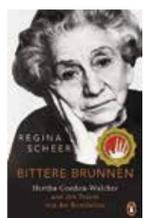
VON DIRK KLOSE

Das wir davongekommen sind, ist wie ein Wunder.“ Dies sagte die aus einer jüdischen Familie in Königsberg stammende und lebenslang vom Sozialismus überzeugte Hedwig Gordon-Walcher (1894–1990) der Autorin dieses Buches, Regina Scheer. Sie und ihr Mann Jacob Walcher (1887–1970) standen stets links. Für ihre Überzeugungen nahmen sie nach 1933 schier übermenschliche Strapazen auf sich – Verfolgung und Internierung, Gefängnis und Todesgefahr.

Die in Ost-Berlin aufgewachsene Scheer hatte über ihre Eltern die Walchers kennengelernt. „Tante Hertha“ wurde ihr zur lebenslangen Vertrauten. In Gesprächen erzählt sie ihr Leben. Herausgekommen ist ein großes Zeugnis des linken Spektrums seit dem Ersten Weltkrieg. Beide Walchers engagierten sich früh in der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Hertha als Sekretärin für Clara Zetkin. Auch mit Lenin kam sie zusammen. Von der KPD spaltete sich die 1931 gegründete Sozialistische Arbeiterpartei Deutschland (SAPD) ab. 1932 wurde Jacob hauptamtliches Mitglied des Parteivorstandes der SAPD, und ab 1933 leitete er von Paris aus die Exil-SAPD. Sein Vertreter in Norwegen war Herbert Frahm, bekannt als Willy Brandt, der Walcher als väterlichen Freund rühmte. Nach Kriegsausbruch musste das Paar über die Pyrenäen fliehen. Mehrfach inhaftiert, glückte dann doch der Exodus in die USA. 1947 kehrten beide zurück, in Ost-

Berlin übernahm Jacob wichtige Ämter in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Bertolt Brecht wurde einer der engsten Freunde, mit Brandt hingegen kam es zum Bruch. Ulbricht verdamnte ihn später zur Unperson. Bis ans Lebensende glaubte er wie seine Frau an den Sozialismus. Die knappe Aufzählung kann gar nicht die Fülle beider Lebensläufe wiedergeben. Man liest das Buch „Bittere Brunnen“ gebannt bis zum Schluss und prüft sich dann selbst. Und ja, befremdlich wirkt das schon stur zu nennende Festhalten am sozialistischen Ideal. Die Autorin schüttelt gelegentlich den Kopf: „Jacob ließ sich seinen Traum nicht ausreden.“

Das ist die eine Seite. Viel mehr aber berührt, mit welcher Tapferkeit und mit welcher Opferbereitschaft das Paar Not und Entbehrungen gemeistert hat. „Jede Biographie ist ein Ritt durch das mörderische 20. Jahrhundert“ schreibt die Autorin. Offenbar sah es die Jury der Leipziger Buchmesse genauso; das Buch erhielt im Frühjahr den diesjährigen Sachbuchpreis. Hoch zu rühmen ist ein 100-seitiges Namensverzeichnis mit 170 sehr informativen Biographien.



Regina Scheer: „Bittere Brunnen. Hertha Gordon-Walcher und der Traum von der Revolution“, Penguin Verlag, München 2023, gebunden, 700 Seiten, 30 Euro

WIRTSCHAFT

Entlarvung der
„Wirtschaftsweisen“

Der Finanzexperte Thomas Mayer erklärt das Wesen und die Entstehung von Inflation und belegt anhand von Beispielen, wie hochrangige Experten irren

VON WOLFGANG KAUFMANN

Prognosen sind schwierig, vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen“, spottete der US-amerikanische Schriftsteller Mark Twain schon Ende des 19. Jahrhunderts. Ein hervorragendes neueres Beispiel hierfür lieferte die Wirtschaftswissenschaftlerin und Professorin für Finanzmarktökonomie an der Universität Bonn, Isabel Schnabel, die bis 2019 im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik saß und seit 2020 auch dem Direktorium der Europäischen Zentralbank angehört, mit ihrer Aussage vom September 2021: „Es gibt nicht den geringsten Hinweis darauf, dass die aktuelle Geldpolitik zu permanent höherer Inflation oberhalb von zwei Prozent ... führen wird.“

Personen wie der „Wirtschaftsweisen“ Schnabel die Expertenmaske vom Gesicht zu reißen und als Gefährder unserer Währung und unseres Wohlstandes zu entlarven ist eine wesentliche Intention des Buches „Das Inflationsgespenst“ von Thomas Mayer. Der Autor arbeitete unter anderem beim Internationalen Währungsfonds, der Investmentbank Goldman Sachs und als Chefvolkswirt der Deutschen Bank Gruppe, bevor er 2012 die Leitung der Denkfabrik Flossbach von Storch Research Institute übernahm.

Im Gegensatz zu Schnabel und anderen Führungspersonen der EZB hat Mayer das Wesen der Inflation verstanden und erkannt, zu welchem Unheil eine übermä-

ßige Geldschöpfung führt, wie sie in letzter Zeit vor allem im Zuge der Corona-Krise gang und gäbe war. Davon zeugen die umfangreichen und gut zu lesenden Ausführungen über die Geldgeschichte im Allgemeinen und die Faktoren, aus denen Inflation resultiert, im Besonderen.

Andererseits wirken Mayers Ratschläge, wie der Bürger dem vom Staat angeordneten Währungsschlamassel entfliehen könnte, nicht überzeugend. Das liegt daran, dass seine Prognosen auf wackligen Füßen stehen, sobald sie die Zukunft betreffen. Das Buch erschien im April 2022 und zu diesem Zeitpunkt galt der Erwerb von Kryptowährungen und Immobilien als vermeintlich probates Mittel zur Absicherung gegen inflationäre Entwicklungen. Seither gab es aber eine heftige Krise am Kryptomarkt, die zum gravierenden Verlust an Vertrauen in digitale Währungen führte. Darüber hinaus zeigen die Bemühungen der Bundesregierung und der Europäischen Union, Immobilienbesitzern im Namen des Klimaschutzes ständig höhere finanzielle Lasten aufzubürden, jetzt immer deutlicher, dass auch das sprichwörtliche „Betongold“ sehr viel weniger wertbeständig ist als reale Edelmetalle.



Thomas Mayer: „Das Inflationsgespenst. Eine Weltgeschichte von Geld und Wert“, Econwin Verlag, Salzburg/München 2022, gebunden, 400 Seiten, 28 Euro

BRAUNSBURG

Ein Denkmal für die Gefallenen von 1870/71

Am 14. August 1874 wurde im Beisein hoher Militärs auf dem Neustädtischen Markt die Enthüllung gefeiert

VON BETTINA MÜLLER

Braunsberg, den 3. März 1871. Mit einer Kundgebung und einer abendlichen Illumination der Stadt feiert die Bevölkerung die Nachricht vom Vorfrieden zwischen Deutschland und Frankreich. Die Freude über die nur wenige Tage zuvor beschlossenen „Friedens-Präliminarien“ ist groß. Die ganze Stadt ist an diesem Tag auf den Beinen. Vor allem, als alle vor dem Rathaus andächtig dem Choral „Nun danket alle Gott“ lauschen, ist die Erleichterung über das bevorstehende Ende des Krieges deutlich zu spüren. Dann beschließt der Zapfenstreich in der Neustädtischen Marktstraße diesen denkwürdigen Tag.

Über drei Jahre später, am 14. August 1874, wird auf eben diesem Neustädtischen Markt das Denkmal für die im Deutsch-Französischen Krieg Gefallenen des – lange Jahre vor Ort stationierten – 1. Ostpreußischen Jägerbataillons feierlich enthüllt. Finanziert hat man es durch Spenden des Offizierskorps und andere Bataillonsangehörige. Am meisten beigesteuert hat der wohlhabende Braunsberger Bürger Theodor Kuckein. Den 14. August hat man keineswegs zufällig ausgewählt, es ist der Jahrestag der Schlacht von Metz, die etliche Braunsberger Soldaten aus Stadt und Kreis das Leben gekostet hat. Als Standort für das Denkmal hat man einen repräsentativen Platz in der Stadtmitte ausgesucht, der schon länger für militärische und andere Veranstaltungen genutzt wurde. So fanden dort jedes Jahr auch die vom Kriegerverein organisierten Feierlichkeiten anlässlich des Kaisergeburtstages statt, an denen neben dem Offizierskorps auch die Spitzen der Braunsberger Zivilbehörden teilnehmen.

Am Tag der Einweihung füllt schon um 11.30 Uhr das Heer des Ostpreußischen Jägerbataillons den großen und breiten Neustädtischen Markt. Schaulustige säumen in Massen die Straßen, und Anwohner sind begeistert von ihren privilegierten Logenplätze in den oberen Etagen ihrer Häuser.



Erbaut im gotischen Stil: Das Kriegerdenkmal auf dem Vorstädtischen Markt in Braunsberg

Foto: Sammlung Müller

Einige ganz Wagemutige erklimmen sogar die Dächer, um sich das ganze Spektakel noch besser ansehen zu können. Nach Aufstellung des Bataillons eröffnet Freiherr von Barnekow die Feierlichkeiten und nach dem Gesang eines Chorals hält Prediger Barkowski eine Weiherede. Danach präsentiert das Bataillon das Gewehr, und während die Glocken beider Pfarrkirchen läuten und die feierliche Nationalhymne erklingt, wird das in rein gotischem Stil erbaute Denkmal weihervoll enthüllt.

Bataillons-Kommandeur Major von Tresckow, dessen Sohn später als Kriminalpolizist in Berlin Karriere machen wird, verkündet dann der jubelnden Menge begeistert, dass „52 brave Jäger und drei Offiziere freudig mit Gott für ihren König“ gestorben seien und das zudem „mit Herzblut“. Kein Herzblut mehr ha-

ben jedoch die insgesamt im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 gefallenen 44.781 Soldaten auf deutscher und 138.871 auf französischer Seite, noch weitaus höher ist die Zahl der Verwundeten. Offizielle Verlustlisten sind in Berlin in der Kriegszeit nahezu täglich von der Königlichen Geheimen Oberhofbuchdruckerei veröffentlicht worden.

„Die Wiedergeburt Deutschlands“

Besonders patriotisch gibt sich an diesem Tag auch Bürgermeister Gruhn in seiner Ansprache, die nur wenige Tage später im „Militair-Wochenblatt“ veröffentlicht wird: „Was die Kämpfer von 1866 begonnen, im Jahre 1870 ist es vollendet: Die Wiedergeburt Deutschlands, die Herstellung eines einigen, mächtigen Reiches unter einem deutschen Kaiser, unserm König und Herrn!“

In seiner eindeutigen Form des gotischen Kathedraleturms soll auch das Braunsberger Denkmal mit den Namen der Gefallenen auf den Seitenflächen in vergoldeter Schrift die ewige und heilige Beständigkeit eines nach dem siegreichen Krieg über Frankreich neu gegründeten Deutschen Reichs symbolisieren, aber auch den Krieg als solchen glorifizieren.

Im Laufe der Zeit veränderte sich die Wirkung des Denkmals. Um 1932, da war aus dem „Vorstädtischen Markt“ bereits der „Neustädtische Markt“ geworden, war es fest in das Stadtbild integriert, es stand im Mittelpunkt und war nicht mehr ein eher einsamer oder bedrohlicher Fremdkörper. Schön gestaltete Blumenbeete in einer kleinen parkartigen Anlage sollten beruhigende Harmonie vermitteln. Gelegentlich, beziehungsweise, wenn die Finanzierung gesichert war,

sorgte der 1878 gegründete Braunsberger Verschönerungsverein dafür, dass das Denkmal einen neuen Anstrich bekam oder eine neue Bepflanzung um das Denkmal herum vorgenommen wurde. Ab und an bezuschusste die Stadt solche Maßnahmen.

Namen der Gefallenen verewigt

Außer durch die Namen auf Kriegerdenkmälern, Gedenktafeln in Kirchen, aber auch entsprechende Einträge in Kirchenbüchern, Gefallenlisten et cetera gedachte man in Ostpreußen der gewaltsam Verstorbenen auch in gedruckten Regimentschroniken. Diese Bücher enthielten in der Regel einen ausführlichen Namensteil, so zum Beispiel auch die von Premier-Lieutenant Griefß sehr ausführlich verfasste „Geschichte des 7. Ostpreußischen Infanterie-Regiments Nr. 44 von 1860–1885“, ein Regiment, dem auch sehr viele Soldaten aus dem Braunsberger Kreis angehörten. Sie nannte in der Anlage die Namen der gefallenen Soldaten der Regimenter der Feldzüge 1866 und 1870/71, aber auch die Namen derjenigen, die mit Kriegsauszeichnungen bedacht worden waren oder von den Menschen, die nicht in der Schlacht, sondern an Krankheiten gestorben waren. Weiterhin fand man darin sogar Biographien der Offiziere, Reserveoffiziere, Ärzte und Zahlmeister.

Eine Betrachtung von Kriegerdenkmälern, die es heute im öffentlichen Raum nach wie vor gibt, ist durch die Manipulationsabsicht der damaligen Zeit ambivalent. Die zumeist kaum versteckte Symbolik und die daraus resultierende Botschaft – die Menschen haben sich freudig dem Krieg unterzuordnen und müssen notfalls auch für ihr Vaterland sterben – ist nicht immer einfach zu ertragen. Doch ein Gedenken an eben jene, die ihr Leben ließen, sollte ebenfalls möglich sein. Es darf nicht aus dem öffentlichen Raum verschwinden, das ist man ihnen schuldig, auch wenn das manchen, die das Thema „Preußen“ eher einseitig und misstrauisch beäugen, missfallen dürfte.

ERINNERUNGEN

Capella über dem Meer

Vom Rauschener Mühlenteich zum „Zauberwald“ – Eine Schilderung in Auszügen von Karl Herbert Kühn

Immer, wenn diese Nächte im Sommer kommen, in denen fern im Nordwesten am Himmel die Capella, der große Stern in dem Sternbild des Fuhrmanns, leuchtet, steigt seltsam die Erinnerung an Abende und Nächte auf, die sich einst, in der Heimat, über Rauschen legten, den Ort an der nördlichen Küste des Samlands.

Am Saume des Samlandes gab es keinen zweiten, so ganz und gar in Baumgrün gebetteten Badeort wie Rauschen. Der Blick von „Monte Carlo“, vom Karlsberg, war der nächste auf Rauschen; auf diesem Berge entfaltete sich eine stille und reizvolle Sommerhaus-Siedlung, die ihresgleichen in unserer Heimat kaum hatte. O diese Wirrniss von Pferden zwischen Bäumen und Gesträuch! Man konnte sich verirren, noch ehe man den „Tempel“, auf einer versteckten Anhöhe in den Katzengründen fand, und man pries sich am Ende glücklich, erreichte man das „Weiße Meer“; denn dann zeigte sich auch schon der Weg, der aus den Katzengründen hinaus südwärts zwischen Feldern, an einer starkstämmigen Birke vorüber, nach Craam und vor sein Gasthaus bei den uralten, gewaltigen Linden führte.

Das alte Fischerdorf Rauschen schien von der Erde verschwunden. Doch es schien das nur eben. Neben der Badeanstalt mit den Zellen und den Stricken um das Badebecken lagen noch immer auch die schwarzgeteerten Boote der Fischer auf dem breiten Strande. Das alte Rauschen war nicht das, das die Ausflügler kannten, die bis zum Dünenbahnhof führen, bis zu dem Kopfbahnhof, auf dem die Lokomotive umgekoppelt werden musste. Das alte Rauschen saß um den Teich, um den schönen, umbuchteten Mühlenteich in der Tiefe. Die Räder der Wassermühle schaufelten das Wasser aus dem Mühlbach. Ein paar Kähne, an Stegen festgebunden, schaukelten stumm über dem blinkenden Teich, auf den die Sonne am Morgen über die Wipfel der alten Linden von Osten her mit ihren hellen Händen griff. Das Hotel Bosien, nicht weit von hier, war das älteste in Rauschen.

Wer schon vom Bahnhof Rauschen-Ort zum Mühlenteich hinunter ging, der stieg gewiss dann doch sogleich zu jenem Rauschen hinauf, das ihm bekannter und vertrauter war, entweder steiler zum „Zauberwalde“ hin oder, gemächlicher

und etwas länger, zu „Folchmanns Höh“, auf der im Garten eine Tafel an den Aufenthalt eines preußischen Königs an dieser Stelle erinnerte. Der Blick von dieser Höhe über den Mühlenteich hin, zumal im Lichte des Vormittags oder des einsinkenden Abends, war von besonderer, großer, weitschwingender Schönheit.

Das bekanntere Rauschen, zu beiden Seiten der „Promenade“, bot nichts an-

deres als auch die anderen Badeorte an dieser Küste: Sommerhäuser, Pensionen. Das Kurhaus in Rauschen – es war schon alt, und Neukuhren und dann Georgswalde stellten es mit ihren neuen Kurhäusern leicht in den Schatten. Aber hier, an der Ecke über dem befestigten Kurvenweg bis zur Strandpromenade hinunter, über dem mit Ginstersträuchern gelb überblühten Hange war der Ort der

stillen Schau über das abendliche, bald nächtliche Meer zu jenem Stern hinüber, der so seltsam funkelte.

Bekanntes und Unbekanntes

Die geborgeneren Viertel des oberen Rauschen, zwischen dem Teich und dem Kurhaus westlich der Promenade, zwischen dieser und der Kirche, durchwehte mit seiner Würze der Atem der Kiefern. In jenen Abenden aber, die dann langsam zu Nächten wurden, stand man an der Ecke über der dämmernd sich verschattenden Venusschlucht; man sah bisweilen über den Hang mit den Schienen der Drahtseilbahn nach Westen hin zu dem Leuchtturm von Brusterort und in sein Blinken. Man wusste, dort zur Rechten, zur Venusspitze führt ein Weg (der „Alexander-Wyneken-Weg“, wie er später benannt wurde), neben dem sich dann zuletzt schon der Pferderennplatz öffnete – aber es zog dann über die Wellen, über die Weite des Meeres der Stern den Blick des Schauenden zu sich hinüber –, er funkelte hell, heller als alle anderen in seiner Nähe ...

Aus: „Das Ostpreußenblatt“ vom 20. August 1955, Seite 8



Am beliebten Ostseestrand: Rauschen um das Jahr 1935

Foto: imago/Arkivi

● AUFGESCHNAPPT

Es war der kleinwüchsige Hollywood-Star Peter Dinklage, der Disney darüber belehrte, dass „Schneewittchen und die sieben Zwerge“ kleinwüchsige Menschen diskriminiere. Das Studio knickte sofort ein. Um eventueller, zusätzlicher Kritik aus dem „Antirassismus“-Lager vorzubeugen, besetzte man die Rolle des „Schneeweißchens“ mit einer braunen Latina und schmiss die Zwerge gleich ganz aus dem Drehbuch. Statt ihrer kümmern sich nun sieben „magische Wesen“ um die gefährdete Prinzessin in Disneys neuester Realverfilmung des deutschen Märchenklassikers. Alles gut jetzt? Von wegen: Der ebenfalls kleinwüchsige US-Schauspieler Dylan Postl kritisiert den Schritt scharf. Schließlich könnten Leute wie er längst nicht alle Rollen spielen, weil sie dafür zu klein seien. Aber „die Zwergenrollen sind für Menschen meiner Statur“. Disneys Maßnahme sorge dafür, dass Kleinwüchsige aus den Engagements, die auf sie zugeschnitten sind, verdrängt würden. So schade die „Wokeness“ ausgerechnet denen, die man zu schützen vorgibt. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Gunter Weißgerber enthüllt in schlichten Worten das Erfolgsgeheimnis der AfD. Auf „Achgut.de“ (1. August) schreibt er:

„Die AfD muss eigentlich nur eines machen: das Transformationsprogramm der Bundesregierung drucken und mit dem Hinweis ‚Danke, liebe Bundesregierung! Deine AfD‘ versehen. Noch längst nicht alle Deutschen kennen dieses Programm. Das ist das Glück der Bundesregierung. Je bekannter der Umsturzversuch des Lebens in Deutschland wird, desto mehr Menschen werden AfD wählen. Denn die Union steht als Gegner der Transformation (noch) nicht zur Verfügung.“

Wolfgang Reitzle, Aufsichtsrat verschiedener Unternehmen, rechnet in der „Welt“ (3. August) mit der Ampel-Politik ab:

„Wenn Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sagt, man müsse jetzt den Industriestrompreis für ein paar Jahre subventionieren, bis dann flächendeckend der billige Wind- und Solarstrom verfügbar ist, bewegt er sich in der Welt der Märchen – oder er belügt die Bürger. Habecks Plan für „Renewables Only“ wird scheitern. Er und die Grünen sind gemeinsam mit einer großen Glaubensgemeinschaft links-grüner Journalisten auf einer ideologischen Reise, die Deutschland in gigantische Wohlstandsverluste führt.“

Peter Voß, langjähriger Intendant des SWR und zuvor mehr als 20 Jahre beim ZDF („heute journal“), kritisiert in der „Frankfurter Allgemeinen“ (5. August) die Einseitigkeit seiner Kollegen:

„Da scheint mir nach wie vor bei den eigentlichen Reizthemen – vor allem beim Themenkomplex Migration und Integration und bei der Frage nach der richtigen Strategie gegen die zunehmende Erderwärmung – ein Defizit an Differenzierung zu bestehen. Und nicht nur bei diesen Themen ersetzt der Prediger noch zu oft die nüchterne Analyse.“

Jan Fleischhauer erklärt im „Focus“ (5. August), warum Deutschland für seine sozialen Wohltaten keine Dankbarkeit von gewissen Immigrantengruppen erwarten sollte:

„Wir braven Deutschen können uns nicht vorstellen, dass uns unsere Nachsicht als Dummheit ausgelegt wird. In der Welt zwischen Sonnenallee und Karl-Marx-Straße wird ein Staat, der sich an der Nase herumführen lässt, nicht bewundert, sondern verachtet. Wer dem Faulenzer Geld gibt, obwohl der über zwei gesunde Hände verfügt, gilt nicht als vernünftig, sondern als deppert.“

● WORT DER WOCHE

„Deutsche Tugenden zu fördern, würde muslimischen Schülern sehr viel mehr helfen, als ihnen eine Deutschlandfeindliche Opferkultur zu vermitteln.“

Rafael Castro, Lehrer in Berlin, macht auf „Achgut.de“ vom 7. August einen Vorschlag zur besseren Integration islamischer Schüler

DER WOCHENRÜCKBLICK

Nichts klappt

Wie die Energiewende-Projekte reihenweise floppen, und was Nancy Faeser daraus gelernt hat

VON HANS HECKEL

Das hatte noch gefehlt: Laut dem zuständigen Bundesamt haben sich die Anträge zur Förderung des Einbaus einer Wärmepumpe binnen Jahresfrist zahlenmäßig halbiert! Im ersten Halbjahr 2022 wollten noch knapp 100.000 Haushalte so ein Gerät neu installieren lassen, in den ersten sechs Monaten dieses Jahres waren es weniger als 50.000. Der Markt ist regelrecht kollabiert.

Eine besonders ärgerliche Nachricht, denn die hintersinnige Strategie unserer grünen Wirtschafts-Koryphäen lautete ja: Wir können unsere bestehende Industrie ruhig plattmachen oder aus dem Land scheuchen. Dafür wächst uns ja eine neue aus dem Humus von Klimaschutz und Weltrettung – und bringt Deutschland das „grüne Wirtschaftswunder“, das uns die jetzigen Regierungsparteien im Wahlkampf versprochen haben. Dieses Wunder ist ins Klo geplumpst, währenddessen die vorhandene Industrie dichtmacht oder das Weite sucht.

Wie konnte das passieren? Möglicherweise haben die Regierenden, also die Grünen und ihre rot-gelben Schleppenträger, übersehen, dass auch „grüne“ Wirtschaft irgendwas mit Wirtschaft zu tun hat und daher ganz ähnliche Anforderungen stellt. Zunächst wäre da mal die Planungssicherheit.

An deren Zerstörung arbeitet Minister Habeck seit Amtsantritt mit voller Energie. Gleich im November 2021 ließ sein Ministerium verlauten, dass die KfW-Neubauförderung für das Effizienzhaus zum 1. Februar des Folgejahres gestrichen wird. Häuslebauer standen über Nacht vor den Ruinen ihrer Kalkulation. Dann drohte er den Haushalten monatelang mit einer zu zahlenden „Gasumlage“, die sich schließlich in ihr Gegenteil in Form eines Heizkostenzuschusses verwandelte.

Nummehr unterhält uns das Haus Habeck seit dem Frühjahr mit dem Vorhaben eines Heizungsgesetzes, aber keiner weiß, wie es genau aussehen wird. Was Folgen hat, die Frank Ebisch, Sprecher des Zentralverbandes Sanitär Heizung Klima (ZVHSK), der Funke-Mediengruppe verriet: „Unsere Betriebe wissen nicht, wie sie rechtssicher beraten können, wie es mit der Förderkulisse weitergeht.“

Obwohl das Gesetz wohl erst im September verabschiedet werden kann, zeigt es jetzt schon Wirkung. Allerdings wohl nicht ganz die, welche man sich erhofft hatte: Im ersten

Halbjahr wurden 15 Prozent weniger Gebäudedeckflächen renoviert (meist heißt das: Wärmedämmung) als im Vorjahreszeitraum. Als Grund führen Experten aus der Branche an, dass ja nur noch über Heizung diskutiert werde, weshalb die Wärmedämmung aus dem Blickfeld geraten sei.

Es ist wirklich bemerkenswert: Alles, was diese Regierung in Sachen „Energiewende“ anpackt, zerfällt entweder zu Staub wie die Gasumlage oder verkehrt sich frech in sein Gegenteil!

Und in diese Richtung wird es wohl weitergehen. Ein Immobilienunternehmer aus Norddeutschland hat mal durchgerechnet, was der ganze Kram mit Wärmepumpe und energetischer Sanierung für ein durchschnittliches Eigenheim mit 100 Quadratmetern Wohnfläche kosten wird. Er kam auf mehr als eine Viertelmillion Euro. Da ist es dann ziemlich egal, wer wie viel davon trägt, also, was der Eigentümer selbst bezahlen muss und was ihm der Staat aus Steuergeldern dazu gibt. Pleite sind am Ende beide.

Aber zur Wärmepumpe hat die Ampel ja noch eine Alternative parat: den Ausbau der Fernwärme. Die kostenträchtige Verlegung der Netze müssen dabei die Kommunen berappen, von denen gefühlt jeden Tag eine weitere ihren Bankrott ankündigt. Den werden die Bürger an zahlreichen Orten spätestens ab Januar 2025 zu fühlen bekommen, wenn mit der neuen Grundsteuer die Hebesätze in die Höhe schießen. Irgendwo muss die Knete ja herkommen.

Mit dem E-Auto in die Sackgasse

Auch das mit der E-Mobilität verspricht spannend zu werden. Fachleute wagen sich bereits aus der Deckung und prophezeien: Wird nichts, das Verbrennerverbot werden sie irgendwann kassieren müssen. Technische wie finanzielle Gründe ließen den Komplett-Umstieg auf E-Autos gar nicht zu. Der Haken: Bis die deutsche Politik das einsieht, könnte es für die deutsche Autoindustrie zu spät sein. So wie wir ja schon unsere Kernkraftsparte samt Forschung (die war mal führend in der Welt) erfolgreich zertreten haben, wären wir dann auch unsere letzte große Spitzenbranche auf dem Weltmarkt los.

Für die Ampelleute ist das alles sehr enttäuschend. Man hat schließlich viel Arbeit und tonnenweise Papier für all die wunderbaren Pläne aufgewendet. Man hat Scharen von Gutachtern beauftragt, wobei selbstver-

ständig penibel darauf geachtet wurde, dass nur solche Gutachter zum Zuge kamen, die genau das herausfinden, was die Regierenden hören wollten. Leider blieben am Ende bloß heroische Absichtserklärungen, die, wie uns hier schon vergangene Woche auffiel, die Politik immer DDR-mäßiger aussehen lassen. Dort wurde auch ständig die große Aufbruchstimmung beschworen und das kraftvolle Zusammenwirken aller Gutmeinenden, welches totsicher zum Erfolg führen werde – egal, was die Wirklichkeit dazu sagt.

—
Alles, was diese Regierung in Sachen Energie anpackt, zerfällt entweder zu Staub oder verkehrt sich frech in sein Gegenteil

Nancy Faeser hat diese Ochsentour allerdings satt. Als SPD-Spitzenkandidatin zur hessischen Landtagswahl am 8. Oktober hat sich die Bundesinnenministerin dazu entschieden, einfach mal Unsinn zu reden. Bei ihrem Vorstoß zur erleichterten Abschiebung von Angehörigen krimineller Clans geht es nur daran, die hessischen Wähler bis zu jenem Oktobertag bei Laune zu halten. Danach kann man die Chose schreddern.

Allein die Zugehörigkeit zu einem Verbrecherclan soll laut Faesers Wahlkampfslager also ausreichen, um aus Deutschland hinausgeworfen zu werden. In Wahrheit weiß sie, dass ein Großteil dieser Leute längst den deutschen Pass hat oder staatenlos ist, weshalb die Leute gar nicht abgeschoben werden können. Ebenso, dass eine Abschiebung wegen des falschen Nachnamens kaum mit deutschem Recht vereinbar wäre.

Nach ihrem Amtsantritt hatte Faeser noch versucht, in Europa eine „Allianz der Willigen“ zu schmieden, um noch mehr Asylsucher hereinholen zu können. Und erst in diesem Frühjahr wies sie jede Obergrenze bei der Asylsucher-Zufuhr mit dem donnernden Postulat zurück, bei „Menschlichkeit“ gebe es keine Obergrenze. Und nun also Abschiebung wegen des Nachnamens? Warum nicht gleich per „Ene Mene Muh“?

Wie gesagt: Bislang haben uns Ampelpolitiker mit Quatsch behelligt, an den sie zumindest selbst zu glauben schienen, irgendwie. Die SPD-Frau hingegen grinst uns flinkernd ins Gesicht. Wenn es mit dem Zusammenbruch der vielen tollen Regierungsvorhaben in dem Tempo weitergeht, könnte Faesers Unverschämtheit zum Muster für den nächsten Bundestagswahlkampf werden. Nachdem der Schwindel geplatzt ist, werden sich besorgte Politiker und Medienmacher wieder einmal fragen, wer verantwortlich sei für das schwindende Vertrauen in die Politik – und die AfD beschuldigen.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de